



MAGISTERARBEIT / MASTER'S THESIS

Titel der Magisterarbeit / Title of the Master's Thesis

„Journalismus – die unterschätzte Institution?“

Eine Auseinandersetzung mit den institutionalistischen Ansätzen nach Marie Luise
Kiefer und deren Folgen für die Journalismusforschung

verfasst von / submitted by

Sara Frank, Bakk.phil.

angestrebter akademischer Grad / in partial fulfilment of the requirements for the
degree of

Magistra der Philosophie (Mag.phil.)

Wien, 2018 / Vienna 2018

Studienkennzahl lt. Studienblatt /
degree programme code as it appears on
the student record sheet:

A 066 841

Studienrichtung lt. Studienblatt /
degree programme as it appears on
the student record sheet:

Magisterstudium
Publizistik- und Kommunikationswissenschaft

Betreut von / Supervisor:

Priv.-Doz. Dr. Christian Steininger

Eidesstattliche Erklärung

Ich erkläre hiermit an Eides Statt, dass ich die vorliegende Arbeit selbstständig und ohne Benutzung anderer als der angegebenen Hilfsmittel angefertigt habe. Die aus fremden Quellen direkt oder indirekt übernommenen Gedanken sind als solche gekennzeichnet.

Die Arbeit wurde bisher in gleicher oder ähnlicher Form keiner anderen Prüfungsbehörde vorgelegt und auch noch nicht veröffentlicht.

Wien, im Mai 2018

Sara Frank, Bakk. phil.

Gender Erklärung

Um eine leichtere Lesbarkeit des Textes zu gewährleisten, wurde darauf verzichtet, geschlechtsspezifische Formulierungen zu verwenden. Es soll jedoch ausdrücklich darauf hingewiesen werden, dass die bei Personen bzw. Personengruppen verwendete maskuline oder neutrale Form des Wortes für beide Geschlechter zu verstehen ist.

Inhaltsverzeichnis

1. Einleitung	5
1.1 Erkenntnisinteresse	6
1.2 Kommunikationswissenschaftliche Relevanz	7
1.3 Aufbau der Arbeit	8
2. Zum Journalismusbegriff	9
2.1 Begriffserklärung	9
2.1.1 Historische Einordnung und Wandel des Journalismusbegriffs	11
2.1.2 Abgrenzung zum Medienbegriff	13
2.2 Wandel des Journalismus	14
2.3 Zentrale Funktionen und Leistungen des Journalismus	16
2.4 3 - Ebenen Perspektive des Journalismus – Makro, Meso, Mikro	17
2.5 Rahmenbedingungen des Journalismus	19
2.6 Journalismus, die verunsicherte Profession?	20
3. Zum Institutionenbegriff	22
3.1 Institutionen als Gegenstand sozialwissenschaftlicher Analysen	22
3.2 Definitionen von Institutionen	23
3.2.1 nach <i>Holl</i>	23
3.2.2 nach <i>Donges</i>	25
3.2.3 nach <i>Ostrom</i>	27
3.2.4 weitere Definitionen	28
3.3 Abgrenzung zum Organisationsbegriff	29
3.4 Ansätze und Theorien	31
3.4.1 Leitideen und Funktionen – <i>Göbel</i>	31
3.4.2 Theorie institutioneller Tatsachen – <i>Searle</i>	33
3.4.3 Ökonomische Institutionen	34
3.4.4 Politische Ökonomie	35
3.4.5 Neo - Institutionalismus	39
3.4.6 Akteure in Institutionen	40
3.5 Entstehung und Wandel von Institutionen	41
3.5.1 Entstehungsgründe von Institutionen	42

3.5.2 Institutionen aus verfassungsökonomischer Sicht.....	43
3.5.3 Institutionen aus evolutionsökonomischer Sicht.....	44
3.5.4 Wandel und Stabilität von Institutionen	45
4. Journalismus als Institution	46
4.1 Kommunikationswissenschaftliche Verordnung	47
4.1.1 Die Journalismusforschung	47
4.1.2 Theoretische Fundierung und fachinterne Einordnung	50
4.2 Kiefers Ansätze von Journalismus als Institution	51
4.3 Diverse Perspektiven und Ansätze.....	56
4.3.1 Handlungstheoretische Perspektive	56
4.3.2 Systemtheoretische Perspektive	58
4.3.3 Technik als Institution – nach <i>Just & Latzer</i>	60
4.3.4 Institutionalistische Perspektive - nach <i>Otfried Jarren</i>	62
4.3.5 Soziologischer Institutionalismus - nach <i>Donges</i>	63
4.3.6 Medien als Institution - nach <i>Ulrich Saxer</i>	65
4.4 Kritische Betrachtung der institutionellen Ansätze	67
4.4.1 Finanzierungsmodell des Journalismus - nach <i>Kiefer</i>	68
4.4.2 Zur Kritik des Finanzierungsmodells	70
4.4.3 Weiterführende Kritikpunkte	73
4.5 Zusammenfassung der Ansätze und Kritikpunkte.....	75
5. Darstellung und Interpretation der Erkenntnisse anhand der Forschungsfragen	78
5.1 FF 1: Vorteile und Leistungen	79
5.2 FF 2: Nachteile, Probleme und Folgen	82
5.3 FF 3: Die Ansätze unter den heutigen Rahmenbedingungen	84
6. Fazit und Ausblick	86
6.1 Forschungsbedarf	86
6.1.1 Ausblick für die Journalismusforschung	86
6.1.2 Thesen zur weiteren Ausarbeitung	87
6.2 Fazit	88
Abbildungsverzeichnis	91
Literaturverzeichnis.....	93

Abstract (deutsch)	107
Abstract (englisch).....	109

1. Einleitung

Mit ihrer Schrift *Journalismus und Medien als Institution* hat Marie Luise Kiefer einen Grundstein in der Auseinandersetzung mit Institutionen in der Publizistik- und Kommunikationswissenschaft gelegt. Ihre sorgfältige Ausarbeitung der Wechselverhältnisse von Journalismus, Medien und Öffentlichkeit in einem demokratischen System mit Hilfe institutionentheoretischer und institutionenökonomischer Ansätze, rücken das Objekt *Institution* nach und nach in das Interessenfeld kommunikationswissenschaftlicher Forschung. Denn entgegen der Annahme, dass hierzu eine fundierte Grundlage an Theorie vorliegt, beklagen Wissenschaftler das vorherrschende Defizit. Dies mag zum einen daran liegen, dass sich die Medienökonomie als fester und fundierter Teilbereich der Publizistik- und Kommunikationswissenschaft, vor allem im deutschsprachigen Raum noch nicht etabliert hat (vgl. Kiefer / Steininger, 2014: 41), und institutionelle Ansichten innerhalb dieser wiederum nur einen bisher vernachlässigten Randbereich ausmachen. Andererseits sorgen die unterschiedlichen Auslegungen des Institutionenbegriffs für Verwirrung in der definitorischen Begriffsabklärung. Hinzu kommt, dass in der Publizistik- und Kommunikationswissenschaft oftmals die Anwendung und Entwicklung von Methoden im Zentrum der Forschung steht. Ein fundierter Diskurs über Theorien bleibt oftmals aus (vgl. Steininger / Jarren, 2016: 12f).

In Anbetracht der Leistung von Journalismus für die Gesellschaft und des demokratischen Systems, bedarf es einer differenzierten und gründlichen Auseinandersetzung mit Journalismus und Institutionen. Vor dem Hintergrund dessen gesellschaftlicher Verantwortung, muss die Journalismusforschung den Journalismus auch von einer institutionellen Seite beleuchten, um mit wissenschaftlich gehaltvollen Theorien und Befunden Aspekte des Journalismus herauszuarbeiten – auch um für etwaige strukturelle, politische oder gesellschaftliche Änderungen Lösungsmöglichkeiten und Strategien vorzulegen zu können.

Denn auch wenn die Publizistik- und Kommunikationswissenschaft Institutionen als Untersuchungsgegenstand langsam für sich entdeckt, so kann dennoch nicht von einer verankerten Denkweise und großem Forschungsinteresse die Rede sein (vgl. Kiefer / Steininger, 2014: 414).

1.1 Erkenntnisinteresse

Im Zuge dieser Masterarbeit für das Studienfach Publizistik- und Kommunikationswissenschaft, sollen die wichtigsten wissenschaftlichen Ausarbeitungen innerhalb der Thematik *Journalismus als Institution* zusammengetragen werden. Hierfür wird sich widerspruchsfrei auf Kiefers Ausarbeitung der institutionellen Ansätze von Journalismus gestützt und diese mit weiteren Überlegungen, Ansichten und Kritiken diverser Wissenschaftler ergänzt. Ziel ist es aus den dargestellten Vergleichen Schlussfolgerungen hinsichtlich der Bedeutung des Journalismus im institutionellen Gefüge und die Vorteile, Nachteile und Folgen für die Wissenschaft herauszuarbeiten. Die Forschungsschwerpunkte werden auf Journalismus und Institutionen gelegt und sollen innerhalb einer demokratischen Gesellschaft gedacht werden.

Die folgende Arbeit wird als reine Literaturarbeit abgehandelt. Diverse Ansätze, Theorien und Kritiken sollen hier zusammengebracht werden, um wissenschaftliche Vertiefungen und Diskussionen institutioneller Theorien für den Journalismus und innerhalb der Kommunikationswissenschaften darzulegen. Hierfür wird auf fachinterne, als auch fachfremde Theorien zurückgegriffen, welche wiederum klar im kommunikationswissenschaftlichen Kontext eingebettet werden.

Es wurde folgende forschungsleitende Frage formuliert:

Was bringt es der Wissenschaft den Journalismus als Institution zu sehen und zur Bearbeitung kommunikationswissenschaftlicher Fragestellungen auf institutionalistische Ansätze zurückzugreifen?

- Welche Vorteile und Leistungen entstehen dadurch für den Journalismus und dessen Erforschung?
- Welche Nachteile, Probleme und Folgen haben diese Ansätze für den Journalismus und dessen Erforschung?
- Sind diese Ansätze unter den heutigen Rahmenbedingungen für den Journalismus noch passend?

Der Journalismus wird somit hingehend seiner institutionellen Anordnung und Einordnung dargestellt und bezüglich seiner Leistungen und Vorteile, als auch Probleme und deren Folgen für die Journalismusforschung analysiert. Die folgenden Kapitel versuchen stets einen Bezug zur Medienökonomik herzustellen und diese Perspektiven in die Ausarbeitung mit einzubetten.

Die vorliegende Arbeit soll weniger als detaillierte Problemlösung von Journalismus als Institution verstanden werden, sondern vielmehr auf Basis von Kiefers Ausarbeitung einen Zugang zu diesem Forschungsgebiet schaffen. Eine effiziente und nutzbringende transdisziplinäre Herangehensweise, soll aufgrund unterschiedlicher Verständnisse und einem wissenschaftlichem Austausch stattfinden. Die zusammengetragenen institutionellen Ansätze, Theorien und Schlussfolgerungen, auch hinsichtlich der forschungsleitenden Frage sollen zu wissenschaftlichen Vertiefungen und nachhaltigen Diskussionen anregen und mögliche Forschungsrichtungen und Perspektiven auf den Journalismus im institutionellen Gefüge transparent werden lassen.

1.2 Kommunikationswissenschaftliche Relevanz

Trotz seiner Leistung für die Öffentlichkeit und unsere demokratische Gesellschaft, gibt es nur einige wenige Wissenschaftler, welche bisher den Journalismus mit einem institutionentheoretischen Zugang behandelt haben. Auch Marie Luise Kiefer beklagt den theoretischen Mangel von wissenschaftlichen Arbeiten mit institutionellen Ansätzen innerhalb der Kommunikationswissenschaft (vgl. Kiefer, 2010: 7). In ihrer Schrift *Journalismus und Medien als Institution* setzt sie sich als eine der wenigen Wissenschaftler intensiv mit dem Journalismus als Institution auseinander und findet einen stark ökonomischen Zugang zu diesem Forschungsbereich.

Orientiert man sich an den drei Ebenen ökonomischer Analyse, der Mikro-, Meso- und Makroebene, so schafft Kiefer mit ihren Darlegungen der Institutionenökonomie in der Publizistik- und Kommunikationswissenschaft einen Grundstein für wissenschaftliche Theorien auf der Mesoebene. Auch wenn sich alle drei Ebenen auf die Kommunikationswissenschaft anwenden lassen, so erlangt eine theoretische Verknüpfung aller Ebenen bisher wenig Aufmerksamkeit. Das theoretische Interesse in der Kommunikationswissenschaft liegt hauptsächlich auf der Mikroebene, also der

Individualebene per se (vgl. Kiefer / Steininger, 2014: 405f). Auch Quandt und Scheufele sprechen hier von einer „Mikro – Makro – Lücke“ und betonen, dass eine Schließung dieser Lücke in der Kommunikationswissenschaft bisher ausblieb (vgl. Quandt / Scheufele, 2011: 12f).

Die Notwendigkeit auch auf institutionalistische Ansätze in der Publizistik- und Kommunikationswissenschaften zurückzugreifen, ist somit unumstritten.

1.3 Aufbau der Arbeit

Um das Untersuchungsfeld umfassend zu beschreiben wird einleitend der Begriff des Journalismus beleuchtet. Neben einer Erklärung des Begriffs, wird auch dessen historische Einordnung und seine Abgrenzung zum Medienbegriff erläutert. Des Weiteren werden die zentralen Funktionen, Perspektiven und Rahmenbedingungen des Journalismus erörtert und Aspekte einer Journalismuskrise skizziert.

In *Kapitel 3* wird der Begriff der Institution eingehend dargestellt. Definitionen, Ansätze und Theorien werden herausgearbeitet und die Entstehung und der Wandel aus unterschiedlichen Sichtweisen erläutert. Abschließend wird die Thematik der Stabilität und des Wandels kurz umrissen.

Einleitend für *Kapitel 4* wird die Thematik dieser Arbeit in die Kommunikationswissenschaft verordnet und eine Zusammenfassung der Ausarbeitung von Marie Luise Kiefer nähergebracht. Anschließend werden weitere Ansätze und Perspektiven ausgeführt und mit Kritikpunkten ergänzt. Nach Zusammenfassung der diversen Theorien, werden die Schlussfolgerungen und Erkenntnisse in *Kapitel 5* hinsichtlich der leitenden Fragestellung dargestellt und interpretiert. *Kapitel 6* umfasst nicht nur ein Fazit der Arbeit, sondern gibt auch einen Ausblick für die Journalismusforschung. Die formulierten Thesen bieten einen abschließenden Vorschlag für wissenschaftliche Forschungsarbeiten in diesem Bereich.

2. Zum Journalismusbegriff

„Aber ein Journalismus, der in entwickelten Gesellschaftsordnungen vielfältige Leistungen und Wirkungen zu erbringen hat, muß theoretisch komplex gerüstet sein“ (Rühl, 1980: 344)

Mit Journalismus und Institutionen als zentrale Themen dieser Arbeit, muss Klarheit über das Verständnis und die Einordnung beider Begriffe in der Publizistik- und Kommunikationswissenschaft geschaffen werden. Erster Begriff soll daher im folgenden Kapitel im Fokus stehen. Neben unterschiedlichen Betrachtungen des Journalismus und seiner definitorischen Bestimmung inklusive einer Abgrenzung zum Medienbegriff, wird auch seine Entwicklung im historischen Kontext dargestellt. Des Weiteren werden die Funktionen, Leistungen und Kompetenzen, als auch eine Ausarbeitung des Journalismus entlang der drei einleitend erwähnten Makro-, Meso- und Mikroebene erörtert. Ferner werden einige Rahmenbedingungen des Journalismus skizziert und abschließend einzelne seiner derzeitig vorherrschenden Probleme umrissen. Die Möglichkeiten eines medienökonomischen Beitrages für denkbare Problemlösungen werden in die Unterkapitel mit einbezogen.

2.1 Begriffserklärung

Mit der Auseinandersetzung von Journalismus - nicht nur im wissenschaftlichen Kontext - wird oft unbeobachtet vorausgesetzt was Journalismus ist und was darunter zu verstehen ist. In der Literatur zeigen sich Probleme eine einheitliche Definition und ein geschlossenes Verständnis des umfassenden Gegenstandes *Journalismus* zu erlangen. Dies mag zum Einen an der „außerordentlichen Vielfalt des Handlungsfeldes“ (Wyss / Keel, 2010: 348), aber auch an den „Alltagsbegriffen und Alltagstheorien über Journalismus“ (Rühl, 1980: 12) liegen. Scholl und Weischenberg merken an, dass sich Journalismus zu definieren als immer schwieriger gestaltet, „da das System an den Rändern `zerfranst`“ (Scholl / Weischenberg, 1998: 270). Angesichts der unterschiedlichen Etikettierung und der Komplexität definitorischer Bestimmungen von Journalismus, sollen im Folgenden einige wichtige Auslegungen zur Orientierung skizziert werden.

Durch die Auffassung von Journalismus als System und nicht als Summe von Personen, werden „Themen für Medienkommunikation zur Verfügung gestellt, die Neuigkeitswert und Faktizität besitzen und zwar insofern, als sie an sozial verbindliche Wirklichkeitsmodelle und ihre Referenzmechanismen gebunden sind“ (Weischenberg, 1995: 97 zit. n. Altmeppen / Löffelholz, 1998: 414).

Mit seiner ausführlichen, transdisziplinären Analyse zum Verhältnis von Journalismus und Gesellschaft, verbindet Rühl sowohl kommunikationstheoretische, als auch systemrationale Theorien und definiert Journalismus über dessen zentrale Funktion für die Gesellschaft:

„Die besonderen Leistungen und die besonderen Wirkungen des Journalismus, durch die sich sein Handeln von anderen, an der Öffentlichkeit orientierten Sozialsystemen unterscheidet, bestehen in der Ausrichtung auf die Herstellung und Bereitstellung von Themen zur öffentlichen Kommunikation.“ (Rühl, 1980: 322f)

Journalismus reduziert und gliedert somit die weltweiten Ereignisse für die Gesellschaft und macht diese übersichtlich und begreiflich (vgl. Rühl, 1980: 342).

Löffelholz und Altmeppen sprechen vom Journalismus als Leistungssystem der Öffentlichkeit, welches „alle Systeme einer funktional differenzierten Gesellschaft auf der Basis von Realitätstest aktuell beobachtet und damit die Selbstbeobachtung der Gesellschaft ermöglicht“ (Löffelholz / Altmeppen: 1998: 666).

Neben der systemtheoretischen Betrachtungsweise des Journalismusbegriffs, lässt sich dieser auch von seiner handlungstheoretischen Seite erklären. Hier steht menschliches Handeln zur Erklärung von sozialen Prozessen und Sachverhalten im Vordergrund. Bucher betont, dass eine Analyse des Journalismus auf handlungstheoretischer Ebene nicht nur journalistische Einzelhandlungen, sondern ganze Strukturen der Kommunikation umfasst (Bucher, 2016: 223f). Er gibt folgende Definition von Journalismus:

„Unter J. [sic!] versteht man zum einen die Gesamtheit der Tätigkeiten von Journalisten, also die «Sammlung, Prüfung, Auswahl, Verarbeitung und Verbreitung von Nachrichten, Kommentaren sowie Unterhaltungsstoffen durch Massenmedien».“ (Bucher, 1998: 729)

2.1.1 Historische Einordnung und Wandel des Journalismusbegriffs

Will man Journalismus besser verstehen, so ist es hilfreich, die Geschichte und Entwicklung des Pressewesens näher zu betrachten.

Offizielle Bedeutung findet der Begriff Journalismus seit dem 19. Jahrhundert. Es zeigen sich jedoch auch zahlreiche Hinweise, wonach die Publizistik schon im 17. Jahrhundert diskutiert wurde (vgl. Rühl, 2012: 117). Thomas Birkner arbeitet den historischen Verlauf des Journalismus in Deutschland unter Einbeziehung der Gesellschaftsgeschichte präzise heraus und beschreibt eine Einteilung in vier Phasen – die Genese, die Formierung, die Ausdifferenzierung und der Durchbruch des modernen Journalismus (vgl. Birkner, 2011).

Genese (1605 – 1848)

Auch wenn man Johann Carolus nicht als charakteristischen Journalist bezeichnen kann, so beginnt die Geschichte des Journalismus dennoch mit Carolus Erwerb einer Buchdruckerei und der Verbindung der Gewerbe Druck und Nachricht. Bis ins 19. Jahrhundert hinein schrieben Schriftsteller Texte für erste Zeitungen, ohne sich aber selbst als Journalisten zu sehen. Mit der Revolution 1848 und der Hoffnung auf eine Pressefreiheit, kommt es zwar zu einer Genese des Journalismus, jedoch zu keiner offiziellen Ausdifferenzierung (vgl. ebd.: 347f).

Formierung (1849 – 1873)

Mit der gescheiterten Revolution für die Pressefreiheit und der zunehmenden Dominanz der Politik, wurde diese Zeit auch von den Entwicklungen neuer Technologien und dem wirtschaftlichen Aufschwung geprägt. Auch das Anzeigengeschäft für Zeitungen fand in dieser Phase ihren Anfang. Trotz weiterer Einschnitte in den 1870er Jahren, wurde in

der Formierungsphase die Basis für die Weiterentwicklungen der Journalismusgeschichte gelegt (vgl. ebd.: 348f).

Ausdifferenzierung (1874 – 1900)

Im Zusammenhang mit dem rasanten Bevölkerungswachstum, der Urbanisierung und der Alphabetisierung, erreichte die Entwicklung des Journalismus ihren entscheidenden Punkt. Mit dem in Deutschland veranlassten Reichspressegesetz 1874, war ein stabiler, wenn auch nicht besonders liberaler Rahmen geschaffen, „der insbesondere die wirtschaftlichen Fesseln der Presse erheblich lockerte und damit geradezu einen Boom auslöste“ (Birkner, 2011: 349). Die Ökonomisierung der Medien erreichte aufgrund der Anzeigenfinanzierungen eine ausschlaggebende Phase und das Aufkommen der dennoch fragilen Pressefreiheit, machte eine gesellschaftliche Beobachtung durch den Journalismus möglich (vgl. ebd.: 349f).

Durchbruch des modernen Journalismus (1900 – 1914)

In den Jahren 1900 – 1914 erreichte der Journalismus auf allen Ebenen (Institutionen, Akteure und Aussagen) seine Form hin zum modernen Journalismus. Mit der gesellschaftlichen Modernisierung entstand im journalistischen System ein stärker ausgeprägtes Verständnis von Regeln und Normen. Aufgrund des Wachstums von Zeitschriften und Zeitungen, der Entwicklung journalistischer Leistungsrollen und der Ausdifferenzierung von Ressortstrukturen, erlangte der moderne Journalismus seinen Durchbruch. Trotz des Ersten Weltkrieges, der politischen und wirtschaftlichen Situation in der Weimarer Republik und der Totalität zu Zeiten des Nationalsozialismus, hatten sich im 19. Jahrhundert „zahlreiche Charakteristika ausgebildet, die trotz aller technischen Innovationen bis heute ihre materielle Struktur, ihre soziale Praxis und ihre Repräsentation prägen“ (Bösch, 2005: 76 zit. n. Birkner, 2011: 351 / vgl. Birkner, 2011).

Birkner betont, dass „Journalismus, verstanden als komplex ausdifferenziertes Selbstbeobachtungssystem der ebenso komplex ausdifferenzierten Gesellschaft, nur innerhalb der ihn gesellschaftlich beeinflussenden exogenen Faktoren“ zu untersuchen sei (Birkner, 2011: 346).

2.1.2 Abgrenzung zum Medienbegriff

Eine Analyse und trennscharfe Begriffsabgrenzung von Journalismus und Medien, welche in der kommunikationswissenschaftlichen Forschung nicht unbeachtet ist (vgl. Kiefer, 2010: 54), soll im folgenden Kapitel nicht verfolgt werden. Um jedoch das Forschungsthema weiter zu veranschaulichen, werden die möglichen Abgrenzungen zum Medienbegriff kurz skizziert und auf das Zusammenspiel von Journalismus und Medien in der Gesellschaft eingegangen.

Altmeppen bemängelt die oberflächige Verwendung beider Begriffe und kritisiert die ungenaue definitorische Abgrenzung in der Publizistik- und Kommunikationswissenschaft. Er spricht sich für eine Neuorientierung bei der Untersuchung von Journalismus und Medien aus, da sich beide nicht nur innerhalb ihrer Leistungen und Programme, sondern auch auf ihrer strukturellen Ebene und dem Management unterscheiden. Während der Journalismus für die Bereitstellung von Informationen zuständig ist, übernehmen die Medien die Aufgabe der Verteilung (vgl. Altmeppen, 2006: 13 / 17).

Ähnlich der Schwierigkeit eine einheitliche Definition von Journalismus zu finden, gehen auch die „Vorstellungen darüber, **was** ein Medium eigentlich genau ist“ (Beck, 2006: 12) weit auseinander. Während Saxer früh den institutionellen Status in seine Begriffsbezeichnung mit einfließen lassen hat und mehr als den rein technischen Aspekt von Medien erkennt (vgl. Saxer, 1999 / vgl. Künzler et. al., 2013: 14), sieht Maletzke eben genau diesen als ausschlaggebenden Punkt (vgl. Kiefer / Steininger, 2014: 15).

Kiefer findet eine mögliche Abgrenzung beider Begriffe aus medienökonomischer Perspektive. Mit Bezug auf Thorsby wendet sie den Output von Produktion auf den medialen Produktionsprozess an und unterscheidet diesen in drei Phasen. Der Inhaltproduktion, der Kopienproduktion und der Publikumsproduktion. So produzieren Journalisten öffentliche Güter, von denen theoretisch unbegrenzt Kopien angefertigt werden können. Die Aufgabe der Medien besteht dann darin, diese Güter durch technische Verfahren reproduzierbar zu machen. Sie schaffen somit größere Verbreitungsmöglichkeiten, als es dem Journalisten an sich möglich ist. Betrachtet man beispielsweise die Presse, so ist die Redaktion dafür verantwortlich Inhalte gewissenhaft für die Gesellschaft zu produzieren. Medien hingegen sind für die Produktion von Kopien und für den Vertrieb zuständig „so dass von daher eben auch Verleger, Intendanten und redaktionelles Management dem Journalismus zuzurechnen

sind“ (Kiefer, 2010: 55). Eine klare Trennung beider Begriffe erweist sich auch insofern schwierig, da sich die Outputstufen auch in den Merkmalen von Medien wiederfinden lassen (vgl. Kiefer, 2010, 54ff). Jedoch beschreibt Kiefer durch institutionelle Theorien eine Möglichkeit die Trennung von Journalismus und Medien zu begründen. Dies wird in *Kapitel 4.2* genauer veranschaulicht. Zur Erklärung notwendiger Ansätze und Theorien sollen Journalismus und Medien allerdings nie gänzlich getrennt von einander betrachtet werden, weshalb abschnittsweise auch die Medien Erwähnung finden.

2.2 Wandel des Journalismus

Hinsichtlich des Wandels von Journalismus schlägt Blöbaum einen Analyserahmen anhand journalistischer Strukturen vor. Neben dem Wandel der journalistischen Organisationen, sind auch die journalistischen Rollen und journalistischen Programme zu analysieren.

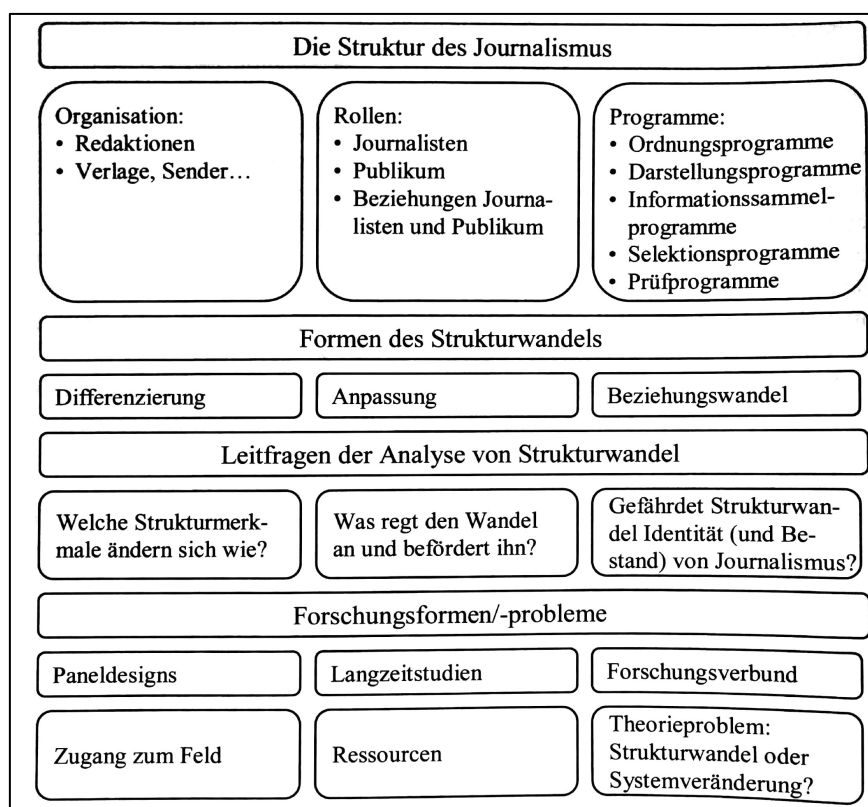


Abbildung 1: Analyserahmen: Wandel und Journalismus

Quelle: Blöbaum, 2005: 56

Möchte man journalistischen Wandel anhand von Blöbaums Modell verstehen, so ist es vorerst wichtig die Strukturen von Journalismus darzulegen. Jedoch gibt es in der Journalismusforschung keine deckende Übereinstimmung, was unter journalistischen Strukturen zu verstehen ist (vgl. Blöbaum, 2005: 48f). Blöbaum benennt für seinen Analyserahmen drei Aspekte, welche im Folgenden erörtert werden.

Wandel journalistischer Organisationen

Unter Organisationen des Journalismus sind meist Redaktionen zu verstehen, welche den Rahmen für journalistisches Arbeiten bieten. Hier zeigt sich eine Entwicklung hin zur Differenzierung der Redaktionen. Es können jedoch weitere zentrale Veränderungen beschrieben werden. Neben der Entstehung neuer Ressorts und Redaktionen, lassen sich auch wandelnde Arbeitsabläufe erkennen. Diese können wiederum als Anpassungsprozess aufgrund von Optimierungsprozessen verstanden werden. Außerdem lässt sich eine neue Form der journalistischen Arbeitsteilung feststellen, da redaktionelle Leistungen oftmals fertig eingekauft werden (vgl. Blöbaum, 2005: 51f).

Wandel journalistischer Rollen

Betrachtet man den Wandel von Journalismus auf der Ebene der journalistischen Rollen, müssen drei Bereiche miteinbezogen werden. Neben dem Journalisten, darf auch der Rezipient und die Beziehung zwischen beiden bei der Analyse nicht fehlen. Veränderte Publikumsbeziehungen können als Erwartungsverschiebung auf Seiten des Rezipienten verstanden werden (vgl. ebd.: 53f).

Wandel journalistischer Programme

Neben Arbeitsprogrammen, lassen sich auch die Entscheidungsprogramme als feste Routinen von journalistischen Produktionen beschreiben. Journalistische Programme umfassen die Handlungen und Entscheidungen bis zur Veröffentlichung von Themen und Information. Zur Analyse vom Wandel journalistischer Programme lasse sich fünf unterschiedliche Typen beschreiben. Neben den Ordnungsprogrammen und den Darstellungsprogrammen, unterscheidet Blöbaum auch in die

Informationssammelprogramme, Selektionsprogramme und das journalistische Prüfprogramm (vgl. ebd.: 54ff)

Hinsichtlich der zentralen Leistungen und Funktionen des Journalismus, welche im Laufe der vorliegenden Arbeit weiter skizziert werden, ist es die Aufgabe der Journalismusforschung den Wandel von Journalismus zu analysieren. Wichtig ist jedoch, dass Wandel zwar immer Veränderung bedeutet, jedoch nicht jede Veränderung auch als Wandel zu verstehen ist (vgl. ebd.: 43). Der Wandel von Journalismus innerhalb seines institutionellen Gefüges, soll im Laufe der Arbeit noch weiter diskutiert werden.

2.3 Zentrale Funktionen und Leistungen des Journalismus

Die primäre Funktion des Journalismus ist, wie oben angeführt, die „Herstellung und Bereitstellung von Themen zur öffentlichen Kommunikation“ (Rühl, 1980: 323). Journalismus wird dadurch gesellschaftsfähig, als dass journalistische Leistungen für die Gesellschaft unentbehrlich sind. Durch die Selektion von Ereignissen trägt der Journalismus dazu bei, Themen der Welt für die Gesellschaft überschaubar bereit zu stellen. Er kommt somit ebenfalls einer Entlastungsfunktion nach (vgl. ebd.: 342ff). Nach Rühl sind die Leistungen des Journalismus auch auf organisationsförmige, haushaltsförmige, sowie marktförmige Formen auszuarbeiten. Mit einbezogen werden müssen hier die Normen und Werte, sowie Rollenkombinationen und Stellennetze, welche über journalistische Gestaltungen entscheiden (vgl. Rühl, 2004: 83).

Haller beschreibt drei wichtige Funktionen des Journalismus, über welche die moderne Gesellschaft dem Anschein nach Konsens gefunden hat. So ist bzw. soll Journalismus dazu da sein, dass:

- *„gesellschaftliche Selbstverständigung als infiniten Kommunikationsprozess in Gang kommt bzw. bleibt,*
- *sich diese gesellschaftliche Verständigung an Aussagen über die (intersubjektiv erfahrbare) Ereignisrealität orientiert – und nicht etwa an realitätsfremden (fiktionalen) Selbst- und Fremdbildern oder Ideologien,*

- *aktuelle Vorgänge in der Ereignisrealität Bezug auf (möglichst allgemein akzeptierte) Vorstellungen über das politische, wirtschaftliche und soziale Zusammenleben geprüft und bewertet werden.*“ (Haller, 2004: 136)

Rühl betont jedoch: *„Die journalistische Primärfunktion ist eine begriffliche Sonde, die dem kommunikationswissenschaftlichen Fortschritt anzupassen ist.* Sie ist keine, ein für allemal feststehende, also unveränderliche Kategorie zur Wesensschau von Journalismus“ (Rühl, 1980: 327).

2.4 3 - Ebenen Perspektive des Journalismus – Makro, Meso, Mikro

Wyss und Keel kommen zu dem Entschluss, dass es „nicht einen Journalismus `an sich` gibt“ (Wyss / Keel, 2010: 349). Vielmehr versuchen sie die gesellschaftlichen Funktion des Journalismus und die Gliederung des Begriffs entlang der Makro-, Meso- und Mikroperspektive darzustellen. Deren Ansichten sollen im Folgenden mit dem medienökonomischen Zugang von Marie Luise Kiefer und der Frage was die Medienökonomie leisten kann ergänzt werden.

Makroperspektive: Journalismus und Gesellschaft

Die Makro – Ebene stellt die Beziehung zwischen Journalismus und Gesellschaft dar. Systemtheoretisch betrachtet, funktioniert der Journalismus als Leistungssystem der Öffentlichkeit. Unter Einbezug der Publikumsrollen des Journalismus, welche „zugleich auch die Leistungs- und Publikumsrollen anderer Systeme“ sind (Wyss / Keel, 2010: 350), erzeugt der Journalismus Aufmerksamkeit und vermittelt Informationen. Unabhängigkeit, Aktualität, Glaubwürdigkeit, Faktizität und Transparenz werden als Standard vorausgesetzt, damit die kollektive Selbstbeobachtung erlangt werden kann (vgl. Wyss / Keel, 2010: 351).

Auch von ökonomischer Seite umfasst diese Ebene den Bereich der gesellschaftlichen Leistungsziele, welche in der Publizistik- und Kommunikationswissenschaft verfassungsrechtlich geregelt sind. Jedoch lassen sich diese Ziele nicht einfach auf eine widerspruchsfreie normative Theorie übertragen, denn zentrale Faktoren – wie Pressefreiheit, Public Value etc. – sind meist zu Ungenügen erklärt. Hinzu kommt, dass traditionelle Leitbilder in den heutigen Zeiten des medialen Wandels langsam an

Wirksamkeit verlieren. Die Medienökonomie kann hier einen wichtigen Beitrag dazu leisten, die Entwicklung einer normativen Theorie durch Analyse von Medien und Journalismus innerhalb ihrer institutionellen Gefüge voranzutreiben und den Horizont derzeitiger Forschungen und Theorieansätze auf interdisziplinärer Basis zu erweitern (vgl. Kiefer / Steininger, 2014: 407f).

Mesoperspektive: Organisationale Strukturen

Der Journalismus steht im Wechselspiel mit den Medien. Er braucht diese zur Distribution seiner Inhalte und deren Ressourcen. Journalistische Leistung zu erbringen ist somit „auf formale Organisationen angewiesen“ (Wyss / Keel, 2010: 355). Wird im Folgenden von Organisationen gesprochen, so sind nicht ganze Verlagshäuser gemeint, sondern primär Redaktionen. Solche Medienorganisationen versuchen aufgrund eines ökonomischen Druckes den Journalismus zu Gunsten ihrer eigenen Ziele zu beeinflussen. Dies hat auf Ebene der Medienorganisation auch Auswirkungen auf die Produktion der Inhalte. Blöbaum beobachtet einen Strukturwandel des Journalismus auf Ebene der Organisationen (Organisationsziele rücken publizistische Ziele in den Hintergrund), der Programme (Vermischung von Information und Unterhaltung) und journalistischen Rollen (freiberufliches Arbeiten statt Festanstellung). Journalismus wird aufgrund des Strukturwandels in Zukunft noch schwieriger zu erkennen sein und lässt Fragen eines möglichen Identitätsverlust und Wandel des traditionellen Journalismus offen (vgl. Blöbaum, 2004: 212f).

Kiefer setzt aus medienökonomischer Perspektive mit ihrer Beschreibung von Journalismus als Institution und den beteiligten Organisationen genau an dieser Mesebene an. Somit sollen Ziele des Journalismus und der Medien innerhalb ihres institutionellen Rahmens beobachtet werden und mögliche Folgen begründet werden (vgl. Kiefer / Steininger, 2014: 412ff).

Mikroperspektive: Akteursbezogene Merkmale und Einstellungen

Akteursbezogene Merkmale und Einstellungen werden von der Mikroperspektive aus betrachtet. Hierunter fallen soziodemografische Strukturen wie Rollenselbstbild der Journalisten, Ausbildung oder Professionalisierung. In der Publizistik- und Kommunikationswissenschaft stehen Forschungen auf akteursbezogener Ebene meist im Zentrum der Wissenschaft (vgl. Wyss / Keel, 2010: 363ff).

Auf Ebene der laufenden individuellen Wahlhandlungen kann die Medienökonomie dazu beitragen Lösungen für die Probleme der Zielerreichung sowohl von Produzenten, als auch Konsumenten innerhalb ihrer institutionellen Rahmenbedingungen zu finden. Hierfür sollte diese Ebene, unter Berücksichtigung der derzeitigen Mikrotheorien, durch Ansätze der Mikroökonomie ergänzt werden (vgl. Kiefer / Steininger, 2014: 410ff).

2.5 Rahmenbedingungen des Journalismus

Auch der Journalismus ist an bestimmte Rahmenbedingungen geknüpft. Will man diese genauer analysieren, so bietet sich eine Annäherung über verschiedene Sichtweisen an. Während Fengler & Ruß-Mohl die Bedingungen von der ökonomischen Seite beleuchten, fasst Brosda die Rahmenbedingungen auf der Ebene des journalistischen Handelns zusammen – auch hinsichtlich der Frage nach Objektivität und Transparenz:

„Rahmenbedingungen des journalistischen Handelns wie

- *Werthaltungen und -überzeugungen,*
- *Sozialisation und sozialer Status,*
- *äußere Bedingungen, journalistische Handlungsspielräume,*
- *rechtliche, politische und wirtschaftliche Rahmenbedingungen,*
- *journalistische Arbeitsbedingungen in der Redaktion,*
- *Verwertungsbedingungen für journalistische Produkte auf dem Medienmarkt.“*

(Brosda, 2008: 242)

Die ökonomischen Rahmenbedingungen des Journalismus, also die Märkte und deren Akteure, veranschaulichen Fengler & Ruß-Mohl. Die Märkte, mit ihren Tauschakten und Tauschbeziehungen zwischen handelnden Akteuren, bestimmen die Restriktionen und Handlungsrahmen des Journalismus. Die journalistische Arbeit von Medienunternehmen wird auf Märkten ausgehandelt, wobei sowohl Mediennutzer, als auch Werbetreibende aus ökonomischer Sicht die wichtigsten Kunden für das Unternehmen darstellen (vgl. Fengler / Ruß-Mohl, 2005: 103f).

Birkner untergliedert bei seiner Ausarbeitung die Rahmenbedingungen sowohl in Exogene, als auch Endogene. Die Sozialstruktur und Kultur, die Politik und das Recht,

sowie die Wirtschaft und Technologie zählen zu den exogenen Bedingungen, durch welche der Journalismus „den Auftrag der Funktionserfüllung“ erhält (Birkner, 2012: 38). Zu den endogenen Bedingungen wiederum können journalistische Institutionen, journalistische Akteure und journalistische Aussagen gezählt werden (vgl. Birkner, 2012).

2.6 Journalismus, die verunsicherte Profession?

Die Diskussion einer Krise im Journalismus auf allen Ebenen soll hier keinesfalls vertieft werden. Dies würde den Rahmen dieser Arbeit sprengen und zeigt sich nicht als vordergründiger Gegenstand. Jedoch werden einzelne seiner Probleme kurz umrissen und ein mögliche Beitrag der Medienökonomie zur Lösungsfindung erläutert.

Der Journalismus bewegt sich seit Jahren zwischen Aufklärung und Anpassung. Seit den 1970er Jahren steht diese Frage im Raum und wurde bis heute nicht abschließend diskutiert. Der Journalismus und die Massenmedien befinden sich in einem Dilemma zwischen einem verfassungsrechtlichen Auftrag und ökonomischer Orientierung. Fraglich ist, inwiefern die journalistische Qualität darunter zu leiden hat. Rau sieht hier insbesondere die Annäherung über die Politische Ökonomie zur Schaffung möglicher Erklärungsmodelle als ratsam (vgl. Rau, 2007: 207f / 223).

Neuberger teilt die Verunsicherungen, mit Bezug auf die Ausarbeitungen und Ansichten diverser Wissenschaftler, in zwei Problemfelder ein: Die Unsicherheitsabsorption, sowie die Grenzverletzungen und Normverstöße. Neben staatlichem und ökonomischen Zwang, professioneller Druck und Mimese (vgl. Hasse / Krücken, 2005: 24ff zit. n. Neuberger, 2016), führt auch das Angleichen der Redaktion an die als selbstverständlich angenommenen Regeln des Journalismus zur Gleichheit. Des Weiteren werden Kritiken an der Nachrichtenauswahl der Journalisten laut und die Publizistik- und Kommunikationswissenschaft hat noch keine brauchbare Einigung über den Umgang mit den neuen Techniken und dem Internet gefunden (vgl. Neuberger, 2016: 72f). Hinzu kommt die Infragestellung der Legitimität des Journalismus. Der Vorwurf einer Lügenpresse, welcher Begriff schon seit Mitte des 19. Jahrhundert in Gebrauch ist, wird auch aktuell wieder laut diskutiert (vgl. Pöttker, 2017: 521).

Folgt man Pöttker, so führt das Unwissen „was Journalismus eigentlich tun und lassen soll“ (Pöttker, 2001: 20) zu einer inneren Unsicherheit bei den Journalisten. Pöttker plädiert für eine Journalistik, welche den Journalisten, als auch der Gesellschaft näher bringen soll, wozu es den Journalismus gibt und welche Leistungen dieser erbringen sollte. Ein erster Schritt sei schon ein klares Bewusstsein auf beiden Seiten, „warum und wofür dieser Beruf eigentlich gebraucht wird, welche Aufgaben er für die Gesellschaft, aber auch für das Individuum zu erfüllen hat. Wäre den Journalisten bewußt, daß sie eine professionelle Aufgabe haben und welche das ist, wären sie vermutlich gefeierter gegen äußere Einflüsse und könnten Besseres leisten.“ (Pöttker, 2001: 20).

Hinsichtlich der Unsicherheiten und dem unklaren Verständnis von Journalismus werden Fragen und Annahmen laut, wie „was wird aus dem Journalismus? Mit anderen Worten „[...] Wie steht es derzeit um den Journalismus?“ (Neverla, 1998: 53). Oder schlimmer, wie es der langjährige „Guardian“ – Journalist Nick Davies beschreibt: „In 20 Jahren könnte es keinen Journalismus mehr geben“ (Die Presse, 2017).

Die scheinbar pessimistischen Zukunftsperspektiven, die Probleme mit denen der Journalismus zu kämpfen hat und für die auch bisher in der Wissenschaft keine plausiblen Lösungen gefunden wurden, ist Anreiz genug, Journalismus auf Basis von Maire Luise Kiefers Ausarbeitung von institutioneller Sichtweise aus zu betrachten. Die institutionellen Ansätze bieten nicht nur eine Möglichkeit die Entstehung und den Wandel von Journalismus, sowie das Verständnis der Regelsysteme und Wirkungen zu erfassen und einen Zugang der Medienökonomie zu eröffnen - vielmehr kann eine disziplinenübergreifende Brücke geschlagen werden und neue Perspektiven durch „die Verbindung von volk- und betriebswirtschaftlichen Ansätzen als auch die institutionalistische Meso-Perspektive, welche die strukturellen Makroansätze mit handlungstheoretischen, akteursbezogenen Mikroansätzen verbindet“, eröffnet werden (Just / Latzer, 2017: 15).

Bevor eine ausführliche Diskussion von Journalismus als Institution und den damit verbundene Vorteile, Nachteile und Folgen insbesondere für die Wissenschaft herausgearbeitet wird, soll vorerst der Institutionenbegriff und dessen Einordnung und Theorien näher gebracht werden.

3. Zum Institutionenbegriff

Im folgenden Abschnitt soll Klarheit über den Institutionenbegriff erlangt werden. Die vielfältigen Definitionen, Ansätze und Theorien diverser wissenschaftlicher Disziplinen, die oft ungenaue Abgrenzung der Begriffe *Institution*, *Organisation* und deren Stellenwert in der Gesellschaft, machen eine Darstellung des Institutionenbegriffs nicht einfacher, dafür umso wichtiger.

Im Bezug auf die vorliegende Arbeit soll im Folgenden die bisherige theoretische Fundierung von Institutionen in der sozialwissenschaftlichen Forschung, auch im Hinblick auf ihren historischen Kontext, umrissen werden. Des Weiteren werden die grundlegendsten Definitionen des Institutionenbegriffs aufgezählt und dessen Abgrenzung vom Organisationsbegriff erläutert. Ferner sollen die bisher wichtigsten Ansätze und Theorien in der institutionellen Forschung aufgezeigt werden und knapp die Entstehung und der Wandel von Institutionen aus verfassungsökonomischer, als auch evolutionstheoretischer Sicht beschrieben werden. Abschließend werden die Theorien zur Stabilität von Institutionen skizziert.

3.1 Institutionen als Gegenstand sozialwissenschaftlicher Analysen

Die Fokussierung auf Institutionen in sozialwissenschaftlichen Analysen, insbesondere in der Kommunikationswissenschaft, zeigt sich vor allem im deutschsprachigen Raum als lückenhaft. Kiefer sah die fragmentarische Annäherung und die unzureichende theoretische Fundierung institutioneller Analysen als Anreiz, Institutionen als Forschungsgegenstand ihrer Schrift *Journalismus und Medien als Institution* in den Fokus zu rücken (vgl. Kiefer, 2010).

Erst seit geraumer Zeit erlangen Institutionen als Objekt sozialwissenschaftlicher Forschung immer mehr Bedeutung, was zu einer „Renaissance des Institutionalismus“ geführt hat (Mayntz / Scharpf, 1995: 40). Donges bemängelt jedoch weiterhin das Defizit zum Thema Institutionen in der Kommunikationswissenschaft und plädiert für einen stärkeren Einbezug von Institutionen, auch in Bezug auf deren historischen Kontext, in die Sozialwissenschaft. Denn der Institutionenbegriff hat seine Geschichte. Spätestens mit Saxers Mediendefinition „Medien sind komplexe institutionalisierte

Systeme um organisierte Kommunikationskanäle von spezifischem Leistungsvermögen“ (Saxer, 1999: 6) findet das institutionelle Denken auch in der älteren kommunikationswissenschaftlichen Literatur einen Platz. Saxer verweist auf die Dringlichkeit der institutionellen Erklärung, „als es sich bei 'Institutionen' auch um einen alltagsweltlichen besetzten und daher sozialwissenschaftlich besonders eingehend zu explizierenden Begriff handelt.“ (Saxer / Ganz – Blättler, 1998: 8).

Angesichts der Tatsache, dass die Kommunikationswissenschaft ihren Ursprung in der Deutschen Historischen Schule hat, ist es umso erstaunlich, dass medienökonomische und institutionelle Fragen und Analysen nicht weiter in den wissenschaftlichen Mittelpunkt gerückt werden (vgl. Steininger / Hummel, 2015: 99). Schmoller, als einer der Hauptvertreter der jüngeren Historischen Schule, verlangte eine historisch verankerte Beschreibung von Institutionen (vgl. Bardmann, 2014: 366) und widersetzte sich dem Liberalismus (vgl. Steininger / Hummel, 2015: 135). Vor dem Hintergrund, dass die ausdifferenzierten Formen des Institutionalismus von älteren Institutionalismen beeinflusst wurden, oder darauf aufbauen, sollte daher eine institutionelle Denkweise fester in der Kommunikationswissenschaft verankert sein (vgl. ebd.).

Ferner merkt Donges an, dass trotz der unterschiedlichen wissenschaftlichen Ansätze, Einigkeit über die „[...] hohe Bedeutung, die institutionelle Regeln für die Gesellschaft, ihrer Organisationen wie auch einzelner Individuen [...]“ herrscht (Donges, 2006: 563). Die Schwierigkeit Institutionen zu erfassen und in die kommunikationswissenschaftliche Forschung einzubeziehen, liegt auch an den unterschiedlichen Definitionen und Ansätzen. Dies macht eine Darstellung des Institutionenkonzepts umso notwendiger.

3.2 Definitionen von Institutionen

3.2.1 nach Holl

Holls Ausarbeitung des Institutionenbegriffs basiert auf den Institutionentypen nach Kasper und Streit, welche Institutionen in interne und externe, sowie informelle und formale Institutionen untergliedern. Während sich erstere Zwei auf die Entstehung von Regeln beziehen, unterscheiden sich letztere Beiden aufgrund der Art und Weise ihrer

Durchsetzung. Holl führt diese Unterscheidungsmerkmale zusammen und benennt vier Gruppen von Institutionen:

- *Interne Institutionen*: Sind das Ergebnis menschlichen Handelns, entstehen aus menschlicher Erfahrung heraus und beinhalten Lösungen, welche das Zusammenleben in der Vergangenheit erleichterten.
- *Externe Institutionen*: Sind das Ergebnis eines bewussten Entwurfs, entstehen in einem politischen Prozess und werden von der politischen Gewalt durchgesetzt.
- *Informelle Institutionen*: Sanktionieren nicht regelkonformes Verhalten durch soziale Feedbacks und überwachen sich selbst durch imperative Selbstbindung der Akteure.
- *Formale Institutionen*: Sanktionieren nicht regelkonformes Verhalten durch staatliche oder private Überwachung (vgl. Holl, 2004: 15f).

Holl unterscheidet hier weiter und differenziert zwischen vier Typen interner und drei Typen externer Institutionen. Unter interne Institutionen von Typ 1 sieht er Konventionen, interne Institutionen Typ 2 umfassen die Regeln der Moral, als Typ 3 werden Sitten und Gebräuche definiert und formalisierte Regeln fallen unter Typ 4. Externe Institutionen, welche zugleich auch immer formale Institutionen sind, entstehen aufgrund politischer Entscheidungsprozesse, besitzen somit eine gewisse Macht und werden der Gesellschaft auferlegt. Typ 1 der externen Institutionen umfasst Verhaltensregeln, welche die Handlungsmöglichkeiten der Gesellschaft beschränken. Unter Typ 2 versteht Holl die zweckorientierten Anordnungen, wie beispielsweise Rechtsvorschriften und unter Typ 3 fallen alle Verfahrensregeln, welche staatliche Akteure zu einem bestimmten Handeln leiten.

Institutionen- kategorie (Instituti- on/Regel)	Entstehung		Anzahl der Ziele		Komplexität der hervorge- brachten Ord- nung		Überwachung	
	spon- tan	ge- plant	viele	eins	kom- plex	ein- fach	infor- mell	formal
Intern Typ 1 (Konventionen)	X		X		X		X	
Intern Typ 2 (Moralregeln)	X		X		X		X	
Intern Typ 3 (Sitten)	X		X		X		X	
Intern Typ 4 (Private Regeln)	X		X		X			X
Extern Typ 1 (Verhaltensre- geln)	X	X	X		X			X
Extern Typ 2 Anordnungen)		X		X		X		X
Extern Typ 3 (Verfahrensre- geln)		X		X		X		X

Abbildung 2: Typen verschiedener Institutionen.

Quelle: Holl, 2004: 19

3.2.2 nach Donges

Die große Schwierigkeit der Begriffsdefinition von *Institution*, sieht Patrick Donges in der oftmals unscharfen Abgrenzung vom Organisationsbegriff. Da Institutionen und Organisationen häufig gemeinsam auftreten, dies aber nicht zwingend müssen. Des Weiteren werden im alltäglichen Sprachgebrauch Institutionen häufig als eine Einrichtung definiert, wobei das Verständnis in der Sozialwissenschaft von diesem völlig abweicht (vgl. Donges, 2013: 88).

Donges beschreibt Institutionen als „dauerhaftes Regelsystem, die soziales Handeln sowohl beschränken, als auch ermöglichen“ (Donges, 2006: 565). Er bezieht sich hier auf die Definition des Organisationssoziologen Richard Scott, welcher die unterschiedlichen Typen von Regeln miteinbezieht:

„Institutions are symbolic and behavioral systems containing representational, constitutive and normative rules together with regulatory mechanisms that define a common meaning system and give rise to distinctive actors and action routines.“ (Scott, 1994: 68 zit. n. Donges, 2006: 566)

Laut Donges enthalten Institutionen normative, regulative, konstitutive und repräsentative Regeln. *Normative Regeln* geben Erwartungen darüber, wie sich Akteure verhalten sollen und ermöglichen und stabilisieren das Handeln dieser, aufgrund wechselseitiger Erwartungshaltungen. Sie verleihen Institutionen somit eine vorschreibende und verpflichtende Dimension und werden meist unbewusst von Akteuren in Rollen oder organisatorischen Routinen ausgedrückt (vgl. Donges, 2006: 566). Die *regulativen Regeln* beziehen sich auf die handlungsbegrenzende, zwanghafte und regulierende Seite von Institutionen. Durch das Greifen von Normen, beispielsweise durch unterschiedliche Arten der Beobachtung und Kontrolle, wird das Handeln der Akteure eingeschränkt und geordnet. Regulative Regeln können sowohl in rechtlich formalisierter Form, als auch informeller Form auftreten. Als dritte Regelunterteilung benennt Donges die *konstitutiven Regeln*, welche neue Sachverhalte, wie Akteure und ihre Vorzüge, überhaupt erst schaffen. Aus institutionalistischer Sicht muss die Ziel – und Strukturwahl von Organisationen sowohl von Akteuren innerhalb dieser, als auch außerhalb der Organisation, akzeptiert werden. Viertens bestehen Institutionen aus *repräsentativen Regeln*, welche sich auf Gemeinsamkeiten und geteilte Bedeutungen zwischen Individuen und Organisationen beziehen. Gemeint ist hier auch die Konstruktion und Erschließung der Wirklichkeit von Akteuren (vgl. ebd.).

Auch wenn Institutionen nicht immer zu gleichen Teilen aus diesen Regeln bestehen müssen, so sind sie dennoch alle relevant. Einmal institutionalisiert werden Regeln nicht mehr hinterfragt und als selbstverständlich angesehen und werden somit Teil der objektiven Realität (vgl. Donges, 2013: 88f).

3.2.3 nach Ostrom

Eine der wohl ausführlichsten Definitionen von Institutionen gibt Elinor Ostrom:

„[...] institutions are the prescriptions that humans use to organize all forms of repetitive and structured interactions including those within families, neighborhoods, markets, firms, sport leagues, churches, private associations, and governments at all scales. Individuals interacting within rule – structured situations face choices regarding the actions and strategies they take, leading to consequences for themselves and for others“ (Ostrom, 2005: 3)

Sie sieht Institutionen als eine Menge von Regeln, welche das Handeln und das Treffen von Entscheidungen der Personen bestimmen und strukturieren. Ferner gehören diese Regeln zum gemeinsamen Wissen der Gesellschaft: Dies bedeutet, dass alle Beteiligten die Regeln kennen und sich deren bewusst sind. Nach Ostrom sind alle Regeln in ein anderes Regelsystem eingebettet. Sie spricht sich daher für eine Mehrebenenanalyse aus und differenziert drei Ebenen von Regeln: Die *konstitutionellen* Regeln legen fest wer teilnahmeberechtigt ist, ordnen operative Tätigkeiten und bestimmen die Regeln zur Herstellung eines Regelsystems für kollektive Entscheidungen. Regeln für *kollektive* Entscheidungen bestimmen wiederum indirekt die *operativen* Regeln, wobei letztere Handlungen und Entscheidungen im alltäglichen Leben einordnen (vgl. Ostrom, 1999: 66ff).

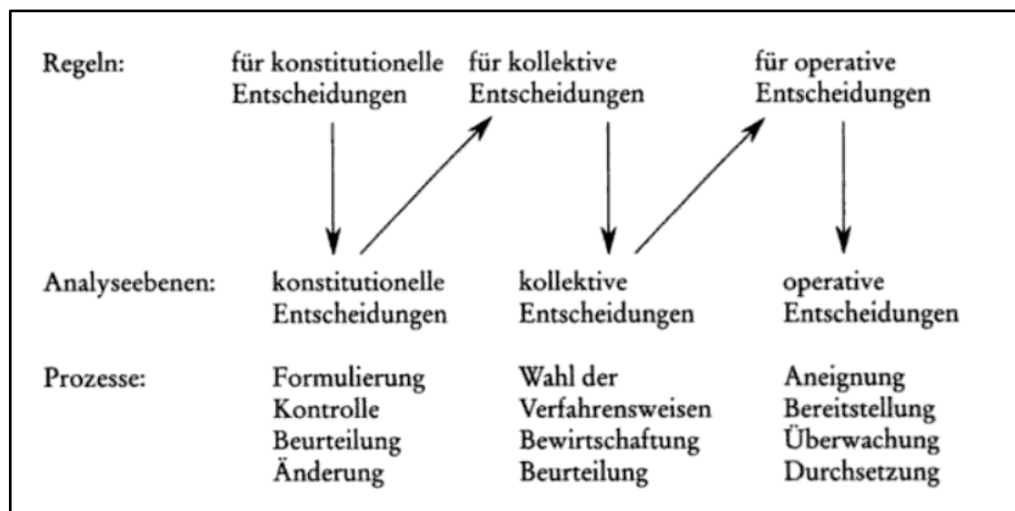


Abbildung 3: Zusammenhang zwischen Regeln und Analyseebenen.

Quelle: Ostrom, 1999: 69

Hinsichtlich der Frage zum Wandel von Institutionen, müssen die Ebenen der Regeln betrachtet werden. Auch wenn operative Regeln leichter zu ändern sind als kollektive und konstitutionelle, zieht dennoch jede Regeländerung auf einer der Ebenen immer eine Destabilisierung und Unsicherheit der Akteure nach sich (vgl. Ostrom, 1999: 69f).

Die große Schwierigkeit zum institutionellen Verständnis sieht Ostrom allerdings in den vielfältigen Situationen von Institutionen in unserem alltäglichen Leben. Die Gesellschaft verfügt zwar über ein umfangreiches impliziertes Wissen von Handlungserwartungen, ist sich jedoch all der Normen, Regeln und Strategien, welche sie verfolgt, oftmals nicht bewusst (vgl. Ostrom, 2005: 4f).

3.2.4 weitere Definitionen

Als Ergänzung sollen im Folgenden noch weitere Definitionen des Institutionenbegriffs gegeben werden.

So sieht der Wirtschaftstheoretiker Douglass C. North Institutionen bestehend sowohl aus informellen, als auch formellen Regeln, welche „jede Art von Beschränkung, die Menschen zur Gestaltung menschlicher Interaktion ersinnen“ ordnen (North, 1992: 4, zit. n. Kiefer, 2010: 20) und findet folgende Definition:

„Institutions are the humanly devised constraints that structure political, economic and social interaction. They consist of both informal constraints (sanctions, taboos, customs, traditions, and codes of conduct), and formal rules (constitutions, laws, property rights).“ (North, 1991: 97)

Mit Bezug auf den historischen Kontext betont North, dass Institutionen dazu beitragen Ordnung zu schaffen und Unsicherheiten zu minimieren. Seine vor allem von wirtschaftlicher Seite geprägte Auslegung sieht Institutionen als Rahmen, welche Wahlmöglichkeiten definieren und diverse Vorgänge, Herstellungskosten und demnach die Erfolgskraft und Realisierbarkeit innerhalb wirtschaftlicher Tätigkeiten festlegen (vgl. North, 1991: 97).

Folgt man Deutschmann, so sind Institutionen „reziproke Typisierungen sozialen Handelns, die das Verhalten von Akteuren in für die Gesellschaft wichtigen Funktionen verbindlich vorschreibt“ (Deutschmann, 2006: 291, zit. n. Kiefer, 2010: 19).

Franke definiert darüber hinaus unterschiedliche Institutionen, wobei insbesondere die autonomen Institutionen in Bezug auf die Kommunikationswissenschaft kurz erklärt werden sollen. Unter autonomen Institutionen werden Institutionen verstanden, welche alleine befugt sind im Rahmen ihrer Kompetenzen Entscheidungen zu treffen, d.h. sie haben für bestimmte Bereiche eine *Kompetenz-Kompetenz* (vgl. Franke, 1998: 102). Sie sind unentbehrlich für die Funktion einer Demokratie, da sie einen erheblichen Einfluss auf die Öffentlichkeit und das private Leben ausüben. Franke führt unter dieser Art der Institutionen auch die Medien an, wobei eine solche Definition nach Kiefers Ausarbeitung auch auf den Journalismus als Institution zutrifft. Er differenziert ferner in konkret autonome, semiautonome und quasiautonome Institutionen. Der öffentlich-rechtliche Rundfunk kann hier wiederum in den Bereich der semiautonomen Institutionen eingeordnet werden, während der privatrechtliche Rundfunk den quasiautonomen Institutionen zuzuordnen ist. Semiautonom bedeutet, dass Institutionen zwar im Rahmen des Verfassungsrechts handeln, jedoch nicht zu den obersten Staatsorganen zu zählen sind (vgl. Franke, 1998: 104ff).

3.3 Abgrenzung zum Organisationsbegriff

Um den für die Forschungsarbeit relevanten Begriff Institution weiter zu beschreiben, soll er im Folgenden vom Begriff der Organisation abgegrenzt werden. Doch so wie es nicht *den einen* Institutionsbegriff gibt, gibt es auch nicht *die eine* Organisationsdefinition. Die Schwierigkeit dahinter zeigt sich mitunter aufgrund des Einhergehens von Institutionen und Organisationen – auch wenn dies nicht zwingend der Fall sein muss (vgl. Donges, 2013: 88). Hasse führt ferner an, dass auch Organisationen als eine Form von Institutionen begriffen werden können, insofern sie für selbstverständlich gehalten werden. Des Weiteren betont er, dass sich Institutionen in Organisationen identifizieren, wobei letztere durch Institutionen legitimierte Erwartungen erfüllen und somit in eine institutionelle Umwelt eingebettet sind (vgl. Hasse, 2013: 70f). Göbel betont bei ihrer Ausdifferenzierung beider Begriffe die bewusste und unbewusste Entstehung. Sie sieht Organisationen als künstliche

Ordnung, die bewusst und mit Plan hervorgebracht werden. Es handelt sich hierbei um eine Gruppe von Personen, welche einen gemeinsamen Zweck teilen und äußerliche Grenzen vorweisen (vgl. Göbel, 2002: 4f). Auch Mantzavinos plädiert für eine scharfe Trennung beider Begriffe und sieht Institutionen als die Gründer von Spielregeln, während Organisationen, also eine Gruppe von Individuen, im Rahmen dieser gegebenen Regeln handeln. Kurz gesagt: Organisationen unterliegen den institutionellen Regeln (vgl. Mantzavinos, 2007: 86f). North betrachtet die Unterscheidung beider Begriffe von der wirtschaftlichen Seite und betont, dass Organisationen vor allem beim Wandel von Institutionen eine große Rolle spielen (vgl. North, 1994). Diese Ansicht teilt auch Kiefer, welche sich bei ihrer Skizzierung des Organisationskonzeptes vor allem auf Türk stützt und anmerkt, dass „Organisationen die Wahrscheinlichkeit maximieren, dass Menschen ihre durch Kooperation angestrebten Ziele möglichst effektiv und effizient erreichen [...]“ (Kiefer, 2010: 126).

Auch die moderne Institutionenökonomik befasst sich mit Organisationen und unterscheidet zwischen formalen, wie beispielsweise ein Unternehmen, und informellen, worunter auch der Markt zu zählen ist. Organisationen werden hier als Institutionen verstanden, welche alle beteiligten Personen mit einschließen, oder wie es Schmoller ausdrückt, als „die persönliche Seite der Institution.“ (Schmoller, 1900: 61, zit. n. Kiefer / Steininger, 2014: 81; vgl. Richter / Furubotn, 2003: 10).

North bringt es auf den Punkt und verdeutlicht: „If institutions are the rules of the game, organizations and their entrepreneurs are the players.“ (North, 1994: 362).

Die Begriffe Institution und Organisation lassen sich nicht gänzlich getrennt voneinander betrachten. Auch wenn eine kurze definitorische Abgrenzung der beiden Begriffe angeführt wurde, so kann und soll der Journalismus als Institution nicht ohne Miteinbezug seiner Mitspieler Organisation behandelt werden, weshalb auch das Wechselspiel von Journalismus und seinen Organisationen abschnittsweise Erwähnung findet.

3.4 Ansätze und Theorien

Auf Grundlage der definitorischen Ausarbeitung, der Abgrenzung zum Organisationsbegriff und dem Verständnis von institutionellen Regelsystemen, sollen im folgenden Kapitel unterschiedliche Ansätze und Theorien erläutert werden. Neben der Statusfunktion von Institutionen wird auch die ökonomische Sichtweise skizziert. Außerdem wird die soziologische Zugangsweise umrissen und auf Akteure in Institutionen eingegangen. Vorweg sollen aber die Leitideen und Funktionen von Institutionen nach Göbel dargelegt werden.

3.4.1 Leitideen und Funktionen – Göbel

Göbel setzte sich mit dem Gedanken der Leitidee näher auseinander. Für sie wird sich in der ökonomischen Sichtweise zu sehr auf das Regelsystem von Institutionen und weniger auf den Bezugspunkt solcher Regeln konzentriert. Diese sogenannte Leitidee, gibt dem Regelsystem überhaupt erst eine Richtung, weshalb sich zur Lösung menschlicher Interaktionsprobleme vorerst auf eine solche Leitidee gestützt werden soll und als zweiter Schritt die Durchsetzung von sinnvollen Regeln zu tragen kommen muss (vgl. Göbel, 2002: 2f). Göbel definiert Institutionen wie folgt:

„Institutionen sind:

- *Systeme von verhaltenssteuernden Regeln bzw. durch diese gesteuerte Handlungssysteme,*
- *die Problembereiche menschlicher Interaktion gemäß einer Leitidee ordnen,*
- *die für längere Zeit und einen größeren Kreis von Menschen gelten*
- *und deren Beachtung auf unterschiedliche Art und Weise durchgesetzt wird.“*

(Göbel, 2002: 3)

Göbel verweist auch auf die Funktionen von Institutionen und benennt acht, welche im Folgenden dargelegt werden (vgl. Göbel, 2002: 5 – 8):

Ordnungsfunktion:

Institutionen reduzieren Komplexität und stellen Ordnung im menschlichen Zusammenleben her. Dies führt in Folge auch zur Reduktion von Unsicherheit.

Entlastungsfunktion:

Institutionen schränken die Handlungsspielräume ein. Dies soll aber keinesfalls als negativ aufgefasst werden, sondern führt somit zu einer Entlastung des Einzelnen, wodurch dessen Kräfte gestärkt und persönliche Fähigkeiten besser genutzt werden können.

Motivationsfunktion:

Institutionen lenken das Verhalten eines Einzelnen in eine gesellschaftlich erwünschte Richtung. Sie verhindern somit unerbetenes Verhalten. Die Motivationsfunktion erfüllen Institutionen dann, wenn sie ein konformes Verhalten hervorrufen. Dies gilt sowohl für staatliche, als auch private Institutionen.

Koordinationsfunktion:

Institutionen schaffen eine Verlässlichkeit und Sicherheit im Verhalten. Sie sorgen für eine erfolgreiche Zusammenarbeit arbeitsteiliger Handlungen, wodurch die Interaktionseffizienz steigt und Konflikte reduziert werden.

Kohäsionsfunktion:

Institutionen sorgen für eine gemeinsame Identität innerhalb der Gemeinschaft. Aufgrund gemeinschaftlicher Bräuche und Sitten entsteht ein Zusammengehörigkeitsgefühl, welches auch menschliches Zusammenleben erleichtert.

Wertmaßstabsfunktion:

Institutionen geben eine Messlatte für richtiges Verhalten. Sie liefern Beurteilungsmaßstäbe für eigenes und fremdes Verhalten und bilden somit die Grundlage für Verurteilung und Bestrafung bzw. Belohnung.

Spezielle Funktion:

Unter die spezielle Funktion von Institutionen ist die Herrschaftssicherung einzuordnen. Institutionen legen somit fest, wer berechtigt ist, über wen in einem bestimmten Maß Macht auszuüben (bspw. Schulen, Familie).

Abgeleitete Funktion:

Institutionen regeln wie neue Organisationen geschaffen werden sollen. Sie helfen Regeln durchzusetzen und zu lehren.

Doch diese Funktionen und Legitimität von Institutionen müssen ständig wieder bewiesen werden, denn auch wenn Institutionen zum festen und ordnungsschaffenden Bestandteil einer Gesellschaft gehören, so stoßen hier doch geregelte Ordnungen auf Spontanität sowie Sicherheit und Stabilität auf Enge und Starrheit (vgl. Göbel, 2002: 8).

3.4.2 Theorie institutioneller Tatsachen – Searle

Searle, ein amerikanischer Philosoph, bemängelt die Unklarheit über Institutionen in der Literatur und sieht die große Problematik in der sprachlichen Auslegung von Institutionen. Er beschreibt einen sprach- und kognitionstheoretischen Ansatz gesellschaftlicher Institutionen, welcher drei zentrale Elemente und eine Hintergrundthese aufweist (vgl. Searle, 2005 / vgl. Kiefer 2010: 30ff).

1. *Kollektive Intentionalität*: Erfasst alle gemeinschaftlichen Absichten, als auch kollektive Wünsche und Überzeugungen. So arbeiten beispielsweise Menschen in einer politischen Kampagne zusammen, mit der festen Hoffnung, dass ihr Kandidat gewinnen wird. „Collective intentionality is the basis of all society, human or animal“ (Searle, 2005: 6).
2. *Zuschreibung von Funktionen*: Umfasst die Funktion Dingen bzw. Objekten eine Funktion aufzuerlegen, welche diese vor der Zuschreibung nicht hatten. Solche Zuteilungen sind immer beobachterrelativ (vgl. Searle, 2005: 7).
3. *Konstitutionsregeln*: Umfassen die Regeln, welche für ein gesellschaftliches Phänomen ausschlaggebend sind. Institutionelle Tatsachen existieren „nur innerhalb von Systemen konstitutiver Regeln“ (Searle, 1997: 38 zit. n. Kiefer, 2010: 31)
4. *Hintergrundthese*: Mit der Hintergrundthese meint Searle, dass Menschen die institutionellen Regelsysteme unbewusst lernen und im Laufe ihrer Entwicklung auf diese Regelstrukturen reagieren (vgl. Kiefer, 2010: 32).

Searles zentrale Begriffe in seiner *Theorie institutioneller Tatsachen* sind Status, Statusfunktion und deontische Macht. Er behauptet, dass sich die Art und Weise der menschlichen institutionellen Realität von anderen sozialen Strukturen nur abhebt, aufgrund der Statusfunktion, welche den grundlegenden Regeln und Vorgängen auferlegt wird. Für ihn sind Statusfunktionen der Schlüsselpunkt, welche menschliche Gesellschaften zusammenhält (vgl. Searle, 2005: 9). Des Weiteren haben Institutionen für ihn die logische Struktur „X counts as Y in C, where the Y term assigns a status function and (with few exceptions) the status function carries a deontology“ (Searle, 2005:10) – dies bedeutet: eine Statusfunktion ermöglicht es einem X im Kontext eines C eine Funktion Y auszuüben, die X ohne seine Zuschreibung nicht hätte (vgl. Kiefer, 2010: 32). Erst wenn eine Institution besteht, können innerhalb dieser institutionelle Tatsachen geschaffen werden (vgl. Searle, 2005: 10).

Wendet man Searles Formel auf den Journalismus als Institution an, so kann folgende Formel aufgestellt werden: Die „journalistischen Aussagen (=X) im Kontext einer demokratischen Öffentlichkeit (=K), gelten als Wirklichkeitsbeschreibung und durch ihre spezifische Selektivität als Ausgangsbasis gesellschaftlicher Selbstverständigungsdiskurse = Y = Statusfunktion“ (Kiefer, 2013: 122). C wird hier als K beschrieben.

3.4.3 Ökonomische Institutionen

Markt, Wettbewerb und Unternehmung zählen zu den wichtigsten Institutionen in der ökonomischen Theorie. Kiefer und Steininger unterscheiden mit ihrem ökonomischen Zugang Institutionen in Regelsysteme und korporative Gebilde. Ersterer Teilbereich umfasst formale und informelle Regeln und Normen, beispielsweise Rechtsvorschriften oder Berufsnormen. Unter dem zweiten Gliederungspunkt können der Staat, politische Parteien, Medienunternehmen oder sonstige organisierte Bündnisse eingeordnet werden. Ferner werden Institutionen in fundamentale und abgeleitete Institutionen untergliedert. So bilden sich abgeleitete Institutionen immer innerhalb des Rahmens ihrer vorgelagerten Institution. Institutionen können somit als hierarchisch gegliedert verstanden werden (vgl. Kiefer / Steininger, 2014: 78).

Betrachtet man Abbildung 4, so lassen sich die hierarchischen Untergliederungen von Institutionen deutlich erkennen. Die fundamentalen Institutionen bilden das Grundgerüst für die abgeleiteten Institutionen bis hin zur Stufe n. Kiefer und Steininger zählen zu

ersteren Institutionen Regelsysteme, welche keinesfalls schnell und planbar entstanden, sondern Ergebnis eines langen evolutionären Prozesses sind. Allgemeine Menschenrechte, darunter auch die Meinungsfreiheit sind somit den fundamentalen Institutionen zuzuordnen. Abgeleitete Institutionen gelten als gestaltbar, aber nur innerhalb des Spielraumes, welchen die vorgelagerte Institution bestimmt. So können Wirtschaftsfreiheit und Mediensysteme als abgeleitete Institutionen beschrieben werden, welche sich innerhalb der vorgelagerten Institution des politischen Systems gründen (vgl. Kiefer / Steininger, 2014: 77ff). „Beide sind abgeleitete Institutionen, wenn auch einer sehr hohen Ebene“ (Kiefer / Steininger, 2014: 78).

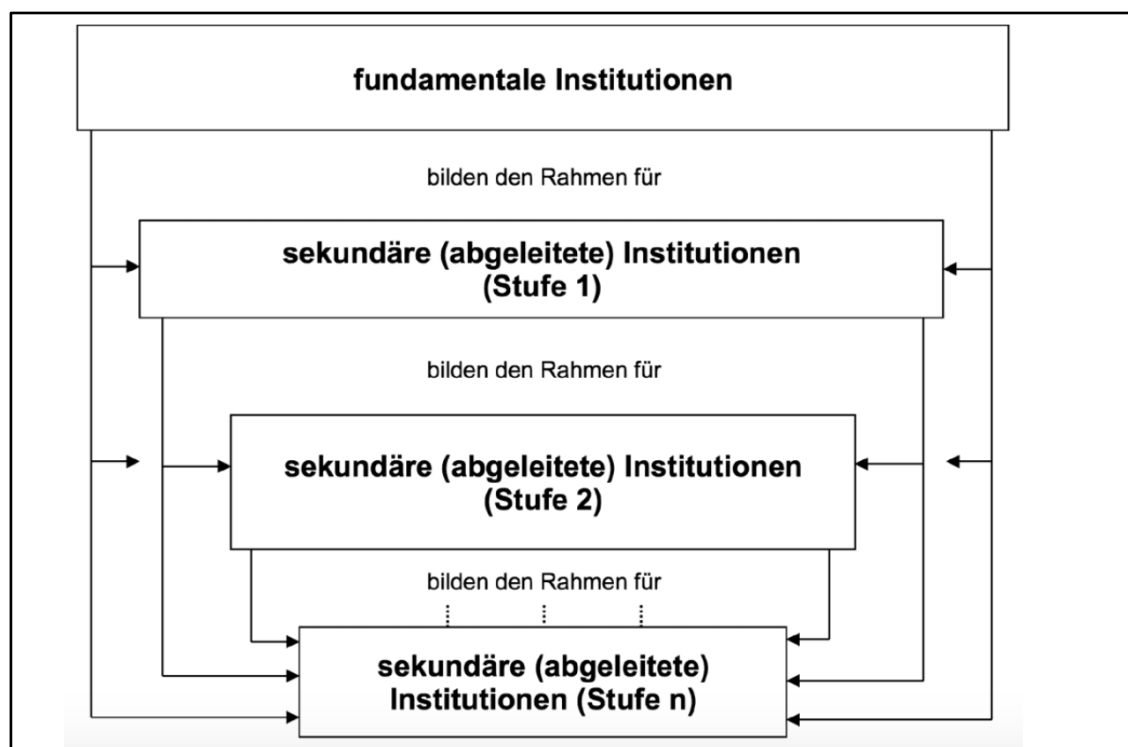


Abbildung 4: Institutionenhierarchie.

Quelle: Dietl, 1993: 74, zit. n. Kiefer / Steininger, 2014: 78

3.4.4 Politische Ökonomie

Ein weiterer theoretischer Ansatz, um die ökonomische Zugangsweise für die Kommunikationswissenschaften weiter zu veranschaulichen, ist die Politische Ökonomie.

Während die neoklassische Theorie Sachverhalte und Geschehen aufgrund individuelles Handeln und Verhalten einzelner Menschen begründet und das wirtschaftliche Geschehen als einen getrennten Bereich betrachtet, stellt die Politische Ökonomie Zusammenhänge zwischen politischen, gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Begebenheiten dar. Die Politische Ökonomie knüpft an den bestehenden Ansätzen des neoklassischen Denkens an und möchte unter „Einbeziehung insbesondere institutioneller Aspekte, der Berücksichtigung von Transaktionskosten, der Annahme eingeschränkter Rationalität und von Opportunismus sowie der Übertragung ökonomischer Analyse“ (Kiefer / Steininger, 2014: 62) diesen Ansatz weiterentwickeln (vgl. Kiefer / Steininger, 2014: 57 / 61f).

Die Politische Ökonomie stellt weniger ein geschlossenes System dar, „als eine Reihe von Ansätzen mit spezifischen Gemeinsamkeiten und Grundüberzeugungen“ (Kiefer / Steininger, 2014: 63). Alle Ansätze setzen zentral die Frage der Steuerungsmechanismen und Steuerungssysteme für wirtschaftliche und gesellschaftliche Ergebnisse in den Mittelpunkt. Da diese eng mit Institutionen verknüpft sind, werden im Folgenden die diversen Ansätze dargelegt, um das theoretisch fundierte Verständnis von Institutionen weiter zu vertiefen (vgl. ebd.: 68):

- Konstitutionelle Ökonomie:

Die Verfassungsökonomik entwickelte sich auf Basis der Public-Choice Theorie, befasst sich aber im Unterschied zu dieser nicht mit menschlichem Verhalten unter vorgegebenen Regeln, sondern mit der Regelebene selbst. Sie analysiert die Wahl von Regeln und hinterfragt die Auswirkungen dieser auf das Wohl der Gesellschaft, derer Mitglieder und ob neue Regeln auf Zustimmung zwischen den Mitgliedern stößt. Des Weiteren kann zwischen zwei Präferenzen unterschieden werden: originäre und konstitutionelle. Erstere umfassen Individual- und Kollektivgüter, die Nutzen stiften und durch ein Gemeinwesen bereitgestellt werden. Unter konstitutionellen Präferenzen ist die Art und Weise der Bereitstellung dieser Güter zu verstehen (vgl. Kiefer / Steininger, 2014: 63f)

- Property Rights – Ansatz:

Der Property Rights - Ansatz befasst sich mit den „Zuordnungen und Beschränkungen von Eigentums- und Verfügungsrechten und deren Einfluss auf das wirtschaftliche Verhalten von Menschen“ (Kiefer / Steininger, 2014: 64). Ausschlaggebend sind hier die Verfügungsrechte an einem Gut und weniger der Besitz. Dieser Ansatz kann hinsichtlich der Fragen von Medienfinanzierung zum Tragen kommen (vgl. Kiefer / Steininger, 2014: 64).

- Prinzipal Agent – Ansatz:

Dieser Ansatz fokussiert die Beziehung zwischen Auftraggeber und Auftragnehmer. Der Auftragnehmer handelt im Interesse des Auftraggebers und dessen Nutzen. Der Auftraggeber jedoch kann nur das Ergebnis erkennen und nicht den Grund dafür, da er die Handlungen des Auftragnehmers nicht prüfen kann. Dies führt zu einer Asymmetrie des Informationsflusses zwischen beiden Parteien (vgl. Kiefer / Steininger, 2014: 64f).

Der Ansatz setzt sich drei wesentliche Punkte zum Ziel:

1. Ursachen und Merkmale der Agency - Probleme darstellen
2. Lösungen für denkbare institutionelle Arrangements entwickeln
3. Entwerfen von effektiven Vertragsformen für eine Agency - Beziehung.

Die Überlegung des Prinzipal Agent - Ansatzes sind hinsichtlich der Analyse vom Medium - Publikum - Verhältnis von großer Bedeutung (vgl. ebd.)

- Transaktionskostenökonomik:

Coase, als einer der wichtigsten Vertreter der Transaktionskostenökonomik, machte bereits 1937 darauf aufmerksam, dass es die Transaktionskosten sind, „die entscheiden, ob es individuell vorteilhaft ist, eine bestimmte Transaktion firmenintern oder über den Markt abzuwickeln“ (Pies, 2001: 4). Williamson hat diesen Ansatz weiterentwickelt und dargestellt, dass vor allem ökonomische Institutionen zur Einsparung von Transaktionskosten dienen. Hauptsächlich sind Informations- und Kommunikationskosten, welche auf dem Markt entstehen, als Transaktionskosten zu beschreiben. Diese lassen sich in folgende Arten unterscheiden (vgl. Kiefer / Steininger, 2014: 65f):

- *Suchkosten:*
geeignete Tauschpartner müssen gesucht werden.
- *Informationskosten:*
Potenzielle Tauschpartner müssen über eigene Transaktionskosten informiert werden.
- *Aushandlungskosten:*
Tausch muss verhandelt werden und zum Abschluss kommen.
- *Durchsetzungs-, Wertsicherungs- und Kontrollkosten:*
Kontrolle und Sicherstellung der Vertragserfüllung.

Die Transaktionskostenökonomik kann innerhalb der Publizistik- und Kommunikationswissenschaft hinsichtlich der Gewinnaufbringung in Medienunternehmen Erklärungsansätze darlegen. Transaktionskosten lassen sich einsparen, indem für diverse Arten von Transaktionen unterschiedlich institutionelle Arrangements gefunden werden (vgl. Kiefer / Steininger, 2014: 66f).

- Theorie institutionellen Wandels:

Die Theorie des institutionellen Wandels soll hier nur kurz umrissen werden. Eine ausführliche Darlegung findet sich in *Kapitel 3.5* wieder.

Folgt man North, so kann unter Wandel „die Art und Weise, wie Institutionen über die Zeit geschaffen, verändert oder zerstört werden“ verstanden werden (North, 1988: 207 zit. n. Kiefer / Steininger, 2014: 67). Ein solcher Wandel findet aufgrund der oben dargelegten hierarchischen Institutionengliederung und der dadurch erlangten Stabilität langsam statt. Kiefer und Steininger merken an, dass insbesondere die Organisationen aufgrund ihrer Zielverfolgung für einen institutionellen Wandel verantwortlich sind. So können Medien, als Organisationen, die Institutionenordnung maßgeblich verändern (vgl. ebd.)

- Evolutorische Ökonomik:

Die Evolutionsökonomik befasst sich mit der Bedeutung von Institutionen für die Entwicklung der Gesellschaft. Hierfür wird auf historische Abläufe in der Vergangenheit zurückgegriffen, um Strukturphänomene erkennen zu können. Auch innerhalb der

Kommunikationswissenschaft bietet es sich an, diese Theorie zu berücksichtigen um beispielsweise medienökonomische Fragen zu klären (vgl. Kiefer / Steininger, 2014: 68).

3.4.5 Neo - Institutionalismus

Neben den wirtschaftlichen Annäherungen an das Institutionenverständnis, soll im Folgenden auch die soziologische Betrachtungsweise dargelegt werden.

Befasst man sich mit dem soziologischen Aspekt und dem Institutionenbegriff innerhalb des Neo - Institutionalismus, so wird schnell ersichtlich, welche unterschiedlichen Auffassungen innerhalb dieser Zugangsweise existieren. Neben dem Rational Choice Institutionalismus, dem historischen Institutionalismus und dem soziologischen Institutionalismus, soll auch der diskursive Institutionalismus beschrieben werden. Diese vier Ausrichtungen könnten unterschiedlicher nicht sein und machen deutlich, dass es den Neo - Institutionalismus nicht gibt (vgl. Puppis, 2016: 160).

- Rational Choice Institutionalismus

Individuen werden hier als rationale Nutzenmaximierer verstanden, welche zur Zielerreichung unter der Bedingung der Interdependenz strategisch und rational handeln. Institutionen beeinflussen dieses Handeln aufgrund ihrer Strukturen. Ferner werden Institutionen als Resultat bewusster Gestaltung betrachtet. Kritik findet diese Sichtweise aufgrund ihrer funktionalistischen und intentionalistischen Institutionenbildung (vgl. ebd.).

- Historischer Institutionalismus

Auch hier steht das rationale Handeln der Individuen im Vordergrund, jedoch wird der historische Institutionalismus um strukturelle und institutionelle Faktoren erweitert. Diese können nicht von Individuen beeinflusst werden. Thematisiert werden hier die Bedeutung von Pfadabhängigkeit und Machtfragen bzw. Machtasymmetrien (vgl. ebd: 160f).

- Soziologischer Institutionalismus

Hier finden neben regulativen und normativen Dimensionen auch kulturell - kognitive Dimensionen Einzug in den Begriff der Institution. Die Vorstellung von rationalen Akteuren wird abgelehnt - vielmehr geben Institutionen den kognitiven Rahmen für das Handeln der Akteure (vgl. ebd.).

- Diskursiver Institutionalismus

Der Fokus auf Ideen steht hier im Mittelpunkt. Es handelt sich nicht nur um die Kommunikation von Ideen, sondern um den Kontext in welchen Ideen kommuniziert werden. Institutionen werden nicht als „externe Handlungseinschränkungen verstanden“ (Puppis, 2016: 161). Zur Erklärung des institutionellen Wandels eignet es sich auf diesen Ansatz zurückzugreifen.

3.4.6 Akteure in Institutionen

Institutionen bestimmen die Spielräume und Gestaltungsmöglichkeiten von Individuen (vgl. Kiefer / Steininger, 2014: 79), weshalb im Folgenden auf das Zusammenspiel von Akteuren, deren Rollen, Handlungen und Möglichkeiten innerhalb des institutionellen Gefüges eingegangen wird.

Folgt man Donges, so sind Akteure maßgeblich dafür verantwortlich, dass Institutionen überhaupt entstehen und sich durchsetzen können. Auch wenn dies nicht zwingend von den Akteuren beabsichtigt ist, so ist der Prozess der Institutionalisierung oftmals von „institutional entrepreneurs“ abhängig (Donges, 2006: 567). Außerdem erfolgt auch die Reproduktion von Institutionen aufgrund des Handelns von Akteuren, welches nicht - bewusst und nicht - intentional stattfindet. Vielmehr vollzieht sich dieser Reproduktionsprozess auf Grundlage menschlicher Gewohnheiten: „Wenn institutionalisierte Regeln in habitualisierter Form vollzogen oder abgearbeitet werden, so erlangen sie zugleich soziale Gültigkeit“ (Donges, 2006: 567). Göbel arbeitet das Verhältnis von Individuum und Institutionen näher heraus und betont, dass der Mensch Gründer einer Institution ist, in welche er selbst eingebettet ist. Den Wandel und die interkulturellen Unterschiede von Institutionen sieht sie als eine Möglichkeit der Gestaltungsnutzung dieser. Aus ökonomischer Sicht ist der Homo Oeconomicus (ist „das ökonomische Modell individuellen Handelns“ (ebd.:23)) zweifach in Institutionen

eingebettet. Zum Einen wählt er die bestmöglichen institutionellen Rahmenbedingungen (Wahl von Institutionen) und sucht sich unter diesen bestimmten institutionellen Bedingungen die für ihn optimale Handlungsalternative (Wahl innerhalb von Institutionen). Gleichzeitig ist er selbst auch in Institutionen eingebunden (Wahl von Institutionen innerhalb von Institutionen) (vgl. Göbel, 2002: 12 / 43).

Mayntz und Scharpf entwickelten zur „Untersuchung der Problematik von Steuerung und Selbstorganisation auf der Ebene ganzer gesellschaftlicher Teilbereiche“ den Ansatz des akteurzentrierten Institutionalismus (Mayntz / Scharpf, 1995: 39). Dieser knüpft zwar an den politikwissenschaftlichen Neo - Institutionalismus an, hebt sich aber von dessen Institutionenverständnis ab, insofern er den Institutionenbegriff enger setzt und ihn sowohl als abhängige, als auch unabhängige Variable sieht. „Institutionelle Faktoren bilden vielmehr einen [...] Handlungskontext“ (ebd.: 43). Die Einbindung aller relevanten Akteure und die Fokussierung auf die Regelungsansicht ziehen zwei Folgerungen nach sich: Erstens können Institutionen durch das Handeln von Akteuren verändert und gestaltet werden und werden somit nicht als gegeben und als Ergebnis eines evolutionären Entwicklungsprozesses gesehen. Zweitens wird angenommen, dass „der institutionelle Kontext Handeln zwar ermöglicht und restringiert, aber nicht determiniert“ (Mayntz / Scharpf, 1995: 45). Mayntz und Scharpf sehen in diesem Ansatz die Vorteile für Analysen auf der Makroebene, da das Handeln von Akteuren als eigene Größe betrachtet wird (vgl. ebd.: 46). Auch wenn Institutionen die Regeln definieren, Akteure konstituieren, ihnen Handlungsorientierung geben und Handlungen prägen, so bestimmen sie jedoch nicht alle Arten von Handlungen und diese nicht immer vollständig. Daher sollte der Fokus für Analysen auch auf die handelnden Akteure innerhalb des institutionellen Rahmens gelenkt werden, denn „Regelsysteme >handeln< nicht“ (Mayntz / Scharpf, 1995: 49).

3.5 Entstehung und Wandel von Institutionen

Vor dem Hintergrund der oben dargestellten Definitionen und theoretischen Analysen von Institutionen, sollen im folgenden Abschnitt die grundlegenden Fragen warum Institutionen überhaupt existieren erörtert werden. Des Weiteren wird auf die diversen Entstehungsgründe und auf den Prozess der Wandlung von Institutionen eingegangen. Die Darlegung wird durch Theorien und Ansätzen aus Sicht verschiedener Disziplinen

gedeutet. Das Konzept der Verfassungsökonomie beschäftigt sich mit der geplanten Entstehung und Begründung von Institutionen, während die Evolutionsökonomie einen Ansatz für die spontane Entstehung und den Wandel von Institutionen bietet. Beide Sichtweisen sind zentrale Punkte in der Ausarbeitung Kiefers zum Thema *Journalismus und Medien als Institution* und sollen daher auch hier kurz erwähnt werden. Des Weiteren werden die verschiedenen Ansichten der Stabilität von Institutionen näher beleuchtet.

3.5.1 Entstehungsgründe von Institutionen

Mantzavinos definiert zwei Klassen von Entstehungsgründen, welche anthropologisch fundiert sind. Die erste Klasse umfasst die motivationalen Aspekte der Menschen. Hierunter ist die Entstehung von zwischenmenschlichen Konflikten aufgrund des zielorientierten Selbstinteresses des Individuums zu verstehen. Aufgrund der Existenz von Institutionen, können solche sozialen Probleme durch Regeln beseitigt werden. Kognitive Gründe zählt Mantzavinos zur zweiten Klasse. Menschen haben nur eine begrenzte kognitive Fähigkeit, welche bei der Bewältigung der komplexen Umwelt an ihre Grenzen stößt. Institutionen helfen diese Unsicherheit einzuschränken (vgl. Mantzavinos, 2007: 88 – 93). Folgt man Göbel, so unterscheidet sie in zwei Entstehungsweisen von Institutionen. Neben den autogenen, welche selbst im Laufe der Zeit und durch menschliches Handeln entstehen, spricht sie auch von den geplanten Institutionen, welche bewusst gegründet werden. Betrachtet man jedoch die Institutionenentstehung im historischen Kontext, so lässt sich nicht eindeutig sagen, welche Institution auf welcher Entstehungsart basiert (vgl. Göbel, 2002: 8f). Kiefer sieht die „Umwandlung von - unkalkulierbarer - Unsicherheit in - kalkulierbares Risiko“ (Kiefer, 2010: 83) als einen wichtigen Grund zur Institutionenentstehung. Gleichzeitig bringt sie den Begriff des gegenseitigen Vertrauens zum Vorschein. Vertrauen wird in modernen Gesellschaften durch Institutionen vermittelt und „indem durch Institutionen Vertrauen gebildet wird, kann die Komplexität der zukünftigen Welt reduziert werden“ (Dietl, 1993: 87 zit. n. Kiefer, 2010: 83). Stützt man sich auf Luhmann, so wird durch Vertrauen die Komplexität der Zukunft reduziert. „Der vertrauensvoll Handelnde engagiert sich so, als ob es in der Zukunft nur bestimmte Möglichkeiten gäbe. Er legt seine gegenwärtige Zukunft auf eine gegenwärtige Gegenwart fest“ (Luhmann, 1989: 20 zit. n. Kohring, 2008: 615). Kohring nimmt diese Aussage als Basis für seine

Auslegung auf den Journalismus und fügt an, dass vor allem in den modernen Gesellschaften die Zukunft riskanter wird und es daher einen Beobachter braucht. „Der Journalist avanciert zum Lotsen im Gezeitenstrom“ (Kohring, 2008: 615).

Doch wie genau muss man sich die Entstehung und den Wandel unter dem Aspekt der Unsicherheit vorstellen? Wie entstehen Institutionen, ob autogen oder geplant? Hierfür sollen zwei zentrale Sichten, die verfassungsökonomische, als auch die evolutionstheoretische, nähere Betrachtung finden.

3.5.2 Institutionen aus verfassungsökonomischer Sicht

Grundlage der Verfassungsökonomik ist die politische - rechtliche Ordnung einer Gesellschaft, also die Regeln und Institutionen, welche die Verfassung bilden. Die Verfassungsökonomik wählt dabei die Verfahrensregeln und Institutionen aus, um das Handeln innerhalb der Gesellschaft zu lenken. Ferner analysiert sie die Entstehung, den Zweck, sowie die Auswirkungen und Folgen dieser. Die Basisidee bildet der sogenannte Gesellschaftsvertrag. Darunter sind die gemeinsamen Regeln zu verstehen, welche die Mitglieder einer Gesellschaft festsetzen; also wie sie miteinander umgehen wollen und welche Güter in welchem Ausmaß bereitgestellt und finanziert werden sollen. Ein solcher Gesellschaftsvertrag basiert auf freiwilliger Zustimmung und Einstimmigkeit aller Mitglieder, die im Sinne der konstitutionellen Ökonomik die Sicherung des normativen Individualismus auch auf kollektive Entscheidungen übertragen. Kriterium hierfür ist jedoch ein einheitliches Zugeständnis aller Beteiligten, da nur so ein Übereinkommen zu einer Regel oder Institution gewährleistet werden kann. Eine solche Konsensfähigkeit beruht auf Wissen und einer lösungsorientierten Problemstellung innerhalb der Gesellschaft. Denn Gründe zur Entstehung einer Institution, sei es beispielsweise zur Beseitigung misslicher Strukturen, bedürfen einer systematischen Realisierbarkeit, welche wiederum Wissen erfordert (vgl. Kiefer, 2010: 85f).

Aufderheide teilt zwei Arten von Wissen ein: Das Theoriewissen und das Interessenwissen. Ersteres umfasst das Wissen um Ursache - Wirkungs - Zusammenhänge zwischen Regeln und individuellen Handlungen. Zweites meint das Wissen um die eigene Stellung in der Gesellschaft und die persönlichen Interessen. Absicht der Verfassungsökonomik ist es, dieses Wissen zu generieren mit dem Ziel der

Konsensbildung der Individuen. Adressat ist hier die demokratische Öffentlichkeit (vgl. Aufderheide, 1996: 187f. / vgl. Kiefer, 2010: 86). Kiefer ergänzt und bezieht die institutionellen Strukturen des Journalismus mit ein, welche ermöglichen und gewährleisten, dass diese Aufklärungsarbeit und Wissensvermittlung gelingt (vgl. Kiefer, 2010: 87).

3.5.3 Institutionen aus evolutionsökonomischer Sicht

Eine Erklärung für die Entstehung und den Wandel von Institutionen wird im Kontext des Evolutionsprozesses argumentiert. Unter Evolution ist hier die Selbsttransformation eines Objekts bzw. Systems zu verstehen, welches sich in zwei Prozesse unterteilen lässt. Zum einen die Entstehung von Neuheiten, welche für neue Handlungsmöglichkeiten stehen. Zum anderen in die Wirkungsentfaltung dieser. Die Wirkung dieser Neuheiten entfaltet sich durch die Identifikation des Individuums mit den Neuheiten und regen somit einen Lernprozess an (vgl. Witt, 2006: 38ff). Auch Mantzavinos stellt den Evolutionsprozess in Zusammenhang mit dem kollektiven Lernen dar. Von kollektivem Lernen spricht er dann, wenn die Fähigkeit Probleme zu lösen in der Gesellschaft wächst und überliefert wird (vgl. Mantzavinos, 2007: 75ff). Weise erläutert den evolutionären Wandel anhand seines Paradigmas der Selbstorganisation. Er betrachtet das menschliche Handeln als Einheit, an der die Evolution der Gesellschaft anknüpft. Im Gegensatz zur natürlichen Evolution ist die kulturelle Evolution als Prozess und Ergebnis aus dem vorsätzlichen Handeln des Menschen zu verstehen und somit gemacht. Beide Formen sollen jedoch nicht getrennt von einander betrachtet werden, vielmehr wird angenommen, dass die kulturelle Evolution auf der natürlichen Evolution basiert. Dieser Selbstorganisationsprozess wird von vier Kräften bestimmt: Fluktationskraft, Selbstverständigungskraft, Hemmungskraft und Bevorzugungskraft (vgl. Weise, 2006 / vgl. Witt, 2006 / vgl. Kiefer, 2010). Somit können Menschen zwischen ihren „Handlungen wählen und neue Handlungen erfinden. Ihre Handlungen auf der Mikroebene, so der evolutorisch - selbstorganisatorische Ansatz, erzeugen auf der Makroebene bestimmte Kräfte, die wiederum auf das Handeln der Menschen einwirken“ (Kiefer, 2010: 98). Kiefer ergänzt und merkt an, dass die Teilprozesse der Evolution mit verschiedenen Geschwindigkeiten stattfinden, da Handlungen sich rasanter ändern als Strukturen, welche durch Handlungen gebildet werden. Im Bezug auf die im *Kapitel 3.4.3*

dargestellte hierarchische Abbildung von Institutionen, ändern sich somit Institutionen auf niedriger Stufe schneller und leichter als Institutionen höherer Rangordnung. Die Darlegung der Mikro - Makroebenen und deren Verknüpfung miteinander zeigt, dass sich der Wandel aufgrund von handelnden Individuen auf der Mikroebene zu kollektiven Leistungen auf der Makroebene entwickelt (vgl. Kiefer, 2010: 101ff).

3.5.4 Wandel und Stabilität von Institutionen

Institutionellen Wandel zu beschreiben und Erklärungen für diesen Wandel zu finden, kann laut Mantzavinos nur im Nachhinein verstanden werden. Eine einzige für ihn logische Erklärung beruht auf ökonomischen und ideologischen Faktoren. Zum einen kann ein Individuum einen solchen Wandel hervorrufen, welcher neue Innovationen schafft und somit einen Wandlungsprozess ins Rollen bringt, oder aber von einer Gruppe handelnder Individuen, welche auf ein Problem reagieren, angeregt werden. Jedoch ist ein solcher Wandel nicht vorhersehbar und es lässt sich weder Ort noch Zeit dafür bestimmen (vgl. Mantzavinos, 2007: 98ff). North sieht das Auftreten von Änderungen im institutionellen Gefüge aus ökonomischer Sicht und definiert die Umstrukturierungen vom handelnden Individuum, aufgrund notwendiger Regeländerungen, als einen Wandlungsgrund (vgl. North, 1994, 361).

Jedenfalls führt institutioneller Wandel zur Ratlosigkeit, beunruhigt und sorgt für Verwirrung. Ein solcher Wandel kann auf unterschiedliche Arten stattfinden und unterschiedliche gesellschaftliche Ebenen betreffen (vgl. Saxer, 2013: 202). Denn so stoßen, wie es Göbel betonte, feste Ordnungen auf Spontanität, als auch Sicherheit und Stabilität auf Enge und Starrheit (vgl. Göbel, 2002: 8).

Auch wenn Institutionen relativ stabil sind, so unterliegen sie doch einem Wandel. Beck betont, dass vor allem aufgrund der kapitalistischen Art und Weise der Organisation und dem stark werbebetonten Finanzierungsmodell von Medien, diese nicht mehr „die Realisierung der institutionellen Werte eines freien und unabhängigen Journalismus“ garantieren können (Beck, 2016: 232).

Betrachtet man das Marktgeschehen, so sind es auf erster Ebene die Institutionen, welche als primäres Selektionskriterium wirken. Natürlich entscheiden die Akteure bzw. Wirtschaftssubjekte vorerst nach ihrem eigenen und besten Interesse, jedoch immer innerhalb eines institutionell geprägten Milieus. Damit eine Institution jedoch als

Kriterium in Betracht kommt, muss sie stabil sein. Institutionen und wirtschaftliche Märkte wandeln sich beider Maßen, jedoch in unterschiedlichem Tempo – Institutionen langsamer, Märkte schneller. Nur so können Institutionen den „relativ invarianten Charakter mit Bezug auf Marktänderungen haben“ (Mantzavinos, 2007: 188).

Um die relative Stabilität von Institutionen zu analysieren, muss der Forschungsschwerpunkt auch auf die Mikroebene, also auf die Akteure, welche innerhalb der Institutionen handeln, gelegt werden. Mantzavinos greift hier wieder die Begriffe des Wissens und Lernens auf. Akteure haben im Laufe ihres Lebens gelernt an welche Normen und Regeln sie sich halten müssen, um beispielsweise wirtschaftlich korrekt zu handeln. Ferner finden Individuen Problemlösungen nur innerhalb des institutionellen Rahmens, in dem sie sich bewegen. Wenn eine solche Lösung gefunden und von der Gesellschaft geteilt wird, dann erst kann es zu einem Wandlungsprozess kommen. Entweder durch Handlungsimitation oder durch aktives Anstiften des Individuums. Das heißt, Akteure lernen die Lösung des Problems. Eine Wandlung ist erst dann abgeschlossen, wenn wirklich alle Individuen diese gleichen geistigen Modelle gebildet haben (vgl. Mantzavinos, 2007: 190ff).

4. Journalismus als Institution

In folgendem Abschnitt soll die Thematik der vorliegenden Arbeit in das kommunikationswissenschaftliche Feld eingebettet werden. Hierfür wird nicht nur die Journalismusforschung an sich umrissen, sondern auch auf die Notwendigkeit und Wichtigkeit von Theorien in der Publizistik - und Kommunikationswissenschaft eingegangen. Des Weiteren werden Kiefers Ansätze erläutert und andere wissenschaftliche Perspektiven diverser Disziplinen und unterschiedlicher Wissenschaftler auf das Forschungsfeld eröffnet. Eine abschließende kritische Betrachtung der Ansätze soll umfassend auf das Kapitel der Diskussion der Forschungsfragen hinleiten.

4.1 Kommunikationswissenschaftliche Verordnung

4.1.1 Die Journalismusforschung

Bevor die institutionellen Ansätze von Marie Luise Kiefer mit den weiteren Ausarbeitungen anderer Wissenschaftler zusammengetragen werden, soll vorerst die Journalismusforschung, deren Felder, vorherrschenden Probleme und Entwicklungen umrissen werden.

Die wohl größte Herausforderung der Journalismusforschung liegt darin, „den Bereich zu beschreiben, den sie als wissenschaftliche Disziplin bearbeitet“ (Blöbaum, 1994: 45). Schon hier zeigen sich wieder erste Probleme der Abgrenzung und Einordnung der Fachrichtung. Blöbaum sieht den Grund dafür in dem Mangel von Paradigmen, dem Fehlen von aussagekräftigen Modellen und dem Versuch, den Journalismus von anderen Disziplinen klar als eigenen Forschungsbereich abzugrenzen (vgl. ebd.).

Den Zusammenhang von Fragestellung, Theorie und Methode in der Journalismusforschung macht sich Scholl zur Aufgabe. Er sieht ein weiteres Problem in der empirischen Umsetzung von Theorien (vgl. Scholl, 2011: 15). Mit dem hohen Praxisbezug innerhalb der Forschung, sind „die Fragestellungen der Journalismusforschung [...] nur teilweise wissenschaftsimmanent, zu einem erheblichen Teil entstammen sie der journalistischen Praxis selbst [...]“ (Scholl, 2011: 17).

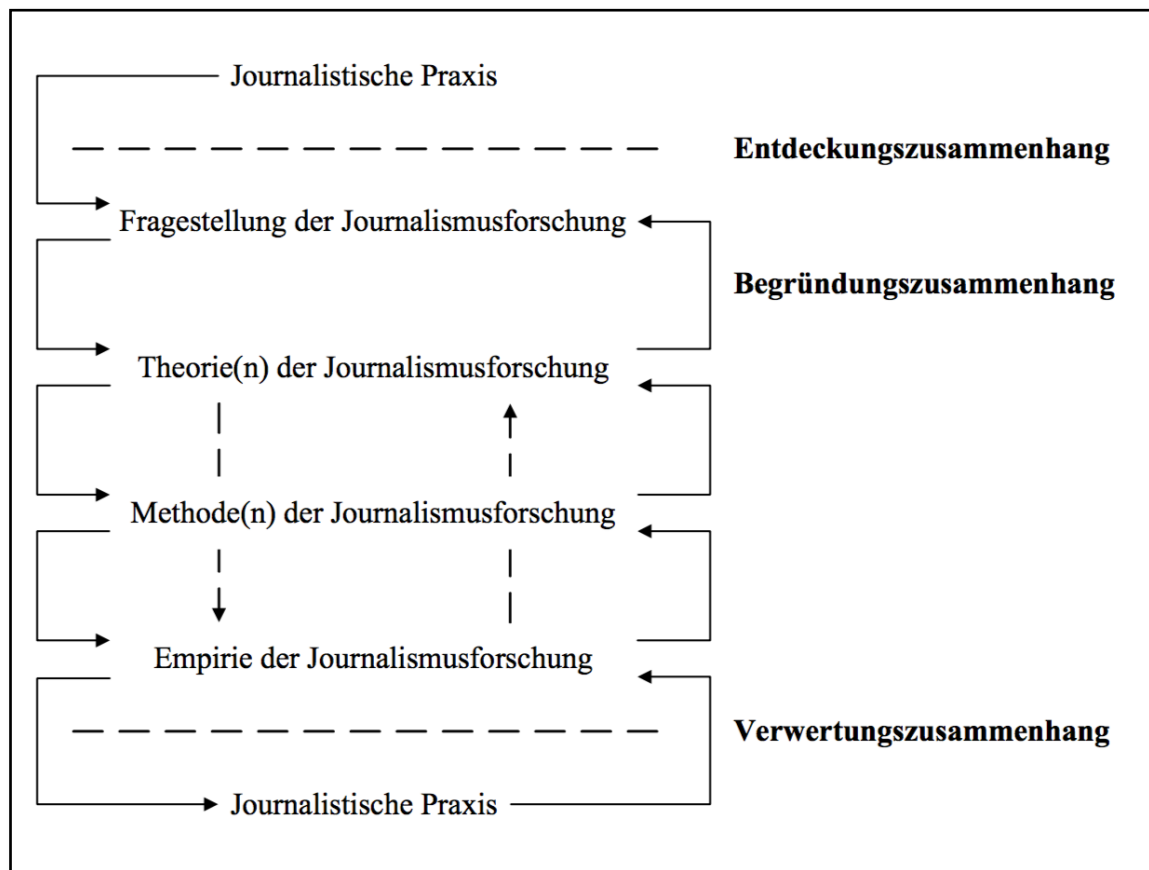


Abbildung 5: Zusammenhang zwischen Fragestellung, Theorie, Methode, Empirie.

Quelle: Scholl, 2011: 18

Die obige Abbildung nach Scholl klärt die Zusammenhänge zwischen Fragestellung, Theorie, Methode und Empirie. Die einzelnen Verknüpfungen sollen jedoch nicht als kausale Zusammenhänge verstanden werden, sondern vielmehr als „Anregungen, die kontingente Entscheidungen erfordern oder gar erzwingen“ (Scholl, 2011: 18).

Das zirkuläre Modell verdeutlicht, dass die Journalismusforschung Anreize aus der Praxis aufnehmen, oder sich auf eigene Theorien stützen kann. Hinsichtlich der gewählten Fragestellung ergibt sich dann wiederum die Frage nach der Theorieauswahl. Dasselbe Prinzip lässt sich auch auf die Ebene zwischen Theorie und Methode, sowie Methode und Empirie, anwenden. Jedoch ist auch ein Zusammenhang zwischen der Empirie und der theoretischen Fundierung zu erkennen, da der theoretische Rahmen überhaupt erst den Interpretationsraum für diese bietet. Scholl setzt sich damit von einem klassischen, linearen Forschungsprozess ab (vgl. Scholl, 2011: 17f).

Folgt man Raabe, so liegt eine weitere Herausforderung der aktuellen Journalismusforschung darin, eine Lösung in dem Umgang von Theoriebildung und empirischen Analysen zu finden. Er stützt sich hier auf die These der Komplementarität, „nach der ohne Theorie keine empirische Forschung möglich ist und ohne Empirieverpflichtung jede Theorie leer laufen [...] würde“ (Raabe, 2004: 107). Jedoch werden damit in der Journalismusforschung die Theorien, neben dem Ziel empirische Daten zu erfassen, meist nebensächlich. Raabe unterscheidet innerhalb der Forschung zwei Paradigmen, welche als zentrale Felder betrachtet werden können. Das Personen - Paradigma sieht den Journalismus als Beruf an und rückt die beteiligten Personen in den Forschungsmittelpunkt. Das gegensätzliche System - Paradigma hingegen schafft eine wissenschaftliche Makro - Perspektive auf den Gegenstand Journalismus und folgt keinem personenspezifisierenden Ansatz, sondern versucht das komplette Funktionssystem Journalismus und dessen Dynamik, Wirkung und Wandel zu umfassen (vgl. Raabe, 2004: 108ff). Um der Einseitigkeit beider Paradigmen entgegenzusteuern, lassen sich als dritte Linie die integrativen Theoriekonzepte beschreiben, welche versuchen den handelnden, journalistischen Akteur in das Systemdenken von Journalismus mit einzubeziehen (vgl. Raabe, 2004: 111).

Wie einleitend erwähnt, lassen sich die meisten Analysen auf der Mikro - Ebene der journalistischen Forschung finden, womit hauptsächlich das Handeln und Verhalten von Journalisten im Zentrum steht. Die Makro - Ebene mit ihrem Ziel das komplette System Journalismus zu umfassen und zu beschreiben, dient ebenso als Analyseebene (vgl. Blöbaum, 1994: 45f). Die vorliegende Arbeit orientiert sich hier an der Meso - Ebene, und zeigt die Möglichkeiten der Journalismusforschung durch eine institutionelle Betrachtungsweise. Bezogen auf die Forschungszusammenhänge innerhalb des Journalismus nach Scholl, bewegt sich diese Magisterarbeit auf der Ebene der Begründungszusammenhänge zwischen Fragestellung und Theorie.

Im nächsten Kapitel wird der Bezug auf die Theorie verstärkt dargestellt und die fachinterne Verordnung des Forschungsfeldes Journalismus als Institution umrissen.

4.1.2 Theoretische Fundierung und fachinterne Einordnung

Im Folgenden wird auf die Leistungen von Theorien und die Einordnung von institutionentheoretischen Ansätzen in die Publizistik- und Kommunikationswissenschaften eingegangen, bevor im nächsten Abschnitt Kiefers institutionalistische Theorien von Journalismus näher beschrieben werden.

„Ohne eine komplexe Theorienarchitektur, ohne präzise Begriffe und ohne explizierte Abstraktion gelingt keine Wissenschaft“ (Rühl, 2006: 353). Rühl kritisiert stark das vorherrschende Theoriedefizit, insbesondere in der deutschen Kommunikationswissenschaft. Für ihn fehlt es an einer „übergreifenden Gesamtkonzeption“ (ebd.: 350) und beklagt die Verknüpfung von Subjekten und Handeln in der Forschung ohne eine fundierte Theorie (vgl. Rühl, 2006: 353).

Friedrichs Vorstellung, was eine Theorie leisten kann, ist „zumeist anspruchsvoll und unrealistisch zugleich“ (Friedrichs, 1977: 60, zit. n. Steininger / Hummel, 2015: 163), denn die Erklärung eines Sachverhalts setzt sich aus einem ganzen Konglomerat von bewährten Aussagen bzw. Theorien zusammen. Pies und Leschke stützen sich zur Betonung der Notwendigkeit von Theorien auf Karl Poppers Scheinwerfertheorie der Wissenschaft. „Theorien sind Scheinwerfer. Sie bringen Licht ins Dunkel – sie erhellen Sachverhalte. Das, was uns interessiert, können wir mit Theorien beleuchten. Wenn wir etwas über die Gesellschaft erfahren wollen, dann müssen wir den Scheinwerfer auf die Gesellschaft richten“ und ferner „wenn wir etwas über die Anreizwirkungen gesellschaftlicher Institutionen in Erfahrung bringen wollen, dann müssen wir mit einer Theorie arbeiten“ (Pies / Leschke, 1999: 27f).

Die Theorieauswahl kann sowohl von gesellschaftlichen Interessen, als auch Prozessen innerhalb der Wissenschaft beeinflusst werden, doch unabhängig davon muss nach einem Zusammenhang zwischen einzelnen Theorien gefragt werden – auch um eine historische Einordnung von Theorien fundiert zu beschreiben (vgl. Meyen / Löblich, 2006: 28).

Historisch betrachtet haben sich schon im 19. Jahrhundert Nationalökonomien und Historiker mit den Wirkungen von Medien (hier insbesondere des Zeitungswesens) beschäftigt – jedoch konnte sich eine eigenständige Fachrichtung nicht herausbilden (vgl. Meyen / Löblich, 2006: 12). Adam Smith, ein Kritiker der zentralistischen Wirtschaftspolitik des Merkantilismus, gestaltet eine *Theorie der Wirtschaftsgesellschaft*

(*commercial society*) und stellt neben dem Staat und der Gesellschaft auch die Wirtschaft als getrennte, zusammenhangslose Formen dar (vgl. Rühl, 1998: 174). Riese (1975) wiederum analysierte die geschichtliche Entwicklung der ökonomischen Theorie und sieht drei unterschiedliche Paradigmen – das der Merkantilismus, der Klassik und der Neoklassik (vgl. Seufert, 2007: 24).

Durch eine institutionelle Perspektive kann insbesondere das Verständnis und die Klärung des Zusammenhangs der Makro-Meso-Mikro-Ebenen für die Publizistik- und Kommunikationswissenschaft als wesentlicher Zugewinn betrachtet werden (vgl. Kiefer / Steininger, 2014: 414). Mit Hilfe institutioneller Theorien können vor allem auf Ebene der institutionellen Wahlhandlungen Strukturen und Prozesse analysiert werden. Da Institutionen den Rahmen für ökonomisches Verhalten darlegen, können auf der Mesebene Veränderungen im institutionellen Gefüge und der damit einhergehenden Restriktionsveränderungen erklärt werden. Der Zugewinn durch medienökonomische Analysen für die Publizistik- und Kommunikationswissenschaft, wird somit speziell auf Ebene der institutionellen Wahlhandlung eher hoch sein (vgl. Kiefer / Steininger, 2014: 405ff).

Kiefer stützt sich bei ihrer Analyse vorrangig auf den Neuen Institutionalismus, welcher mehr oder weniger aus einem Konglomerat von Ansätzen besteht, jedoch Handlungen immer innerhalb eines institutionellen Rahmens betrachtet (vgl. Steininger / Jarren, 2016: 16f). Sie liefert demnach mit Hilfe institutioneller Theorieansätze neue Perspektiven für die Medienökonomik und schafft es so das Feld des Institutionalismus für die Publizistik- und Kommunikationswissenschaften abzustecken.

4.2 Kiefers Ansätze von Journalismus als Institution

Marie Luise Kiefer geht in ihrer Schrift *Journalismus und Medien als Institution* analytisch der Frage nach, ob sich Journalismus und Medien sinnvoll als Institutionen begreifen lassen. Für ihre Ausführung greift sie dazu hauptsächlich auf institutionenökonomische Ansätze zurück, ergänzt diese aber auch mit Ansichten aus der Soziologie. Ihr Beitrag kann als Grundlagenforschung für die Publizistik- und Kommunikationswissenschaft verstanden werden, für welchen Kiefer ihren Analyseschwerpunkt auf der Mesebene setzt, jedoch unter teilweiser Miteinbeziehung

der Makro- und Mikro Ebene (vgl. Kiefer, 2010: 209). Ihre Erkenntnisse, auf welche sich die vorliegende Arbeit stützt, sollen im Folgenden kurz zusammengetragen werden.

Für Kiefer schaffen Institutionen Richtlinien für soziales Handeln und „strukturieren, begrenzen und ermöglichen nicht nur das Handeln der Individuen in der Gesellschaft, sie schaffen auch Handlungsmotive, die von der jeweiligen Interessenlage des Individuums unabhängig sind, ja die Wahrnehmung dieser Interessenslage beeinflussen“ (Kiefer / Steininger, 2014: 76). Ihre anfängliche Absicht, nur Medien als Institutionen zu untersuchen, erwies sich schnell als nicht realisierbar, weshalb sie den geplanten Untersuchungsrahmen auf den Journalismus erweitern musste (vgl. Kiefer, 2010: 8). Ihre Ergebnisse beziehen sich auf Journalismus und journalistische Medien in einem demokratischen System. Auch wenn für die vorliegende Arbeit der Journalismus als Hauptfokus gewählt wurde, sollen Kiefers Ansätze auch für die Medien kurz dargestellt werden.

Medien als Institution

Kiefer fasst Medien als „komplexes System institutionalisierter formaler und informeller, interner und externer Regeln“ (Kiefer, 2010: 24) auf, welche sowohl auf konstitutioneller Ebene, als auch operativer Ebene verankert sind (vgl. ebd.). Mit Bezug auf die ausgearbeiteten Funktionen von Institutionen nach Göbel wird deutlich, dass auch Medien diese Faktoren erfüllen. Diese acht Funktionen sollen am Beispiel journalistischer Medien knapp abgebildet werden (vgl. Kiefer, 2010: 28):

- Ordnungsfunktion:
Medien reduzieren aufgrund ihrer regelmäßigen Berichterstattung Komplexität.
- Entlastungsfunktion:
Der Rezipient muss aufgrund der journalistischen Selektion von Informationen nur rezipieren und sich die Informationen nicht selbst suchen.
- Motivationsfunktion:
Medien begünstigen ein erwünschtes Verhalten in Richtung Informationsaufnahme.

- Koordinationsfunktion:
Medien erleichtern das Handeln und die Kooperation durch das Vermitteln von Informationen, was zu einem gemeinsamen Wissensstand beider Partner führt.
- Kohäsionsfunktion:
Medien formen gemeinsame Weltbilder und lassen ein Gemeinschaftsgefühl entstehen.
- Wertmaßstabfunktion:
Durch die Selektionskriterien der Medien beurteilen diese was aktuell und eben nicht aktuell ist.
- Spezielle Funktion:
Eine Herrschaftssicherung bzw. Herrschaftsfunktion kommt schon aufgrund des privilegierten Zugangs von Medien zur Öffentlichkeit zustande.
- Abgeleitete Funktion:
Da sie regelt, welchen Themen der medialen Öffentlichkeit Zutritt verschafft wird, kann beispielsweise die Gatekeeper - Funktion als eine abgeleitete Funktion verstanden werden.

Bei dieser Funktionsableitung hin zur Frage der Institutionalisierung von Medien bezieht sich Kiefer auf journalistische Medien, welche - in Anlehnung an Giddens - einen „prägenden Einfluss auf große Ausschnitte gesellschaftlichen Lebens haben“ (Kiefer, 2010: 37). Nicht-journalistische Medien sieht sie als oberflächiges Regelsystem, welches als weniger lang anhaltend und weniger prägend beschrieben werden kann (vgl. ebd.).

Medien erlangen ihren Institutionenstatus jedoch erst durch die Verknüpfung mit dem Journalismus, wobei dieser die fundamentalere Institution darstellt. Des Weiteren ist der Journalismus die zentrale Ressource, die von den Medien wirtschaftlich genutzt wird und bildet den Handlungsrahmen für diese. Durch diese Verknüpfung erlangen Medien einen Institutionenstatus und Macht in der Gesellschaft. Sie werden zum Mittel der Überwindung von sogenannten „structural holes“ zwischen dem Publikum und den Akteuren. Das gilt für den Journalismus, als auch für die Politik oder Werbewirtschaft (vgl. Kiefer, 2010: 212f).

Journalismus als Institution

Doch wie begründet Kiefer ihre These, dass der Journalismus eine „zentrale institutionelle Struktur von Öffentlichkeit in Demokratien ist“ (Kiefer, 2010: 47). Und dazu die fundamentalere Institution der Medien?

Kiefer stützt sich bei ihrer Begründung auf verschiedene institutionelle Theorien und arbeitet folgende wichtige Argumente heraus:

1. Zum einen erweist sich der Journalismus als Institution, da er für die Gesellschaft eine Beratungsfunktion erfüllt. Er ermöglicht die Meinungsbildung hin auf ein gemeinsames Interesse aller und unterstützt die staatsbürgerliche Funktionalität (vgl. Kiefer, 2010: 49). „Journalismus als Institution soll, wenn auch prozedural und kommunikativ verflüssigt, auch unter den Bedingungen der modernen Massendemokratie Volkssouveränität ermöglichen und sichern. Das ist der normative Kern seiner Statusfunktion“ (Kiefer, 2010: 49).
2. Ferner ist Journalismus auch als zentraler institutioneller Akteur der Öffentlichkeit zu sehen, da das Publikum nur über eine beschränkte Aufmerksamkeit und Bereitschaft zur Rezeption verfügt und der Journalismus somit dafür sorgt das „kollektiv Relevante“ (Kiefer, 2010: 50) der Öffentlichkeit bereitzustellen. Hierfür darf der Journalismus aber neben seiner Aufgabe der Komplexitätsreduktion auch die Verdeutlichung dieser nicht außer Acht lassen. Die Journalisten agieren in der Demokratie, neben Parlamentariern und zivilgesellschaftlichen Gruppen, als dritte wichtige Akteure. Sie handeln zwischen politischen sowie nicht politischen Akteursgruppen und der Gesellschaft als Publikum. Dies verdeutlicht die Wichtigkeit von journalistischer Arbeit für die Demokratie. Die Leistungen von Journalisten, ihre Recherchen, die Bearbeitung von Informationen und die Trennung von gesellschaftlich Relevantem vom Irrelevantem sind ausschlaggebend für das Funktionieren demokratischer Öffentlichkeit (vgl. Kiefer, 2010: 49ff).
3. Kiefer wendet den Journalismus auf das Prüfschema nach Searle an und kommt zu dem Ergebnis, dass dem Journalismus uneingeschränkt eine Statusfunktion und die damit verbundene deontische Macht zukommt. So kann die Frage nach konstitutiven Regeln hier bejaht werden – „Nur wer den [...] journalistischen Regeln gemäß handelt, agiert im gesellschaftlichen System

Journalismus. Journalismus als soziales Phänomen ist nur über das dieses Phänomen konstituierte Regelsystem begreifbar“ (Kiefer, 2010: 39). Auch die beiden anderen Punkte des Prüfschemas treffen auf den Journalismus als Institution zu. Denn ohne die kollektive Akzeptanz in der Gesellschaft könnte der Journalismus seinen Funktionen, beispielsweise der Komplexitätsreduktion, nicht nachgehen. Die Pflichten und Rechte, welche dem Journalisten innerhalb seines institutionellen Gefüges für die Gesellschaft aufgetragen werden, sind groß. Gleichzeitig kommen aber auch dem Kommunikationspartner Rechte und Pflichte zu.

4. Ferner lässt sich der Journalismus auch aus verfassungsökonomischer Perspektive als Institution begreifen. Individuen legen einen Gesellschaftsvertrag fest, welcher auf Regeln basiert und den Umgang miteinander bestimmt. Ferner ist Wissen erforderlich, welches in Theoriewissen und Interessenwissen gegliedert wird. Für diese Wissensvermittlung ist der Journalismus maßgeblich verantwortlich, was seine institutionellen Strukturen verstärkt (vgl. Kiefer, 2010: 86f).

Journalismus ist somit, wie alle Institutionen, über ein Regelsystem festgesetzt, welches das Handeln und die Ziele der beteiligten Akteure innerhalb dieses institutionellen Rahmens lenkt. Des Weiteren reduziert er Komplexität in der Gesellschaft, entlastet Individuen und hat seinen Kern der Statusfunktion in der „Gewährleistung des für Demokratien zentrale Prinzip der Volkssouveränität“ (Kiefer, 2010: 211). Mit der Bereitstellung von Informationen und der Wirklichkeitsbeschreibung der Gesellschaft, begründet sich nicht nur der Journalismus weiter als Institution, sondern ist auch für den institutionalisierten Status des journalistischen Akteurs zutreffend. Dies ist wiederum die Grundlage für das Vertrauen in journalistisches Arbeiten und Handeln, sowie dessen Legitimation. Hinzu kommt die besonders große Macht von Journalismus. Denn mit seiner Beschreibung der Wirklichkeit für die Gesellschaft, gewährleistet er die demokratische Entscheidungsfreiheit der Bürger (vgl. Kiefer, 2010: 211f).

Ihre Analyse hat einen „überraschenden Perspektivenwechsel zur Folge: Journalismus erweist sich aus institutionentheoretischer Sicht als die fundamentalere Institution, Medien gewinnen Institutionenstatus durch die Verknüpfung damit“ (Kiefer, 2010: 210).

4.3 Diverse Perspektiven und Ansätze

Um sich der Diskussion der Forschungsfragen anzunähern, werden im Folgenden weitere Perspektiven und theoretische Ansätze unterschiedlicher Wissenschaftler dargelegt. Neben einer handlungstheoretischen und systemtheoretischen Betrachtung, werden Kiefers institutionelle Ansätze auch durch Theorien anderer Wissenschaftler ergänzt. Hierfür werden die institutionalistischen Theorieansätze in der Medienökonomie nach Just & Latzer und ihre Erweiterung auf eine Sichtweise von Technik als Institution erläutert. Ebenso wird Otfried Jarrens Verständnis von Institutionen und deren dringliche Miteinbeziehung in das theoretische Gefüge der Kommunikationswissenschaft dargelegt und Patrick Donges stark soziologisch geprägte Ansicht der institutionellen Ansätze beschrieben. Aufgrund seiner frühen Beschäftigung mit Institutionen, wenn auch im Medienbegriff, werden abschließend Ulrich Saxers Anschauungen kurz aufgezeigt. Die diversen Ansätze werden schlussendlich zusammengetragen, gegebenenfalls ergänzt und kritisch beleuchtet, um im Hinblick auf Kapitel 5 die Erkenntnisse und Schlussfolgerungen hinsichtlich der Fragestellungen zu diskutieren.

4.3.1 Handlungstheoretische Perspektive

Sozialwissenschaftliche Analysen versuchen durch unterschiedliche Perspektiven Erklärungen für soziale Phänomene zu finden (vgl. Larsen, 2003: 13). Einer davon ist der handlungstheoretische Zugang in der Journalismusforschung.

Ende der 1960er Jahre wird ein verstärktes Augenmerk auf die Empirie der Journalismusforschung gelegt, wobei hier größtenteils durch die handlungstheoretische Perspektive Zugang gefunden wurde. Ziel ist es, Strukturen sowie deren Elemente und Zusammenhänge zu veranschaulichen. Journalistische Strukturen werden in „innerredaktionelle Rollenkombinationen, Entscheidungsprogramme [...] Normen des Rechts, der Moral, [...] organisatorische Verantwortung und persönliche Verantwortlichkeit“ unterschieden (Rühl, 2004: 78). Solche Strukturen werden insbesondere in der empirischen Journalismusforschung als Grundlage für Handlungsvoraussetzungen angenommen. Raabe kritisiert, dass diese jedoch nicht als solches betrachtet werden dürfen, sondern als „*Handlungsfolgen*“ zu verstehen sind

(Raabe, 2004: 121), da somit auch Handeln als Beitrag zur Veränderung und Entstehung alter und neuer Strukturen in den Mittelpunkt rückt (vgl. ebd.). Des Weiteren betont er, dass auch wenn Handeln als strukturelles Handeln verstanden werden kann, es in der Praxis keinesfalls zu einer hundertprozentig übereinstimmenden Imitation dieser Strukturen kommt. Denn durch sich ändernde Rahmenbedingungen oder Regelabweichungen, kommt es auch zu einer Strukturumgestaltung. Die journalistische Praxis und die damit verbundenen Handlungen erweisen sich somit als die ausschlaggebenden Gründe von wandelnden Strukturen im Journalismus (vgl. ebd.:122).

„Die Strukturmomente des Handelns werden aus den ihnen zugrunde liegenden Strukturen fortwährend neu geschaffen und stellen zugleich das einzige Mittel dar, bestehende Strukturen zu reproduzieren und zu verändern“ (Raabe, 2004: 122)

Mit dem handlungstheoretischen strukturellen Denken lassen sich somit handlungsbestimmende, als auch handlungsabhängige Strukturen zusammenführen und die Lücken zwischen Handlungs- und Strukturtheorie schließen. Laut Raabe lässt sich so auch die zweiteilige Gliederung der Mikro- und Makroebene überwinden (vgl. Raabe, 2004: 122f).

Bucher konstatiert, dass eine Theorie des journalistischen Handelns, dieses Handeln als ein institutionalistisches Handeln beschreiben muss. Unter Berücksichtigung der Aufgabe von Institutionen merkt er an:

„Die methodologische Aufgabe einer Handlungstheorie kann darin gesehen werden zu zeigen, wie diese Koordination durch Institutionalisierung erfolgt, wie also aus Handlungen soziale Ordnung entsteht.“ (Bucher, 2004: 264)

Betrachtet man den handlungstheoretischen Zugang im Kontext der Medienökonomie, so werden Probleme an Subjekten festgemacht, also an Individuen. Diese „Subjekte werden nicht als selbstverständliche Gegebenheiten“ (Rühl, 1998: 179) verstanden, sondern Aktivitäten innerhalb eines Systems werden durch Handlungen bestimmter Individuen beschrieben. Wird beispielsweise von Wirtschaften in einem Unternehmen gesprochen, so wird sich auf das Handeln von Managern bezogen. Somit werden

konstruierte soziale Rollen angesprochen, welche strukturell innerhalb eines Unternehmens eingegliedert sind. Unter Miteinbeziehung weiterer Strukturen, wie Werte, Normen oder Interessen, ist es die Aufgabe solcher Sozialstrukturen Unsicherheit zu absorbieren (vgl. ebd.).

Folgt man Bucher, liegt das große Problem in der Debatte des korrekten theoretischen Zugangs an der jeweiligen Perspektive. Versucht man analog zu den Ebenen Mikro und Makro Zugänge zu schaffen und soziale Ordnung zu erklären, so gilt die Handlungstheorie als mikrostrukturell und die Systemtheorie macht es sich zur Aufgabe Strukturen auf der Makroebene zu erklären. Hier kommt wieder das Problem der Verbindung beider Ebenen auf. Für Bucher darf eine Handlungstheorie jedoch nicht auf eine Akteurstheorie minimiert werden, vielmehr lehnt er die Unterscheidung zwischen sozialen Strukturen und Handlungen ab und betont, dass sich die handlungs- und systemtheoretische Perspektive gegenseitig ergänzen (vgl. Bucher, 2004: 265ff).

4.3.2 Systemtheoretische Perspektive

In der Publizistik- und Kommunikationswissenschaft ist der systemtheoretische Ansatz ein häufiger Zugang, um den Journalismus zu betrachten. Insbesondere Luhmanns Systemtheorie, welche den Journalismus als selbstständiges System ansieht, dominiert die systemtheoretische Betrachtungsweise (vgl. Meier / Jarren, 2009: 204). Hierbei basiert die Autonomie der Publizistik beispielsweise auf ihrer problemlösenden Funktion, ihrer exklusiven Zuständigkeit und ihrem eigenen Steuerungsmedium. Unter Letzterem ist Publizität zu verstehen, wobei bestimmte Themen nach dem Code veröffentlichen oder nicht veröffentlichen eingeschätzt werden. Unter Einbettung der Systemtheorie in die Ökonomisierungsproblematik betonen Meier und Jarren, dass folglich für die Publizistik nicht in ökonomischen Handlungslogiken gedacht werden kann bzw. eine Kommerzialisierung nicht möglich ist. Denn „die operativen Codes der Wirtschaft – Geld zahlen/nicht Geld zahlen – können wegen des Prinzips der Gleichrangigkeit und des jeweils eigenständigen, nicht übertragbaren Codes im System Publizistik gar keine Wirkung erzielen [...]“ (Meier / Jarren, 2009: 204).

Innerhalb der Systemtheorie wird gesellschaftliches Verhalten „auf seinen *Sinn* hin betrachtet“ (Pöttker, 1997: 29), wonach unter Verhalten ein sinnhaftes Handeln

verstanden wird und soziale Systeme Handlungssysteme sind (vgl. ebd.). Im Bezug auf die Frage, wie solche Systeme entstehen und sich entwickeln, hat sich die autopoietische Systemtheorie herausgebildet. Hierunter ist zu verstehen, „daß komplexe Systeme sich in ihrer Einheit, ihren Strukturen und Elementen kontinuierlich und in einem operativ geschlossenen Prozeß mit Hilfe der Elemente reproduzieren, aus denen sie bestehen“ (Wilke, 1987: 6 zit. n. Blöbaum, 1994: 74). Die Systeme können somit als in ihrem Kern geschlossen angesehen werden und bestehen nicht aus Subjekten, sondern aus Kommunikation, welche laut Luhmann als ein Selektionsprozess mit drei zentralen Elementen zu verstehen ist. Information, als die Selektion von Möglichkeiten. Mitteilung, als die Selektion eines Verhaltens. Und Verstehen, als die Fähigkeit Information sinnvoll zu erfassen (vgl. Blöbaum, 1994: 75). Änderungen eines Systems entstehen somit nicht durch aktives Handeln, sondern Kommunikation, wofür das jeweilige System eine eigene Semantik entwickelt. Der Wandel eines Systems wird aufgrund von Strukturänderungen begründet, wobei hier die Verknüpfung zur Umwelt durch Kommunikation als die zentrale Anregung definiert wird (vgl. Blöbaum, 1994: 74ff).

Die systemtheoretische Journalismusforschung analysiert grundsätzlich die Funktionen und Leistungen, welcher der Journalismus für die Gesellschaft, als Teilsystem dieser, beiträgt (vgl. Raabe, 2005: 64). Journalismus ist ergänzend als „strukturdeterminiertes System“ (Blöbaum, 2004: 202) zu beschreiben, wobei sich die Forschung schwer damit tut diese Strukturen darzustellen. Hierbei geht es nicht nur um die inneren Strukturen, sondern auch um Beziehungsstrukturen zu anderen gesellschaftlichen Disziplinen. Die Theorien lehnen sich daher stark an der soziologischen Beschreibung der Systemtheorie an, um zu einer Übereinkunft der Strukturdefinitionen von Journalismus zu gelangen. Wie oben beschrieben, liegt in der Systemtheorie der Fokus auf der Kommunikation, womit Änderungen, Wandel und Stabilität grundsätzlich durch diese erlangt werden. Journalismus gewinnt Stabilität „durch systemspezifische journalistische Organisationen, Programme und Rollen“ (Blöbaum, 2004: 203). Bereiche wie Wirtschaft oder Politik werden in die Umwelt des Journalismus eingebettet. Unter Betrachtung der drei zentralen Elemente Organisation, Programme und Rollen, kann somit die Geschichte des Journalismus weniger als Journalistengeschichte verstanden werden, sondern als „Prozess, der sowohl die Massenmedien und Redaktionen als Organisationen, als auch die Journalisten als

Rolleninhaber und die Formen der Darstellung und Selektion erfasst“ (Blöbaum, 2004: 205).

Die systemtheoretische Journalismusforschung grenzt das Handeln von Akteuren zwar aus, jedoch merkt Raabe an, dass die normativen Regelstrukturen insbesondere im sozialen Zusammenhang eine maßgebliche Rolle spielen. Es wird somit von Akteuren - hier die Journalisten - ein bestimmtes Handeln verlangt und vorausgesetzt, welches auf ihre Gültigkeit hin akzeptiert wird und meist eine routinierte Anwendung findet (vgl. Raabe, 2005: 65).

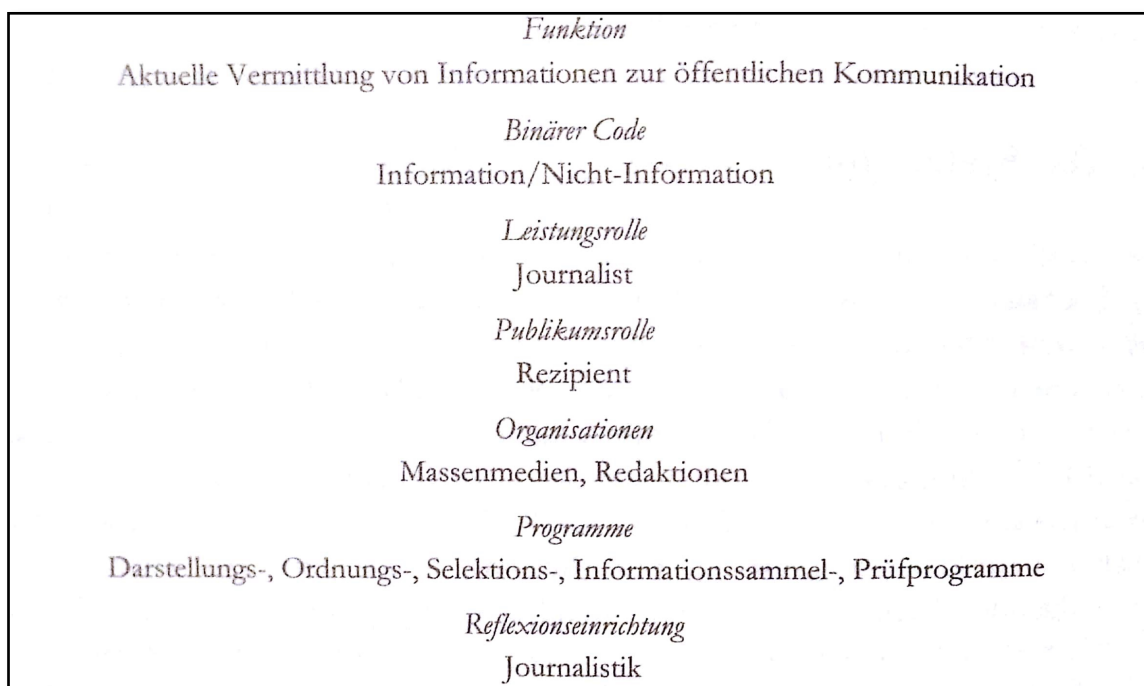


Abbildung 6: Das System Journalismus.

Quelle: Blöbaum, 2004: 206

4.3.3 Technik als Institution – nach Just & Latzer

Einen der aktuellsten Beiträge zu institutionellen Theorieansätzen in der Medienökonomie, liefern Natascha Just und Michael Latzer. Mit Hilfe der Neuen Institutionenökonomik und unter Einbezug weiterer Disziplinen, wie der Soziologie oder Politikwissenschaft, untersuchen sie den konvergenten Kommunikationssektor. Die

institutionalistischen Theorien dienen hierzu als Grundlage zur Erklärung der dynamischen Prozesse. Mit dem Internet als zentralen Punkt in ihrem Beitrag, wird deren Anschauung auch um die Integration von Technik als Institution erweitert und erweist sich als wesentliche Herausforderung ihrer Analyse.

Just & Latzer stützen sich bei ihrer systematischen Herangehensweise an institutionelle Erklärungsansätze für den konvergenten Kommunikationssektor, vorerst auf die Alte und Neue Institutionenökonomik. Die Neue Institutionenökonomik unterscheidet sich zum Alten Institutionalismus aufgrund der Miteinbeziehung des methodologischen Individualismus. Dies bedeutet, „dass individuelle Handlungen und deren Bedingungen die Basis für Erklärungen bilden“ (Just / Latzer, 2017: 4). Auch wenn der Fokus hierbei auf soziologische und politische Institutionen liegt, so grenzt sich der Neue Institutionalismus vom soziologischen und politikwissenschaftlichen insofern ab, als dort von einem methodologischen Kollektivismus ausgegangen wird. Der Wechsel zur Annahme der beschränkten Rationalität von der Statik hin zur Dynamik, der Einbeziehung von Transaktionskosten, einer interdisziplinäre Sichtweise, als auch der Fokus auf Governance, grenzen den neuen Institutionalismus weiter ab. Insbesondere die Governance - Strukturen, welche als Kontrollformen verstanden werden können, werden von Just und Latzer bei ihrer Analyse intensiv einbezogen. Denn durch Institutionen entsteht Ordnung, indem individuelles Verhalten gelenkt wird. Von privater Seite geschieht dies durch Mechanismen, welche sich auf Verträge oder ökonomische Institutionen stützen, wobei der Rahmen dieser privaten Governance - Aktivitäten durch staatliche Institutionen festgesetzt wird (vgl. Just / Latzer, 2017: 4).

Auch wenn die Neue Institutionenökonomik relevant ist für die medienökonomische Analyse, so dürfen multidisziplinäre Betrachtungsweisen, als die Verbindung zu Nachbardisziplinen zur Ergänzung nicht unbeachtet gelassen werden. Just und Latzer betonen, dass die disziplinären Institutionalismen ihren Fokus auf die Mesoebene setzen und somit ihre strukturellen Verbindungen zwischen Mikro- und Makroebene gemein haben (vgl. Just / Latzer, 2017: 2 – 6).

Eine medienökonomische Anwendung von Institutionen erweist sich durch Integration von „Ökonomie und Politik, die empirisch - vergleichende Perspektive, der Mesocharakter, die Fokusse auf Wandel und Organisationen im weiten Sinn und v.a. auf Governance als hilfreich“ (Just / Latzer, 2017: 6). Institutionelle Ansätze in der Medienökonomie begründen sich insofern als wichtig, da sie nicht nur eine Verbindung zwischen der Kommunikationswissenschaft und Ökonomie herstellen, sondern auch

Nachbardisziplinen wie die Soziologie oder Politikwissenschaft mit einbeziehen. Denn „in einer durch Konvergenzphänomene geschüttelten Medienwelt, die von zunehmender Komplexität und Unsicherheit geprägt ist [...], spielen die Auswahl, Schaffung und Gestaltung von Institutionen bzw. von Organisationen, die Ordnung herstellen [...] eine entscheidende Rolle“ (Just / Latzer, 2017: 6). Just & Latzer sehen aufgrund des stark durch Digitalisierung und Konvergenz geprägten Medienwandels, eine Erweiterung der institutionellen Sichtweise in der Kommunikationswissenschaft hin zur Technik als Institution als notwendig. Diese soll insbesondere die Governance - Funktion von Technik zum Thema machen. Versteht man Technik als Design, welches menschliches Verhalten beeinflusst und somit die gesellschaftliche Ordnung mitformt, so sollen institutionalistische Ansätze in Kombination mit evolutionären Innovationsansätzen zur derzeitigen Wechselwirkung zwischen gesellschaftlichem, ökonomischen und technischen Wandel beitragen (vgl. Just / Latzer, 2017: 13).

Just & Latzer kritisieren, dass auch wenn sich eine Vielzahl von disziplinären Ansätzen gegründet hat, hat es letztendlich zu keiner Entwicklung eines geschlossenen Theoriekomplexes geführt. In der Kommunikationswissenschaft scheint die Anwendung von soziologischen Ansätzen zu überwiegen, jedoch dürfen aufgrund der steigenden Komplexität, insbesondere innerhalb der Medien, andere Ansätze nicht außer Acht gelassen werden. Just und Latzer sprechen sich hier für eine Ergänzung der vorherrschenden Institutionenansätze durch eine ko-evolutionäre Innovationsökonomie und die Analyse der Governance-Funktion von Technik als Institution aus um einen weiteren Schritt zu einer „realitätsnahen theoretischen Fundierung“ (Just / Latzer, 2017: 16) zu erlangen (vgl. ebd: 15f).

4.3.4 Institutionalistische Perspektive - nach *Otfried Jarren*

Mit Blick auf den „Wandel der gesamt gesellschaftlichen Informations- wie Kommunikationsordnung“ (Jarren, 2016b: 374) ist es die Aufgabe der Wissenschaft, sich nicht nur auf die üblichen Theorien in der Publizistik- und Kommunikationswissenschaft zu stützen, sondern diese erstens zu überprüfen und zweitens plausible, theoretische Erklärungen für eben diesen Wandel zu finden (vgl. Jarren, 2016b: 374; Jarren, 2015: 119). Jarren sieht hier die Stärken in den Ansätzen und der Verwendung von institutionellen Theorien, durch welche sich nicht nur historische Ereignisse analysieren lassen, sondern auch den theoretischen

Herausforderungen bezüglich neuer oder bestehender Institutionalisierungsprozesse – mit neuen Leitideen, Normen und Regeln – entgegengetreten werden kann (vgl. Jarren, 2016a). Laut Jarren sollte der Journalismus, wenn er sich als Institution etablieren kann, eine bestimmte Bereitschaft zur Zahlung auslösen (vgl. Jarren, 2015: 119). Den Journalismus im Rahmen einer Systemtheorie zu denken, nützt an dieser Stelle wenig, da sich ein soziales Teilsystem weder empirisch noch theoretisch fundieren lässt (vgl. ebd.).

Für Jarren sind Institutionen ein soziales System von Erwartungsmustern, „die das Verhalten von Personen in bestimmten Rollen und bei spezifischen Handlungen maßgeblich beeinflussen“ (Jarren, 2016a: 37). Des Weiteren sind Institutionen somit dauerhaft, gesellschaftliche Regelsysteme, welcher keiner umgehen kann, da jeder bestimmte Regeln zu beachten hat (vgl. Jarren / Siegert, 2013: 8). In Bezug auf den Journalismus bildet dieser mit den Medien ein institutionelles Gebilde, denn der Journalismus benötigt die redaktionellen Organisationsstrukturen der Medien zur Erreichung seiner Leistung der Selektion und der Distribution journalistischer Arbeit. Eine Medienorganisation ist somit für die Gründung einer Redaktion, um journalistische Leistung erbringen zu können, und für die Strukturierung bestimmter journalistischer Formen notwendig. Jarren spricht sich für eine stärkere Miteinbeziehung von Medienorganisationen aus. Des Weiteren konstatiert er, dass die Frage der Institutionalisierung auch im Hinblick auf Onlinemedien und Social Media ausgeweitet gehört und diese sowohl institutionentheoretisch als auch organisationstheoretisch zu bearbeiten gilt (vgl. Jarren, 2016a: 54 – 58).

4.4.5 Soziologischer Institutionalismus - nach *Donges*

Patrick Donges beschäftigt sich insbesondere mit dem soziologischen Institutionalismus und damit, welchen Gewinn die institutionalistische Perspektive für die Kommunikationswissenschaft leisten kann.

Im Mittelpunkt steht hierbei „der Prozess der Übernahme von Regeln durch Akteure sowie der Wandel dieser Regeln“ (Donges, 2013: 91). Vor allem der Prozess der Übernahme von Regeln geht keinesfalls schnell vonstatten, wie man vorerst annehmen möchte. Akteure müssen oftmals verschiedene institutionelle Regeln einander angleichen, abstimmen und anpassen, bevor von einer Übernahme gesprochen werden

kann. Donges stützt sich hier auf die Ausarbeitung von DiMaggio und Powell, welche drei klassische Mechanismen benannt haben. Neben Zwang und normativem Druck, kann auch die Imitation unterschieden werden (vgl. ebd.: 91).

Mit Blick auf den Wandel solcher Regeln setzt Donges die Akteure ins Zentrum seiner Anschauung. Zu hinterfragen bleibt, wer diese Akteure sind, welche einen institutionellen Wandel loslösen. Er betont, dass „Institutionen nur dann entstehen und sich durchsetzen, wenn sie von Akteuren unterstützt werden“ (Donges, 2013: 91), wobei hier die zeitliche Verzögerung mit bedacht werden muss (vgl. ebd.).

Die Annahme, dass Akteure sich an der entsprechenden Angemessenheit ihres Handelns orientieren, ist stark subjektiv geprägt. Akteure folgen ihren Wahrnehmungen und Betrachtungen, was als angemessenes Handeln definiert werden kann. Des Weiteren werden Akteure und deren Tendenzen erst durch Institutionen gebildet. In Bezug auf Medien wird das Interesse an und die Aufmerksamkeit auf Medien überhaupt erst durch deren Status als Institution geschaffen und wirken damit maßgeblich auf Akteure ein. Bezieht man außerdem die kulturell - kognitive Säule der Institutionen mit ein, so haben Medien Macht, da ihre Regeln in der Gesellschaft als selbstverständlich angesehen werden. Diese Macht entsteht jedoch erst aufgrund der damit verbundenen Interaktionsregeln (vgl. Donges, 2013: 89ff).

In Hinblick auf die Frage der Konstitution und Sicherung von Institutionen, benennt Donges, stützend auf Fredriksson, Pallas und Wehmeis, drei soziologische Forschungsrichtungen, welche sich etabliert haben und das Verhältnis von Akteuren und Institutionen beschreiben. Die *‘institutional logics’* beinhalten die Art und Weise wie mögliche widersprüchliche institutionelle Logiken Einfluss auf das Handeln von Akteuren haben und dieses prägen. Die zweite Linie *‘translation’* verknüpft institutionelle Regeln mit Organisationen. Hier wird der Frage nachgegangen, wie diese Regeln in organisationales Handeln übertragen, kommuniziert werden und sinnvoll sind. *‘Institutional work’* als dritte Linie, umfasst die Arbeit von Akteuren im Hinblick auf die diversen Regeln der Institutionen. Bezogen auf den „Journalismus als Institution *‘arbeiten’* Akteure aus unterschiedlichen Teilbereichen der Gesellschaft, versuchen, Regeln zu setzen, beizubehalten oder loszuwerden.“ (Donges, 2016: 201). Da der Journalismus aber keinen festen Ort hat, es nicht den einen zentralen Akteur gibt und *‘institutional work’* somit an unterschiedlichen Orten durch viele Akteure stattfindet, wird die dritte Forschungslinie hinsichtlich des Journalismus um einiges komplexer.

Um zurück zur Ausgangsfrage zu kommen, so kann laut Donges dem Journalismus als Institution keine hundertprozentige Sicherung zugesprochen werden. Vielmehr verändert sich der Journalismus aufgrund und mit seiner Gesellschaft, in die er eingebettet ist. Mit der Ausdifferenzierung der Gesellschaft wird es nicht nur der Journalismus dieser gleichtun, sondern auch weitere gegensätzliche institutionelle Regellogiken aufeinandertreffen (vgl. Donges, 2016: 200f).

4.3.6 Medien als Institution - nach *Ulrich Saxer*

Ulrich Saxer brachte mit seiner Mediendefinition früh den institutionellen Begriff in die Publizistik- und Kommunikationswissenschaft mit ein. Er sieht Institutionen sowohl als problemlösend, als auch problemschaffende Systeme. Sein Fokus liegt hierbei auf den Medien und der Frage, welchen institutionellen Einfluss diese auf Organisationen und die Gesellschaft haben (vgl. Jarren / Siegert, 2013: 9). Auch wenn der Medienbegriff im Vordergrund steht, sollen seine Anschauungen kurz Erwähnung finden, um die Aspekte und Sichtweisen institutioneller Theorien zu ergänzen.

Saxer beklagt nicht nur den Mangel der institutionellen Sichtweise in der Publizistik- und Kommunikationswissenschaft, sondern plädiert für eine weitere institutionentheoretische Verankerung in der Forschung. Er setzt zwar in seinem Forschungsprogramm den Schwerpunkt auf die Medien, jedoch sollen die vier möglichen Forschungslinien kurz angeführt und auch hinsichtlich der Einbringung des Journalismus diskutiert werden (vgl. Saxer, 2013: 203).

1. Funktionalitätserwartung

Alle Institutionen werden auf bestimmte Leitideen verpflichtet. So wird auch von den Medien als Institution und dem Journalismus ein bestimmtes Leistungsvermögen erwartet und vorausgesetzt (vgl. Saxer, 2013: 203). Folgt man Göbel, so wird diesem Ansatz der Leitidee in der Institutionenökonomie nicht genügend Beachtung geschenkt, wenn Institutionen zu stark aufgrund ihrer Regelsysteme definiert werden (vgl. Kiefer, 2010: 25). In der Publizistik- und Kommunikationswissenschaft sieht Saxer „den Ausschluss anderer Leitideen, ein Regelsystem also über Medienfunktionalität und -dysfunktionalität“ (Saxer, 2013: 203) als problematisch. Bei den Leistungen von

beispielsweise journalistischen Medien, handelt es sich um ein breites Feld. Von der Ordnungsfunktion hin zur Erwartungs,- Motivations,- Koordinations,- Kohäsionsfunktion oder Wertmaßstabfunktion, können somit ganz unterschiedliche Funktionen definiert werden (vgl. Kiefer, 2010: 28). Aufgabe der kommunikationswissenschaftlichen Forschung ist es hier, diese institutionellen Funktionen konstant auf ihre Gültigkeit hin zu überprüfen (vgl. Saxer, 2013: 203).

2. Organisiertheit

Eine scharfe Trennung zwischen organisationstheoretischen und institutionalistischen Perspektiven ist nicht immer möglich, vielmehr kann hier von einer Überlappung beider Sichtweisen gesprochen werden. Bei Betrachtung von Institutionen im Zusammenhang mit Organisationen zeigt sich, dass letztere den institutionellen Anforderungen und Erwartungen entsprechen sollen.

Durch Herausbildung von Binnenstrukturen, welche sich den institutionellen Ansprüchen anpassen, versuchen Organisationen, den externen Druck von Institutionen abzdämmen, um somit auch die Legitimität ihres Handelns zu erhöhen und zu erhalten. Die Publizistik- und Kommunikationswissenschaft muss hierfür Strategien entwickeln, um das Spannungsfeld zwischen Institutionen und Organisationen lösen zu können (vgl. Saxer, 2013: 203f).

3. Professionalität

Mit Professionalität meint Saxer die Ebene der Akteure und deren eigenen Realisierungen von Leitideen. So versuchen Journalisten immer den Status der Profession zu erreichen, „weil er Prestige, Privilegierung und auch institutionelle Absicherung mit sich bringt“ (Saxer, 2013: 204). Insbesondere im Falle des journalistischen Berufes wird dessen Professionalisierung diskutiert, da er „widersprüchlichen Leitideen verpflichtet ist, die seinen Status als Institution und dementsprechend auch seine Professionalität dauernd problematisieren“ (Saxer, 2013: 204).

4. Institutionalisiertbarkeit

Aufgrund der Professionalisierungsproblematik und der Werbung, muss die kommunikationswissenschaftliche Forschung die Institutionalisiertbarkeit von Medien systematisch behandeln. Es müssen hierfür nicht nur die bestehenden Felder für medienpolitische Gestaltung beachtet, sondern auch klare Grenzen und Möglichkeiten bestimmt werden (vgl. Saxer, 2013: 206).

Saxer sieht insbesondere im Hinblick auf den institutionellen Wandel die Aufgabe der Publizistik- und Kommunikationswissenschaft darin, Strategien und Analysen zu finden, um diesen Wandel zu bewältigen. Ein solcher institutioneller Wandel vollstreckt sich nicht nur auf unterschiedliche Art und Weise und kann alle sozialen Ebenen erfassen, sondern führt meist zu Ratlosigkeit und Unruhe. Medien tun sich aufgrund ihrer Produktionsstrukturen schwer ausschlaggebende institutionelle Umgestaltungen in der Politik oder Wirtschaft frühzeitig zu erkennen (vgl. Saxer, 2013: 202).

4.4 Kritische Betrachtung der institutionellen Ansätze

Mit den in *Kapitel 4.2* dargelegten Ansätzen nach Kiefer, sollen im Folgenden einzelne Kritikpunkte an der institutionellen Betrachtungsweise von Journalismus dargestellt werden.

Kritik wird vor allem von Seiten Ruß-Mohls und Stöber laut, welche hauptsächlich das Finanzierungsmodell des Journalismus über einen *dritten Weg* (vgl. Kiefer, 2011a) von Marie Luise Kiefer hinterfragen. Zur Übersicht sollen folgendes Finanzierungsmodell und die Kritikpunkte beider Wissenschaftler kurz skizziert werden. Abschließend werden noch weiterführende Kritiken des Journalismus innerhalb seines institutionellen Gefüges angeführt.

4.4.1 Finanzierungsmodell des Journalismus - nach Kiefer

Für Kiefer ist die Finanzierung über den Werbemarkt ein altes Modell, welches keine nahe Zukunft hat. Am Beispiel des Printjournalismus, insbesondere der Tageszeitungen, macht sie deutlich, dass sich nicht nur aufgrund der Konkurrenz des Internets, sondern auch durch sinkende Zahlungsbereitschaft der Rezipienten eine Finanzierung über den Werbemarkt als schwierig gestaltet. Mit Hilfe institutioneller und soziologischer Theorien versucht Kiefer zu verdeutlichen, dass unter dem Aspekt der Notwendigkeit des Journalismus für die Demokratie, eine Finanzierung als eine „durch den Gesetzgeber geregelte Lösung gedacht werden muss“ (Kiefer, 2011a: 6).

Journalismus und Medien werden hier wieder durch institutionelle Theorien getrennt, wobei sich der Journalismus innerhalb eines demokratischen Systems als die fundamentale Institution von Medien beweist und somit den Rahmen für journalistische Medien vorgibt. Hinsichtlich der Fragestellung, wie Journalismus überhaupt sozial organisiert werden kann, sieht sie die Lösung in der Professionsbildung des Journalismus und betont die Relevanz einer „Struktur professionellen Handelns und den Aspekt der Professionalisierungsbedürftigkeit“ für den Journalismus (Kiefer, 2011a: 11). Die Möglichkeit der Bildung einer solchen Profession begründet Kiefer durch institutionenökonomische Theorien und stützt sich hierbei auch auf Ostrom (2005) und die Möglichkeit der Selbstorganisation des Journalismus, wobei letztere erst durch die Anerkennung des Staats gültig ist.

Ausgehend von der Professionalisierungsbildung und dem Selbstorganisationsprozess des Journalismus, schlägt Kiefer ein öffentliches Finanzierungsmodell vor, welches an folgende Bedingungen zu binden ist:

1. Finanzielle Förderung von Redaktionen, wobei diese ausschließlich von Journalisten geleitet wird, welche für die Produktion der Inhalte zuständig sind.
2. Journalist ist ein Beruf, welcher an eine praktische Ausbildung geknüpft ist.
3. Das Ausbildungscurriculum ist klar von anderen Feldern, wie Public Relation oder Werbung, der Kommunikationswissenschaft abzugrenzen und wird von Journalismustheoretikern entworfen.
4. Der Ausbildungsweg ist ähnlich dem eines Mediziners und teilt sich in wissenschaftliches und praxisorientiertes Wissen.

5. Ähnlich einem Studium der Pädagogik, soll eine Referendarzeit eingelegt werden, welche ausschließlich in Redaktionen oder vergleichenden Einrichtungen stattfinden darf (vgl. Kiefer, 2011a: 15).

Eine öffentliche Förderung findet somit direkt beim Personal, also beim Journalisten selbst, statt. Es ist daher die Aufgabe des Staates, eine Finanzierung des Journalismus zu gewährleisten (vgl. Kiefer, 2011a: 15ff). Kiefer betont außerdem, dass ein öffentliches Finanzierungsmodell vorerst medienunabhängig stattfinden soll, da der Journalismus die fundamentale Institution darstellt. Eine finanzielle Förderung des Journalismus bedeutet nur dann auch eine Medienförderung, wenn das jeweilige Medium dem professionellen Journalismus eine Plattform bietet (vgl. Kiefer, 2011a: 17f).

Kiefer versucht somit einen „dritten Weg“ (Kiefer, 2011a: 18) einer Finanzierung des Journalismus zu beschreiben. Der Markt als Finanzierungsquelle rückt hier in den Hintergrund und wird vom Staat abgelöst, welcher die Bedingungen für eine fundierte professionelle Journalistenausbildung schaffen soll, sowie für eine soziale Ordnung des Journalismus als eigenständige, autonome Kollegialorganisation und für eine öffentliche Finanzierung des Journalismus verantwortlich ist. Grundlage hierfür ist jedoch die strikte Trennung zwischen Journalismus und Medien, welche Kiefer auf Grundlage von institutionellen Theorien begründet. Auch wenn Medien somit noch als zentrale Organisation für den Journalismus gesehen werden, lockert sich die gegenseitige Abhängigkeit beider (vgl. Kiefer, 2011a: 19).

Zusammenfassend konstatiert Kiefer:

„Journalismus muss öffentlich finanziert werden, weil sie Leistungen als libertarian commons allen Gesellschaftsmitgliedern in ihrer Rolle als Bürger offenstehen und in einer Demokratie ohne finanzielle Barrieren offenstehen müssen. Journalismus als gesellschaftliche Institution erfordert beides, die Produktion und die Rezeption seiner `Dienstleistungen`, nur dann kann die institutionelle Funktion erfüllt werden“ (Kiefer, 2011a: 16)

Für Kiefer ist der dritte Weg eine Möglichkeit, um den Journalismus als Institution zu erhalten (vgl. Kiefer, 2011a: 19).

4.4.2 Zur Kritik des Finanzierungsmodells

Diesen von Kiefer vorgeschlagenen Finanzierungsweg kritisieren Ruß-Mohl und Stöber stark und finden unterschiedliche Einwände dagegen.

Zum einen gibt es keine wissenschaftlichen Befunde, dass die von Kiefer prognostizierte Entwicklung wirklich stattfindet. Auch wenn in den USA von einer Zeitungskrise gesprochen wird, darf diese Annahme nicht voreilig auf den deutschen Zeitungsmarkt übertragen werden. Hinzu kommt, dass Forschungen in der Kommunikationswissenschaft zeigen, dass eine Demokratie scheinbar auch ohne professionellen Journalismus zustande kommt und aufrechterhalten werden kann. Ruß-Mohl stützt sich hier auf die Erkenntnisse von Frank Esser und Michael Brüggemann, welche das Entstehen einer demokratienotwendigen Öffentlichkeit auch ohne den Journalisten begründen und Journalisten nur ihren Beitrag durch Information leisten (vgl. Esser / Brüggemann, 2010: 51 zit. n. Ruß-Mohl, 2011: 402).

Ferner bezweifelt Ruß-Mohl die Trennung von Journalismus und Medien durch institutionelle Theorien. Er betrachtet diese als „künstlich“, welche darauf abzielt, den „guten“ Journalismus von den „bösen“ Medien abzuspalten (Ruß-Mohl, 2011: 402).

Hinsichtlich des angeblichen Markt - Versagens, hinterfragt Ruß-Mohl, ob es sich beim Journalismus überhaupt um ein solches öffentliches Gut handelt, wie Kiefer es konstatiert. Natürlich müsse sich in der Gesellschaft klar festsetzen, dass Qualitätsjournalismus wertvoll ist und dafür gezahlt werden soll. Auf Basis der sinkenden Zahlungsbereitschaft der Bürger, führt Kiefers Modell jedoch zu einer Zwangsbezahlung des Qualitätsjournalismus durch die Staatsbürger. Ruß-Mohl kritisiert außerdem, dass Kiefer innerhalb der Staatsbürger keine Unterscheidung diverser Bildungsschichten unternimmt, sondern davon ausgeht, dass jeder Staatsbürger eine Qualitätszeitung lesen wird und möchte (vgl. ebd.: 404).

Bezüglich der Professionsbildung des journalistischen Berufs, schätzt Ruß-Mohl die Chancen für Quereinsteiger als sehr gering ein. Auch wenn er sich eine gute Ausbildung von Journalisten wünscht, so sieht er in einem beschränkten Berufszugang durch Examen die Gefahr der Überheblichkeit und Arroganz, welche letztendlich eher zur Abwertung und Misstrauen gegenüber journalistischer Arbeit führt (vgl. Ruß-Mohl, 2011: 206).

Abschließend sieht er die große Gefahr in der engeren Verknüpfung zwischen Journalismus, Medien und Staat und betont: „Gerade im Medienbereich und im

Journalismus artet staatlich Steuerung, selbst wenn sie von den besten Absichten getragen sein mag, sehr schnell in Freiheitsberaubung, Korruption und versteckte Zensur aus [...]“ (Ruß-Mohl, 2011: 406). Kiefers Finanzierungsmodell durch die Selbstorganisation des Journalismus, „liefe auf eine Kombination von demokratisch unzureichend legitimiertem Bürokratie. Und Verhandlungssystem hinaus – mit allen explizit anti – demokratischen Tendenzen der Verselbständigung und Vermachtung [...]“ (Ruß-Mohl, 2011: 411).

Für Ruß-Mohl ist es eher sinnvoll, verfügbare Gelder für den Qualitätsjournalismus aufzuwenden (vgl. Ruß-Mohl, 2011: 404). Das Finanzierungsmodell durch Werbung wird auch weiterhin als die zentrale Finanzierungsmethode vorherrschen. Ferner können durch das Ralph Lauren - Modell anspruchsvolle Bürger dazu aufgerufen werden, Qualitätsjournalismus direkt und durch einen Klick auf der jeweiligen Zeitungshomepage zu kaufen. Mit dem Tom - Sawyer Modell, also der Zusammenarbeit von Amateuren mit professionellen Journalisten, sollen Dritte gratis für renommierte Zeitungen arbeiten. Oder abschließend das Gillette - Modell, nach dem Verleger gezielt günstige Tablets vermarkten sollen und die Finanzierung und Leserbindung durch den Verkauf von Apps stattfinden soll (vgl. Ruß-Mohl, 2011: 404 - 408).

Jedoch ist klar, dass unabhängig von einer staatlichen Finanzierung des Journalismus, der Staat zwei wichtige Aufgaben hat, welchen er bisher nicht nachgekommen ist: Qualität im Journalismus fördern und sicherstellen - insbesondere durch Weiterbildung - und der Konzentration von Medienmacht entgegenzuwirken (vgl. Ruß-Mohl, 2011: 410). Ruß-Mohl spricht hier von einem Staatsversagen, welches auch hinsichtlich wissenschaftlich zu klärender Fragen in der Forschung meist ausgeblendet wird. Für ihn müssen medienpolitische Aktionen getroffen, sowie der öffentlich – rechtliche Rundfunk in seiner Internet - Expansion eingedämmt werden und weiterhin beobachtet werden, sodass keine Übermacht dessen hin zur Verdrängung von kommerziellen Medien stattfindet. Jedoch ist für ihn Kiefers Finanzierungsmodell keine Lösung (vgl. Ruß-Mohl, 2011: 410ff).

Auch Stöber äußert sich kritisch. Er sieht die Hauptproblematik, neben der aktuellen Medienfinanzierung, auch in der von Kiefer beschriebenen Demokratienotwendigkeit von Journalismus und der allgemeinen Begriffsverwendung. Zum einen bemerkt auch er, dass das Zeitungssterben in den USA nicht zwingend auch auf dem deutschen

Zeitungsmarkt zu erkennen ist, vielmehr konnten hier die Qualitätszeitungen dazugewinnen. Ferner betont Stöber, dass nicht behauptet werden kann, dass ausschließlich der Journalismus die für eine Demokratie notwendigen Funktionen, wie Meinungs- oder Orientierungsbildung, leistet, sondern solche Leistungen auch durch Kommunikation in sozialen Netzwerken entstehen können. Das Problem sieht er hierbei nicht im Reichweitenverlust, sondern in der Generationslücke, da sich immer mehr junge Menschen von journalistischen Medien abwenden. Außerdem betrachtet Stöber Kiefers Begriffsverwendung als unschlüssig und verwirrend. Insbesondere ihre Verwendung des Institutionenbegriffs und der institutionentheoretischen Trennung von Journalismus und Medien sieht er als fragwürdig und praxisfern an (vgl. Stöber, 2011: 415ff).

Kiefers Vorschlag der Professionalisierung des Journalismus und der Aufgabe der Kommunikationswissenschaft zur journalistischen Profession erscheinen Stöber als ebenso widersprüchlich, wie das „Rezipienten – Monitoring der journalistischen Medien“ (Stöber, 2011: 417). Stöber betrachtet Kiefers Finanzierungsmodell als heikel, verschwommen und „demokratiegefährdend“ (ebd.: 418). Ihren Vorschlag zur Professionalisierung des Journalismus erachtet er als nicht wünschenswert, sondern bezeichnet diesen vielmehr „als demokratieferne verfassungsrechtliche Unmöglichkeit“ (Stöber, 2011: 418).

Jedoch unterscheidet Kiefer zwischen einem weiten und einem engen Professionskonzept. Auch einige geäußerte Kritikpunkte von Ruß-Mohl, können als Fehldeutungen verstanden werden. Kiefer spricht nicht von einem direkt staatlich gesteuerten Konzept, sondern der Staat soll eine kollektive Finanzierung des Journalismus durch eine Professionsbildung und Selbstorganisation ermöglichen. Dass junge Leute keine Zeitung mehr lesen oder gar von einem Marktversagen gesprochen werden kann, steht nicht im Vordergrund von Kiefers Konzept. Es geht hier um die Tatsache, dass aufgrund technologischen Wandels sich auch die Medien und der Journalismus ändern und die Folgen für die Gesellschaft nicht gewiss vorausszusehen sind (vgl. Kiefer, 2011b: 420).

Betrachtet man die von Ruß-Mohl vorgeschlagenen Alternativen zur Finanzierung des Journalismus, so handelt es sich um Formen des bekannten Modells der Medienunternehmen, welche „eher deren wirtschaftliche Grundlage sichern helfen sollen als die Finanzierung des Journalismus zu übernehmen“ (Kiefer, 2011b: 421). Außerdem darf Journalismus nicht zum Luxusprodukt werden, womit seine Relevanz

für die Demokratie auch gleichzeitig verloren ginge. Stöber und Ruß-Mohl bezeichnen Kiefers Konzept als für die Demokratie gefährdend und eine Professionalisierung als verfassungswidrig. Betrachtet man jedoch die gegenwärtige Situation, so kann zwar jeder als Journalist arbeiten, aber nicht jeder dadurch Geld verdienen und somit Journalismus zum Beruf machen. Kiefer Modell der Professionalisierung baut keinesfalls auf einem Widersetzen verfassungsrechtlicher Normen auf. Ihr Modell skizziert vielmehr Zugangsbedingungen zu dem Beruf als Journalist, womit die Beschränkungen lediglich in den für den Beruf gültigen Kodizes und Standards liegen (vgl. Kiefer, 2011b:422f).

4.4.3 Weiterführende Kritikpunkte

Das große Problem sieht Saxer in den unterschiedlichen Leitideen, denen der Journalismus für die Öffentlichkeit verpflichtet ist. Auch wenn Kiefer den institutionellen Status von Journalismus präzise herausgearbeitet hat, so kann dennoch nicht „das Maß an realer Institutionalisiertbarkeit des Journalismus“ (Saxer, 2013: 204) bestimmt werden. Die Diskussion um die Finanzierungsfrage des Journalismus verdeutlicht für Saxer die Unstimmigkeiten und Diskrepanzen von Journalismus als Institution in der Publizistik- und Kommunikationswissenschaft (vgl. Saxer, 2013: 204f). Ferner kritisiert er ein allzu aufmerksamkeitsökonomisches Handeln, welches beispielsweise aufgrund von Werbegründen, stattfindet. Er bringt hier den Begriff der Anpassung und Angleichung mit ein, denn ein isomorpher Prozess im Journalismus ist mit einem durchaus hohen Risiko verbunden. Zum einen kann dies dazu führen, dass bestimmte Formate des Angebots überwiegen und somit Auswirkungen auf die Themenvielfalt entstehen. Zum anderen kann dies auch Folgen für das „institutionelle Gefüge der Gesellschaft haben [...], wenn institutionelle Regeln unter Druck geraten oder es sogar zur Anpassung von Institutionen an andere institutionelle Vorgaben käme“ (Jarren / Siegert, 2013: 9).

Jarren betont, dass die institutionellen Ansätze die Journalismusforschung definitiv bereichern, Kiefers Ansätze jedoch für eine Zeit gelten, „in denen von politischen bzw. gesellschaftlichen Intermediären Zeitungen herausgegeben wurden, mit denen nicht oder allenfalls punktuell ökonomische Zielsetzung verbunden war“ (Jarren, 2016a: 55). Auch wenn sich im Journalismus feste institutionelle Verständnisse entwickelt haben,

so ist nicht sicher, dass der Journalismus ein grundlegendes, institutionelles Regelsystem herausbilden kann. Außerdem tritt der Journalismus in der Gesellschaft durch diverse Medientypen auf, was nicht vernachlässigt werden darf. Jarren bezieht sich ferner auf die Position von Journalisten in der Gesellschaft und das Finanzierungsmodell von Kiefer, da sich im Feld Journalismus bisher keine Professionalisierung entwickelt hat und kein eigenständiger Berufsstatus vorliegt. Vielmehr fehlen grundlegende Fachkriterien, um journalistisches Handeln zu untersuchen und zu bewerten. Fraglich bleibt, ob dem Journalismus aufgrund seiner Statusfunktion überhaupt die anerkannte Macht zuzuschreiben ist. Außerdem sieht er die Dringlichkeit Kiefers institutionelle Ansätze auch hinsichtlich der Onlinemedien oder Social Media zu untersuchen (vgl. Jarren, 2016a: 56f).

Jarren hinterfragt in seinem Essay *Journalismus – unverzichtbar* weiter, ob sich der Journalismus überhaupt als eine Institution behaupten kann und sich als solche etabliert hat. Sollte dies der Fall sein, so müsste er demnach „in der Lage sein, eine gewisse Binde- und Zahlungsbereitschaft auszulösen, was offensichtlich nicht oder nur partiell der Fall ist“ (Jarren, 2015: 119). Ferner sieht er auch eine rein systemtheoretische Beschreibung des Journalismus als hinfällig, da sich Journalismus wissenschaftlich nicht plausibel als ein soziales Teilsystem beschreiben lässt. Das von der Wissenschaft erzeugte Selbstbild des Journalismus ist gehaltlos und umgekehrt wird das Bild vom Journalismus größtenteils von den Journalisten durch ihre medialen Beiträge gestaltet und vermittelt. Die Journalismusforschung muss es sich daher zur Aufgabe machen ihr Forschungsfeld zu erweitern, um die Veränderungen und den Wandel beschreiben und verstehen zu können (vgl. Jarren, 2015: 119ff).

Die Dynamik von Institutionen kann auch für den Journalismus folgenreich sein. Stützend auf Milton und Johnson merkt Beck an, dass institutionelle Konsequenzen in Ost- und Mitteleuropa lange Zeit einen demokratischen Journalismus verhindert haben, während der organisatorische Wandel von Medien schon längst stattgefunden hat. Auch heute kann und darf sich der Journalismus zu seiner eigenen institutionellen Sicherung nicht auf die Werbefinanzierung durch die Medien verlassen, da diese eben dadurch „nicht länger die Realisierung der institutionellen Werte eines freien und unabhängigen Journalismus“ garantieren können (Beck, 2016: 232). Der Journalismus bewegt sich somit konstant im Feld zwischen Institutionalisierung und De-Institutionalisierung, wodurch nicht garantiert ist, dass der Journalismus als Institution für ewig gefestigt ist (vgl. Beck, 2016: 232f).

4.5 Zusammenfassung der Ansätze und Kritikpunkte

Um einen Überblick der diversen Ansätze zu geben, werden abschließend die einzelnen Theorien und Kritikpunkte zusammengetragen.

Kiefers Herausarbeitung von Medien und Journalismus als Institution durch institutionelle Theorien, führen zu einem Perspektivenwechsel in der Kommunikationswissenschaft, indem sich der Journalismus als die fundamentale Institution von Medien erweist. Medien gewinnen somit nur einen Institutionenstatus durch ihre Verbindung zum Journalismus. Ferner ist der Journalismus für ein demokratisches System unerlässlich. Durch seine Aufgaben der Komplexitätsreduktion, dem Lenken vom Handeln beteiligter Akteure, dem Bereitstellen von Informationen und der Wirklichkeitsbeschreibung der Gesellschaft, gewährleistet er nicht nur die demokratische Entscheidungsfreiheit, sondern erlangt dadurch auch eine Statusfunktion und Macht in der Gesellschaft. Medien hingegen nutzen die Ressourcen des Journalismus wirtschaftlich und bewegen sich innerhalb des vom Journalismus vorgegebenen institutionellen Handlungsrahmen (vgl. Kiefer, 2010: 210 – 213).

Mit dem handlungstheoretischen Zugang, welcher das Handeln als Grundlage zur Untersuchung bestimmter Zusammenhänge annimmt, wird oftmals versucht, wissenschaftliche Lösungen auf Mikro - Ebene zu finden. Laut Raabe kann jedoch mit handlungstheoretischen Forschungszugängen auch an der Lücke zwischen Makro und Mikro Ebene angesetzt werden (vgl. Raabe, 2004: 122f). Insbesondere die Gefahr, sich aufgrund der oftmaligen Fokussierung der Handlungstheorie auf der Mikro Ebene zu einer reinen Akteurstheorie hinzulaufen, begegnet Bucher mit Skepsis. Für ihn liegt das Problem darin, in der Wissenschaft den korrekten theoretischen Zugang zu wählen und diverse Theorien (hier: handlungstheoretisch und systemtheoretisch) als gegenseitige Ergänzung wahrzunehmen (vgl. Bucher, 2004: 265ff). Speziell die Systemtheorie hat sich in den letzten Jahren als einer der Hauptzugänge zur kommunikationswissenschaftlichen Forschung behaupten können. Der Journalismus wird zum eigenständigen System in der Gesellschaft, wobei hier die Kommunikation auch hinsichtlich der Veränderung von Systemen im Zentrum steht. Bezieht sich die Journalismusforschung auf die Systemtheorie, so werden die Funktionen und Leistungen des Journalismus für die Gesellschaft untersucht (vgl. Raabe, 2005: 64).

Just und Latzer liefern einen der aktuellsten Beiträge zu institutionellen Ansätzen in der Kommunikationswissenschaft. Auf Grundlage der Neuen Institutionenökonomie und unter Einbeziehung weiterer Disziplinen, untersuchen sie den konvergenten Kommunikationssektor und dessen dynamische Prozesse. Aufgrund des stark durch Digitalisierung und Konvergenz geprägten Medienwandels, sehen sie eine Erweiterung der Anschauung um den Faktor Technik als Institution als notwendig. Sie kritisieren das Ausbleiben eines festen, einheitlichen Theoriekomplexes und sehen eine Ergänzung institutioneller Theorien durch eine ko - evolutionäre Innovationsökonomie als erforderlich. Da Just & Latzer für ihre Ausarbeitung nur die zunehmende Komplexität des Medienbegriffs untersucht haben, bleibt offen, ob sich eine erweiterte institutionelle Sichtweise durch Technik als Institution auch für den Journalismus als brauchbar erweist.

Jarren sieht diverse Stärken in der Verwendung von institutionellen Theorien in der Publizistik- und Kommunikationswissenschaft. Es lassen sich dadurch nicht nur historische Ereignisse untersuchen, sondern insbesondere den Herausforderungen der wandelnden und neuen Institutionalisierungsprozesse entgegenzutreten (vgl. Jarren, 2016a). Laut Jarren bildet der Journalismus mit den Medien eine institutionelle Einheit, da dieser auf die Distribution journalistischer Leistung und auf redaktionelle Organisationsstrukturen der Medien angewiesen ist. Hinsichtlich der Journalismusforschung spricht sich Jarren für eine institutionentheoretische Untersuchung von Social Media und Online Medien aus, sowie eine stärkere Miteinbeziehung der Medienorganisationen (vgl. Jarren, 2016b).

Donges findet einen Weg der institutionalistischen Perspektive über den soziologischen Institutionalismus. Hierbei stehen die Akteure, die Übernahme von Regeln und die Frage, welche Akteure einen institutionellen Wandel auslösen, im Vordergrund. Für Donges bilden Akteure den zentralen Punkt von Institutionen, da sich letztere erst durch die Unterstützung von Akteuren und deren Handeln bilden (vgl. Donges, 2013). Bezüglich der Sicherung von Institutionen betont Donges, dass dem Journalismus als Institution keine feste Sicherung zugesprochen werden kann. Da der Journalismus in die Gesellschaft eingebettet ist, verändert er sich auch mit der Ausdifferenzierung dieser (vgl. Donges, 2016).

Den Mangel an institutionellen Theorien in der Kommunikationswissenschaft beklagt auch Saxer und plädiert für eine stärkere Verankerung institutioneller Ansätze. Insbesondere in Hinblick auf den institutionellen Wandel muss es sich das Fach zur Aufgabe machen Strategien zu entwickeln, um diesem Wandel entgegenzuwirken. Leider fällt es insbesondere Medien schwer diesen Wandel frühzeitig zu erkennen und Lösungen zu entwickeln (vgl. Saxer, 2013).

Neben den unterschiedlichen Möglichkeiten aus diversen Perspektiven, die institutionelle Theorien für die Publizistik- und Kommunikationswissenschaft bringen können, wird jedoch auch Kritik laut. Insbesondere Ruß-Mohl kritisiert Kiefers Herleitung eines möglichen Finanzierungsmodells des Journalismus durch institutionelle Theorien. Er hinterfragt die für ihn scheinbar künstliche Trennung von Journalismus und Medien. Ferner muss analysiert werden, ob die Prognosen von Kiefer hin zu einer Zeitungskrise und die unabdingbare Notwendigkeit von Journalismus zur Herstellung von Öffentlichkeit überhaupt geltend sind (vgl. Ruß-Mohl, 2011).

Auch wenn Saxer für den stärkeren Einbezug institutioneller Theorien plädiert, so sieht er das große Problem in den unterschiedlichen Leitideen, die der Journalismus in der Gesellschaft hat. Auch nach der Ausarbeitung Kiefers, kann für Saxer die wirkliche Institutionalisierbarkeit des Journalismus nicht gewährleistet werden (vgl. Saxer, 2013). Außerdem bewegt sich der Journalismus als Institution konstant zwischen den Polen Institutionalisierung und De-Institutionalisierung, womit sein institutioneller Status nicht auf Ewigkeit gefestigt ist (vgl. Beck, 2016).

Doch was nützt es letztendlich der Wissenschaft den Journalismus als Institution zu sehen und zur Bearbeitung kommunikationswissenschaftlicher Fragestellungen auf institutionelle Ansätze zurückzugreifen? Welche Vorteile und Leistungen können für den Journalismus und dessen Erforschung gewonnen werden? Und welche Nachteile und problematischen Folgen kann eine institutionelle Betrachtung des Journalismus mit sich bringen?

5. Darstellung und Interpretation der Erkenntnisse anhand der Forschungsfragen

Nach der theoretischen Einordnung der Thematik und der Zusammentragung der diversen Ansätze, sollen im Folgenden die drei Forschungsfragen diskutiert werden.

Die Forschungsfragen wurden offen formuliert und sollen einen strukturierten Zugang zu diesem Untersuchungsfeld bieten. Um ein breites Diskussionsspektrum zu gewährleisten, wurde bewusst auf die Formulierung von Hypothesen verzichtet. Mit dem vorrangigen Ziel der Frage nachzugehen, was es der Wissenschaft bringt zur Bearbeitung kommunikationswissenschaftlicher Fragestellungen auf institutionalistische Ansätze zurückzugreifen, soll die vorliegende Arbeit auch zu wissenschaftlichen Vertiefungen anregen und weitere mögliche Forschungsrichtungen und Perspektiven für die Journalismusforschung aufzeigen.

Forschungsleitende Fragestellung ist demnach:

Was bringt es der Wissenschaft den Journalismus als Institution zu sehen und zur Bearbeitung kommunikationswissenschaftlicher Fragestellungen auf institutionalistische Ansätze zurückzugreifen?

Hieraus wurden drei Forschungsfragen (FF) abgeleitet, welche im Folgenden genauer diskutiert werden.

- FF1:** Welche Vorteile und Leistungen entstehen dadurch für den Journalismus und dessen Erforschung?
- FF 2:** Welche Nachteile, Probleme und Folgen haben diese Ansätze für den Journalismus und dessen Erforschung?
- FF 3:** Sind diese Ansätze unter den heutigen Rahmenbedingungen für den Journalismus noch passend?

Um die Interpretation übersichtlich darzustellen werden die Diskussionspunkte der jeweiligen Überbegriffe, wie beispielsweise *Definition von Journalismus* oder *Wandel*, untergliedert dargestellt.

5.1 FF 1: Vorteile und Leistungen

Definition von Journalismus

Marie Luise Kiefer ermöglicht es mit ihrer Analyse durch institutionelle Theorien die Begriffe Journalismus und Medien zu trennen. Der damit einhergehende kommunikationswissenschaftliche Perspektivenwechsel, dass sich Journalismus als die fundamentalere Institution von Medien betrachten lässt und Medien ihren Institutionenstatus nur durch die Verknüpfung zum Journalismus erlangen, bieten eine Möglichkeit die beiden Bereiche separat von einander zu betrachten und zu analysieren. Für die Journalismusforschung entstehen somit Chancen an ihrer Grundproblematik - eine einheitliche Definition von Journalismus zu beschreiben - anzusetzen. Kiefer findet mit ihrer Analyse einen ersten Weg in Richtung Neuorientierung der Begriffsdefinition von Journalismus und Medien, welche sich hinsichtlich ihrer Leistungen und strukturellen Ebene unterscheiden (siehe *Kapitel 2.1.2*).

Die Journalismusforschung muss es sich zur Aufgabe machen an der Definition des Begriffs Journalismus, dessen Begriffsverwendung und der definitorischen Trennung zum Medienbegriff, anzusetzen. Bereits bestehende theoretische Fundierungen sollen dabei nicht vernachlässigt werden, jedoch kann eine Miteinbeziehung institutioneller Theorien einen möglichen Schritt dorthin setzen, ein einheitliches Verständnis von Journalismus in der Wissenschaft zu erlangen. Bisher findet sich nur in der Mediendefinition nach Saxer der institutionelle Faktor wieder. Offen bleibt ob es auch ratsam wäre diesen in die Journalismusdefinition mit einfließen zu lassen.

Wandel und Stabilität von Journalismus

Unter Einbezug von institutionalistischen Theorien, sei es aus verfassungs,- oder evolutionsökonomischer Sicht, lassen sich der Wandel und die Entstehung von Institutionen beschreiben. Folgt man Mantzavinos (2007), für welchen Wandel grundsätzlich im Nachhinein zu beschreiben ist, so kann es sich die Journalismusforschung zur Aufgabe machen, die historische Einbettung von Journalismus in die Gesellschaft und dessen Geschichte auch mit Hilfe institutionentheoretischer Theorien zu analysieren. Doch insbesondere die derzeitigen

Wandlungsprozesse müssen von der Journalismusforschung dauerhaft untersucht werden. Denn auch wenn ein grundlegender Wandel erst im Nachhinein zu beschreiben ist, so muss die Forschung dort ansetzen und den Journalismus in seinem institutionellen Gefüge beobachten, um möglichen gravierenden Wandlungsprozessen entgegensteuern zu können. Stellt man hier einen Bezug zur These Norths (1994) her, welche besagt, dass institutionelle Veränderungen aufgrund handelnder Individuen stattfinden, so muss die Analyse auch um eine mikrotheoretische Fundierung erweitert werden. Institutionelle Theorien unter Einbezug weiterer Theorien, ermöglichen der Journalismusforschung somit einen möglichen Wandlungsprozess des Journalismus zu erklären – jedoch nur, wenn der Journalismus hinsichtlich eines Wandels konstant beobachtet wird.

Bezieht man sich auf den von Blöbaum vorgeschlagenen Analyserahmen vom Wandel des Journalismus, so lässt sich auch dessen Analyse durch eine institutionelle Sichtweise ergänzen. Insbesondere auf Ebene der Organisationsrollen, können mit Hilfe institutioneller Theorien die Veränderungen von Redaktionen im Rahmen ihres institutionellen Gefüges ausgeweitet werden. Denn die vorliegenden Schwierigkeiten der Journalismusforschung ist, dass der Wandel des Journalismus nicht durch die „üblichen Einzelprojekte“ (Blöbaum, 2004: 57) zu beschreiben ist. Er betont, dass grundsätzlich zu hinterfragen ist „ob es sich bei feststellbarem Wandel um Änderungen der Struktur handelt, die als systeminterne Verschiebungen zu deuten sind, oder um starke dauerhafte Eingriffe [...], dass eine Strukturzerstörung die Folge ist“ (ebd.:57).

Journalismus und Organisationen

Die Journalismusforschung muss die wechselseitige Beziehung von Institutionen und Organisationen weiter untersuchen. Medienorganisationen handeln aufgrund ihrer Gewinnmaximierung und dem finanziellen Druck, sich wettbewerbsfähig zu halten. Auch wenn der Journalismus als Institution die Rahmenbedingungen für das Handeln solcher Institutionen setzt, so versuchen die handelnden Organisationen zur eigenen Zielerreichung diesen Spielraum vollständig auszuschöpfen. Insbesondere die Möglichkeit einer zerstörerischen Funktion von Organisationen für die Institutionen und die Frage inwiefern es Medienorganisationen schaffen Institutionen zu Gunsten ihrer eigenen Ziele zu beeinflussen, sollte hier weiter beobachtet werden. Die Journalismusforschung kann hier ansetzen und hinterfragen, ob es durch das

gewinnmaximierendes Handeln von Organisationen zu einem zwanghaften Wandel von Institutionen, und somit des Journalismus, kommt. Institutionelle Ansätze müssen somit dringend auf redaktionelle Organisationsstrukturen angewendet werden. Denn wenn nach Blöbaum (2004) die Strukturänderungen dazu führen, dass publizistische Ziele in den Hintergrund rücken und allgemeine Organisationsziele im Vordergrund stehen, so ist ebenso fraglich, von welcher journalistischen Qualität noch zu sprechen ist.

Um das Handeln als Beitrag einer Veränderung zu fokussieren, können soziologische, wie handlungstheoretische Theorien in die Analyse mit einbezogen werden.

Finanzierung des Journalismus

Kiefers Beitrag eine öffentliche Finanzierung des Journalismus insbesondere durch eine Professionsbildung des journalistischen Berufs durch den Staat zu gewährleisten, ist nachvollziehbar, stößt jedoch auf große Kritik. Ob ein reines Finanzierungsmodell durch eine fundierte Berufsausbildung und der damit (hoffentlich) einhergehenden Qualität des Journalismus der einzige Weg ist, bleibt fraglich. Die Journalismusforschung kann hier jedoch ansetzen und unter Miteinbezug institutionenökonomischer Theorien versuchen eine Lösung der Finanzierungsfrage zu finden. Jedoch sollte das derzeitige Finanzierungsmodell durch eine Werbefinanzierung nicht gänzlich ausgeschlossen werden.

Auch wenn noch kein umfassendes Finanzierungsmodell gefunden wurde, sollte unter Einbezug institutioneller Theorien und Ansätze vorerst versucht werden, den ökonomischen Druck von Medien zu mindern, um somit auch das institutionelle Gefüge des Journalismus zu entlasten. Hierfür kann auf den Property – Rights Ansatz zurückgegriffen werden, um das wirtschaftliche Verhalten von Menschen aufgrund des Einflusses von Eigentums- und Verfügungsrechten zu verstehen. Ferner kann das Ziel verfolgt werden, Kosten einzusparen und Gewinne aufzubringen, um den ökonomischen Druck weiter zu verringern. Hierzu ist eine Einbringung der Transaktionskostenökonomie eine Möglichkeit, um Erklärungsansätze abzuleiten und insbesondere durch das Finden diverser institutioneller Arrangements für unterschiedliche Arten von Transaktionen Kosten einzusparen (vgl. Kiefer / Steininger, 2014: 64ff).

Akteure in Institutionen

Institutionen bestimmen die Spielräume und Möglichkeiten journalistischen Handelns. Soziologisch betrachtet sind es die Akteure, von welchen der Prozess der Institutionalisierung abhängt. Institutionalistische Theorien können hier ansetzen und mit Erweiterung soziologischer Betrachtungsweisen journalistisches Handeln, deren Akteure, Status und Legitimation erklären. Die in der Journalismusforschung meist mikrotheoretische Fundierung kann hier um institutionalistische Theorien erweitert werden, um das Wechselspiel nicht nur zwischen Institutionen und Organisationen weiter zu analysieren, sondern eben auch die Verbindung zwischen Institutionen und Akteuren weiter zu durchschauen. Zu hinterfragen ist hierbei auch, ob der journalistische Akteur beispielsweise seine Legitimation aufgrund des institutionellen Status des Journalismus gewinnt und eben dieser Status für die heutige Gesellschaft die Basis für das Vertrauen von journalistischer Arbeit darstellt.

5.2 FF 2: Nachteile, Probleme und Folgen

Wandel und Stabilität von Journalismus

Ein institutioneller Status bedeutet einen langsameren Wandel und relativ feste Stabilität. Beobachtet man jedoch die rasante gesellschaftliche Entwicklung, so bleibt zu hinterfragen, welche Vorteile ein solcher stabiler Status für den Journalismus mit sich bringt, oder ob dieser dem Journalismus eher zum Nachteil wird. Denn wenn institutionelle Regeln fest verankert sind und nicht mehr hinterfragt werden, dann erfolgt voraussichtlich keine weitere Hinterfragung der institutionellen Regelsysteme des Journalismus. Jedoch ändert sich das Marktgeschehen rasant und schneller als Institutionen (vgl. Mantzavinos, 2007), weshalb die Regeln für den Journalismus konstant von der Journalismusforschung untersucht und beobachtet werden müssen und nie als selbstverständlich angesehen werden dürfen. Dies soll nicht bedeuten, dass die Regeln des Journalismus zwingen geändert werden sollen, allerdings müssen eventuelle gesellschaftliche Veränderungen und die Folgen derer für den Journalismus als Institution erfasst werden. Auch um eine an die Gegebenheiten anzupassende und positive Entwicklung des Journalismus zu gewährleisten.

Des Weiteren bleibt offen, ob der Journalismus aufgrund seines institutionellen Status genau diesen Schritt zur Veränderung und Anpassung versäumt hat und auch deshalb die Bedenken von einer Journalismuskrise immer lauter werden. Haas betont, dass es eine Journalismuskrise gibt, „die exogene und endogene Ursachen hat“ (Haas, 2010: 69 zit. n. Jarren, 2015: 120). Vielleicht mögen hier institutionelle Theorien helfen, erste Ursachen dafür zu erklären.

Betrachtet man Journalismus systemtheoretisch als Teilsystem der Gesellschaft, so muss sich der Journalismus auch mit dieser wandeln. Aufgrund des institutionellen Status ist der Wandel des Journalismus jedoch schwer möglich und geschieht relativ langsam. Ob dies an der Starrheit und Unbiegsamkeit des Journalismus als Institution liegen kann, bleibt weiter kommunikationswissenschaftlich zu hinterfragen, jedoch sollte eine mögliche Stagnation und das Fehlen eines an die Wandlung der Gesellschaft angepassten Fortschritts aufgrund institutioneller Tatsachen erwägt werden.

Journalismus, Gesellschaft und Vertrauen

Kiefer konstatiert, dass Journalismus nicht nur Rechte und Pflichten von Journalisten verlangt, sondern auch Kommunikationspartner, also Rezipienten, auf der anderen Seite relevant sind (vgl. Kiefer, 2010: 41). Somit muss die Gesellschaft ihrer bürgerlichen Pflicht der Information und Meinungsbildung nachgehen. Kiefer begründet die Statusfunktion des Journalismus auch über diese Funktionszuweisung auf Seite der Rezipienten. Jedoch ist für die Journalismusforschung zu hinterfragen, inwiefern die Informationsbeschaffung und Meinungsbildung in der Gesellschaft noch über Qualitätsjournalismus stattfindet und welche Folgen dies für den Journalismus als Institution nach sich zieht.

Des Weiteren sollte der Faktor Vertrauen größeren Zuspruch in der Forschung finden. Kiefer konstatiert, dass Vertrauen in modernen Gesellschaften durch Institutionen vermittelt wird (vgl. Kiefer, 2010: 83). Mit den aktuellen Vorwürfen der Lügenpresse ist jedoch fraglich wie weit das Publikum dem Journalismus und den Medien noch vertraut. Auch, wenn in Österreich mit ca. 49% das Vertrauen in die Medien ziemlich hoch ist (vgl. der Standard, 2017), muss die Journalismusforschung hinterfragen wie die Kluft zwischen Rezipient und Journalist zu analysieren und gegebenenfalls zu minimieren ist. Jan Müller (2013) untersuchte für seine Dissertation das Vertrauen in die Medien abhängig vom jeweiligen politischen System. In einer länderübergreifenden Analyse,

kam er zu dem Ergebnis, dass in westlichen, demokratischen Ländern ein Vertrauensverlust zu erkennen ist, während in autoritären Systemen die Medien von der Bevölkerung als bedeutend glaubwürdiger eingestuft werden (vgl. Müller, 2013).

Praxisbezug

Bisher findet sich in der Fachliteratur zwar eine fundierte theoretische Begründung von institutionellen Theorien in der Journalismusforschung, jedoch kann keine Klarheit darüber gewonnen werden, wie sich diese Theorien empirisch umsetzen lassen, um einen weiteren Schritt in Richtung theoretisch und empirisch fundierte Forschung mit institutionellen Ansätzen zu entwickeln. Beispielsweise den Wandel zu erklären, wäre vermutlich nur mit einer Langzeitstudie möglich.

5.3 FF 3: Die Ansätze unter den heutigen Rahmenbedingungen

In *Kapitel 2.4* wurden die Rahmenbedingungen des Journalismus von diversen Sichtweisen beleuchtet. Neben den Gegebenheiten des journalistischen Handelns, werden auch die ökonomischen mit einbegriffen. Birkner, welcher in exogene und endogene Rahmenbedingungen unterteilt, sieht journalistische Institutionen, Akteure und Aussagen als endogene Bedingungen des Journalismus.

Doch sind die institutionentheoretischen Ansätze von Marie Luise Kiefer unter den heutigen Rahmenbedingungen für den Journalismus noch passend? Diese Frage kann durchaus bejaht werden, jedoch mit einigen Ergänzungen.

Insbesondere aufgrund des ökonomischen Drucks ist es für die Journalismusforschung wichtiger, denn je institutionelle Theorien in ihre Analysen mit einzubeziehen. Pöttker (2017) stellt die These auf, dass ökonomischer Druck die journalistische Professionalität gefährdet. Aufgrund wirtschaftlichen Handelns schiebt sich somit oftmals journalistisches Handeln in den Hintergrund. Aufgabe der Wissenschaft ist es daher, eine Lösung für die Minimierung des ökonomischen Drucks zu finden, wobei hier ökonomische und institutionelle Theorien helfen können. Die Bedeutung der wirtschaftlichen Profitabilität eines Medienunternehmens auf dem Markt (vgl. Fengler /

Ruß-Mohl, 2005) verdeutlichen die Wichtigkeit von medienökonomischen Analysen in der Kommunikationswissenschaft.

Brosda (2008) begreift neben den wirtschaftlichen Bedingungen auch die journalistischen Handlungsspielräume als Rahmenbedingungen des Journalismus. Mit dem Verständnis von Handlungsmöglichkeiten innerhalb des institutionalistischen Gefüges, ist die Miteinbeziehung von institutionellen Theorien wichtig und kann der Journalismusforschung zu weiteren Vertiefungen und Klärungen von journalistischem Handeln helfen. Es bietet sich jedoch an, die Thematik des journalistischen Handelns nicht alleinig von institutioneller Seite zu beleuchten, sondern diese vielmehr in Kombination mit soziologischen Theorien zu betrachten.

Des Weiteren kann hier auch die Technik als Rahmenbedingung angeführt werden. Die Ausarbeitung von Just & Latzer (2017) zeigt die Bedeutung von Technik in der heutigen Ausdifferenzierung des Medienbegriffs. Wenn auf Grundlage von Kiefers Schrift Medien und Journalismus getrennt von einander betrachtet werden und Medien für die Distribution der journalistischen Inhalte zuständig sind, bleibt weiter zu hinterfragen, inwiefern die Technik als Rahmenbedingung für den Journalismus zu begreifen und welche Einflüsse sie direkt auf den Journalismus als Institution hat. Just & Latzer leiten die Technik als Institution durch institutionelle Theorien über den Medienbegriff her. Offen bleibt, ob dies für den Journalismus ebenso von bedeutender Wichtigkeit ist.

6. Fazit und Ausblick

Das abschließende Kapitel gibt einen umfassenden Überblick über den Forschungsbedarf innerhalb dieser Thematik. Während dem Verfassen dieser Arbeit sind einzelne Thesen entstanden, welche Anregungen für weitere wissenschaftliche Arbeiten geben sollen. Diese werden mit einer kurzen Begründung und Herleitung der Thesen in *Kapitel 6.1.2* näher dargestellt und können als Ausgangsthesen für weitere wissenschaftliche Arbeiten unter Einbezug institutioneller Theorien dienen.

6.1 Forschungsbedarf

6.1.1 Ausblick für die Journalismusforschung

Die Behauptung von Scholl und Weischenberg über den Journalismus, dass „das System an den Rändern `zerfranst`“ (Scholl / Weischenberg, 1998: 270), lässt sich auch der Journalismusforschung zuschreiben. Die Journalismusforschung braucht neue Zugänge, nicht nur um sich dem gesellschaftlichen Fortschritt anzupassen, sondern um unterschiedliche Problematiken auch aus neuen Sichtweisen zu erklären und einem `Zerfransen` ihrer Disziplin entgegenzuwirken. Institutionalistische Ansätze in der Journalismusforschung sind daher wichtiger denn je. Durch institutionelle Theorien bietet sich nicht nur die Möglichkeit Erklärungen für den Wandel von Institutionen zu finden, sondern das Wechselspiel von Institutionen und Organisationen oder journalistisches Handeln durch neue Perspektiven zu erweitern. Jedoch sollten diese Ansätze nicht als einzige theoretische Zugänge gewählt, sondern vielmehr durch Theorien anderer Disziplinen ergänzt werden, beziehungsweise diesen als Ergänzung dienen, um somit fruchtbare Erklärungsansätze und Erkenntnisse zu gewinnen.

Bezogen auf den Journalismus als Institution muss es sich die Journalismusforschung zur Aufgabe machen, diesen Institutionenstatus nicht als selbstverständlich zu betrachten, sondern konstant auf seine Gültigkeit hin zu überprüfen und mögliche Wandlungsprozesse beobachten. Die Leitbilder des Journalismus müssen nicht nur analysiert, sondern aufgrund des gesellschaftlichen Wandels angepasst und hinterfragt werden. Der Journalismus findet sich laut Beck (2016) konstant zwischen den Polen Institutionalisierung / De – Institutionalisierung. Wenn ein Wandel von Institutionen

aufgrund der handelnden Akteure stattfindet, so liegt die These nahe, dass es letztendlich die Journalisten selbst sind, welche den Journalismus seinen Institutionenstatus sichern, als auch gefährden. Das zielorientierte Selbstinteresse von Akteuren und Organisationen darf nicht außer Acht gelassen werden.

Der Umstand, dass eine Professionsbildung des journalistischen Berufs wünschenswert ist, ist nichts hinzuzufügen, dennoch bleibt fraglich, ob die Journalismusforschung dafür bald eine Lösung findet. Ebenso die Diskussionen über eine mögliche Finanzierung sollten weiterhin unter Einbeziehung institutionalistischer Theorien geführt werden. Zu hoffen bleibt auch hier, dass baldigst ein umsetzbares Modell gefunden wird.

Des Weiteren bietet es sich an, die institutionellen Theorien auf verschiedenen Formen des Journalismus anzuwenden, als auch Social Media oder Online Medien hin auf ihren Institutionenstatus hin zu überprüfen. Für größere, länderübergreifende Forschungsvorhaben kann auch der Status des Journalismus in anderen politischen Systemen untersucht werden.

6.1.2 Thesen zur weiteren Ausarbeitung

These 1: *Journalisten stellen selbst die größte Gefahr für den Journalismus dar.*

Bezogen auf North (1994) entsteht ein Wandel im institutionellen Gefüge aufgrund der handelnden Individuen. Wenn Journalisten aufgrund notwendiger Regeländerungen für den Wandel von Journalismus verantwortlich sind, so sind es die Journalisten und journalistischen Akteure letztendlich selbst, welche die größte Gefahr für den Journalismus darstellen. Dazu zählen auch Verleger und Manager auf Redaktionsebene. Die wirklich große Gefahr für den Journalismus geht somit von den Journalisten selbst aus. Konkreter, von Journalisten, welche ihre Kernaufgabe nicht erfüllen.

Innerhalb des institutionellen Gefüges, kann somit hinterfragt werden, inwiefern individuelle Regeländerungen zu Änderungen auf der Makroebene führen – also für den Journalismus als Institution.

These 2: *Die Sicherung des Journalismus kann nur innerhalb der Redaktion selbst stattfinden.*

Bezieht man sich auf These 1, dass Journalisten selbst die größte Gefahr für den Journalismus darstellen, dann kann der Journalismus auch nur dort gesichert und verbessert werden, wo er letztendlich entsteht - nämlich in den Redaktionen. Versteht man Redaktionen als Organisationen des Journalismus, dann kann die Journalismusforschung genau an diesem Punkt ansetzen und das Zusammenspiel von Institutionen und Organisationen mit Hilfe institutioneller Theorien weiter verdeutlichen.

These 3: *Der Journalismus ist aufgrund seines institutionellen Status relativ stabil gegen äußere Krisen.*

Institutionen sind aus wissenschaftlicher Sicht relativ fest und schwer wandelbar. Somit sollte auch der Journalismus verhaltensmäßig stabil gegen äußere Krisen sein und diese bewältigen können. Unter Berücksichtigung der Institutionenhierarchie (Kapitel 3.4.3), muss jedoch beachtet werden, dass ein institutioneller Wandel von unten nach oben stattfindet. Dies würde bedeuten, dass Umgestaltungen von abgeleiteten Institutionen auf niedrigere Ebene zu etwaigen krisenhaften Veränderungen auf institutioneller Ebene führen können. Ferner konstatiert Beck (2016), dass sich der Journalismus konstant zwischen den Polen Institutionalisierung / De-Institutionalisierung befindet. Fraglich bleibt, wie stabil der Journalismus somit ist und gegen äußere Krisen gewappnet ist beziehungsweise sich dagegen rüsten kann. Für die Journalismusforschung muss jedoch vorerst geklärt werden, was unter einer Krise für den Journalismus zu verstehen ist.

6.2 Fazit

Hauptziel dieser Magisterarbeit war es, die wichtigsten wissenschaftliche Ausarbeitungen innerhalb der Thematik *Journalismus als Institution* zusammenzutragen und durch weitere Ansichten diverser Wissenschaftler und Disziplinen zu ergänzen, um so einen fundierten Zugang zu diesem Forschungsgebiet zu schaffen. Als Ausgangspunkt diente Marie Luise Kiefers (2010) Schrift *Journalismus und Medien als Institution*. Auf ihre Ergebnisse wurde sich widerspruchsfrei gestützt und diese um

weitere Ansichten, Theorien und Kritiken ergänzt. Die Forschungsfragen konnte ausreichend diskutiert werden und eröffnen weitere mögliche Forschungsrichtungen und Lücken des Journalismus für die Journalismusforschung. Die Einbeziehung von institutionellen Theorien in die Kommunikationswissenschaft ist ratsam und kann zu wichtigen Erklärungen und neuen Perspektiven innerhalb der Wissenschaft führen. Die Journalismusforschung darf sich jedoch nicht nur auf institutionelle Theorien fokussieren, sondern sollte diese mit unterschiedlichen Ansätzen verknüpfen.

Journalismus als Institution zu begreifen und auf institutionalisitsche Ansätze zurückzugreifen bringt viele Vorteile mit sich, jedoch müssen insbesondere Organisationen, Akteure und die Gesellschaft weiter in die institutionelle Journalismusforschung miteinbezogen werden. Auch die Frage nach der Institutionenstabilität von Journalismus sollte weiter beobachtet werden. Der relativ stabile Status von Institutionen mag insbesondere in Zeiten des politischen und gesellschaftlichen Umbruchs dem Journalismus zugute kommen, allerdings muss der Journalismus innerhalb seines institutionellen Gefüges gefestigt sein, um äußeren Einflüssen entgegenwirken zu können. Speziell wenn aufgrund von politisch herbeigeführten Strukturveränderungen, beispielsweise Rundfunkeinrichtungen, gezielt geschwächt werden sollen. Denn dies führt nicht nur zu einem Wandel mit gravierenden Veränderungen, sondern zu einem radikalen Umbau journalistischer Berichterstattung - mit wahrscheinlich fatalen Folgen für die Gesellschaft und das demokratische System.

Zusammenfassend bieten institutionelle Theorien neue Chancen für die Wissenschaft, welche die Journalismusforschung für zukünftige Forschungsvorhaben nützen sollte. So können neue Perspektiven gewonnen werden, es eröffnen sich neue Forschungsmöglichkeiten und der derzeitige Stand an Theorien kann durch eine institutionelle Sichtweise ergänzt werden. Acht Jahre nach der Veröffentlichung von Marie Luise Kiefers Schrift *Journalismus und Medien als Institution* finden sich in der Literatur zwar weitere kommunikationswissenschaftliche Analysen mit institutionellen Theorien und eine breite Diskussion dieser, jedoch lässt sich sagen: In der Journalismusforschung ist der Journalismus weiterhin eine unterschätzte Institution.

Abbildungsverzeichnis

Abbildung 1: Analyserahmen: Wandel und Journalismus	14
Abbildung 2: Typen verschiedener Institutionen.....	25
Abbildung 3: Zusammenhang zwischen Regeln und Analyseebenen.....	27
Abbildung 4: Institutionenhierarchie.....	35
Abbildung 5: Zusammenhang zwischen Fragestellung, Theorie, Methode, Empirie.....	48
Abbildung 6: Das System Journalismus.	60

Literaturverzeichnis

Altmeppen, Klaus – Dieter / **Löffelholz**, Martin (1998): Journalismus. In: **Jarren**, Otfried / **Sarcinelli**, Ulrich / **Saxer**, Ulrich (Hrsg.) (1998): Politische Kommunikation in der demokratischen Gesellschaft. Ein Handbuch mit Lexikonteil. S. 414 – 421.

Altmeppen, Klaus – Dieter (2006): Journalismus und Medien als Organisation. Leistungen, Struktur und Management. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.

Aufderheide, Detlef (1996): Konstitutionelle Ökonomik versus Theorie der Wirtschaftspolitik. Herausforderung des Herausforderers? In: **Pies**, Ingo / **Leschke**, Martin (Hg.) (1996): James Buchanans konstitutionelle Ökonomik. Tübingen: Mohr Siebeck. S. 184 – 192.

Beck, Klaus (2006): Computervermittelte Kommunikation im Internet. München: Oldenbourg Verlag.

Bardmann, Manfred (2014): Grundlagen der Allgemeinen Betriebswirtschaftslehre. 2., vollständig überarbeitete und erweiterte Auflage. Wiesbaden: Springer Gabler.

Beck, Klaus (2016): Institutionen – woher, wozu, wohin? In: **Jarren**, Otfried / **Steininger**, Christian (2016): Journalismus jenseits von Markt und Staat. Baden – Baden: Nomos. S. 229 – 234.

Behmer, Markus / **Blöbaum**, Bernd / **Scholl**, Armin / **Stöber**, Rudolf (Hrsg.) (2005): Journalismus und Wandel. Analysedimensionen, Konzepte, Fallstudien. Wiesbaden: VS Verlag.

Birkner, Thomas (2011): Genese, Formierung, Ausdifferenzierung und Durchbruch des Journalismus in Deutschland. In: Medien & Kommunikationswissenschaft. 59. Jg. 2011 / 3. S. 345 – 359.

Birkner, Thomas (2012): Das Selbstgespräch der Zeit. Die Geschichte des Journalismus in Deutschland 1605 – 1914. Köln: Herbert von Halem Verlag.

Blöbaum, Bernd (1994): Journalismus als soziales System. Geschichte, Ausdifferenzierung und Verselbstständigung. Opladen: Westdeutscher Verlag.

Blöbaum, Bernd (2004): Organisationen, Programme und Rollen. Die Struktur des Journalismus in systemtheoretischer Perspektive. In: **Löffelholz**, Martin (Hrsg.) (2004): Theorien des Journalismus. Ein diskursives Handbuch. 2., vollständig überarbeitete und erweiterte Auflage. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften. S. 201 – 216.

Blöbaum, Bernd (2005): Wandel und Journalismus – Vorschlag für einen analytischen Rahmen. In: **Behmer**, Markus / **Blöbaum**, Bernd / **Scholl**, Armin / **Stöber**, Rudolf (Hrsg.) (2005): Journalismus und Wandel. Analysedimensionen, Konzepte, Fallstudien. Wiesbaden: VS Verlag. S.41 – 60.

Bonfadelli, Heinz / **Jarren**, Otfried / **Siegert**, Gabriel (Hg.) (2010): Einführung in die Publizistikwissenschaft. 3., vollständig überarbeitete Auflage. Bern / Stuttgart / Wien: Haupt Verlag.

Brosda, Carsten (2008): Diskursiver Journalismus. Journalistisches Handeln zwischen kommunikativer Vernunft und mediensystematischem Zugang. Wiesbaden: VS Verlag.

Bucher, Hans – Jürgen (1998): Journalismus. In: **Ueding**, Gert (1998): Historisches Wörterbuch der Rhetorik. Tübingen: Max Niemeyer Verlag.

Bucher, Hans – Jürgen (2004): Journalismus als kommunikatives Handeln. Grundlagen einer handlungstheoretischen Journalismustheorie. In: **Löffelholz**, Martin (Hrsg.) (2004): Theorien des Journalismus. Ein diskursives Handbuch. 2., vollständig überarbeitete und erweiterte Auflage. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften. S. 263 – 286.

Bucher, Hans – Jürgen (2016): Journalismus als kommunikatives Handeln. In: **Löffelholz**, Martin / **Rothenberger**, Liane (Hrsg.): Handbuch Journalismustheorien. Wiesbaden: Springer VS. S. 217 – 233.

Burkart, Roland / **Hömborg**, Walter (Hg.) (2012): Kommunikationstheorien. Ein Textbuch zur Einführung. 6. Auflage. Wien: new academic press.

Donges, Patrick (2006): Medien als Institution und ihre Auswirkungen auf Organisationen. In: Medien & Kommunikationswissenschaft. 54. Jg. 2006 / 4: S. 563 – 578.

Donges, Patrick (2013): Klassische Medien als Institution. In: **Künzler**, Matthias / **Oehmer**, Franziska / **Puppis**, Manuel / **Wassmer**, Christian (2013): Medien als Institution und Organisation. Institutionalistische Ansätze in der Publizistik – und Kommunikationswissenschaft. Baden – Baden: Nomos. S. 87 – 96.

Donges, Patrick (2016): Wie argumentiert, konstituiert und sichert man autonome Institutionen in einer Gesellschaft? In: **Jarren**, Otfried / **Steininger**, Christian (2016): Journalismus jenseits von Markt und Staat. Baden – Baden: Nomos. S.197 – 202.

Duchkowitsch, Wolfgang / **Hausjell**, Fritz / **Hömborg**, Walter / **Kutsch**, Arnulf / **Neverla**, Irene (Hrsg.) (1998): Journalismus als Kultur: Analysen und Essays. Opladen: Westdeutscher Verlag.

Fengler, Susanne / **Ruß – Mohl**, Stefan (2005): Der Journalist als >>Homo oeconomicus<<. Konstanz: UVK Verlagsgesellschaft.

Franke, Siegfried F. (1998): Autonome Institutionen und die Grenzen ihrer demokratischen Legitimation. In: **Grözinger**, Gerd / **Panther**, Stephan (Hrsg.) (1998): Konstitutionelle Politische Ökonomie – sind unsere gesellschaftlichen Regelsysteme in Form und guter Verfassung? Marburg: Metropolis – Verlag. S. 89 – 130.

Göbel, Elisabeth (2002): Neue Institutionenökonomik. Konzeption und betriebswirtschaftliche Anwendungen. Stuttgart: Lucius & Lucius Verlag.

Grözinger, Gerd / **Panther**, Stephan (Hrsg.) (1998): Konstitutionelle Politische Ökonomie – sind unsere gesellschaftlichen Regelsysteme in Form und guter Verfassung? Marburg: Metropolis – Verlag.

Güth, Werner / **Kliemt**, Hartmut / **Weise**, Peter / **Witt**, Ulrich (Hg.) (2006): Ökonomie und Gesellschaft. Jahrbuch 19: Evolution in Wirtschaft und Gesellschaft. Marburg: Metropolis.

Haas, Hannes / **Jarren**, Otfried (Hg.) (2009): Mediensysteme im Wandel. Struktur, Organisation und Funktion der Massenmedien. Wien: Wilhelm Braumüller.

Haller, Michael (2004): Die zwei Kulturen. Journalismustheorie und journalistische Praxis. In: **Löffelholz**, Martin (Hrsg.) (2004): Theorien des Journalismus. Ein diskursives Handbuch. 2., vollständig überarbeitete und erweiterte Auflage. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften. S. 129 – 150.

Hasse, Raimund (2013): Soziologische Institutionenanalyse: Grundlagen, Schwerpunkte, Perspektiven. In: **Künzler**, Matthias / **Oehmer**, Franziska / **Puppis**, Manuel / **Wassmer**, Christian (2013): Medien als Institution und Organisation. Institutionalistische Ansätze in der Publizistik – und Kommunikationswissenschaft. Baden – Baden: Nomos. S. 67 – 86.

Holl, Christopher (2004): Wahrnehmung, menschliches Handeln und Institutionen. Tübingen: Mohr Siebeck.

Jandura, Olaf / **Quandt**, Thorsten / **Vogelgesang**, Jens (Hrsg.) (2011): Methoden der Journalismusforschung. Wiesbaden: VS Verlag.

Jarren, Otfried / **Sarcinelli**, Ulrich / **Saxer**, Ulrich (Hrsg.) (1998): Politische Kommunikation in der demokratischen Gesellschaft. Ein Handbuch mit Lexikonteil. Opladen / Wiesbaden: Westdeutscher Verlag.

Jarren, Otfried / **Siegert**, Gabriele (2013): Vorwort: Ulrich Saxer zum Gedenken. In: **Künzler**, Matthias / **Oehmer**, Franziska / **Puppis**, Manuel / **Wassmer**, Christian (2013): Medien als Institution und Organisation. Institutionalistische Ansätze in der Publizistik – und Kommunikationswissenschaft. Baden – Baden: Nomos. S. 7 – 11.

Jarren, Otfried (2015): Journalismus – unverzichtbar?! In: Publizistik. 60. Jg. 2015 / 2: S.113 – 122.

Jarren, Otfried / **Steininger**, Christian (2016): Journalismus jenseits von Markt und Staat. Baden – Baden: Nomos.

Jarren, Otfried (2016a): Medien als Institution: Medien oder Journalismus als Institution? In: **Jarren**, Otfried / **Steininger**, Christian (Hrsg.) (2016): Journalismus jenseits von Markt und Staat. Baden – Baden: Nomos. S. 35 – 62.

Jarren, Otfried (2016b): Nicht Daten, sondern Institutionen fordern die Publizistik- und Kommunikationswissenschaft heraus. In: Publizistik. 61. Jg. 2016 / 4: S. 373 – 383.

Just, Natascha / **Latzer**, Michael (2017): Institutionalistische Theorieansätze für die Medienökonomie. In: **Krone**, Jan / **Pellegrini**, Tassilo (Hrsg.) (2017): Handbuch Medienökonomie. Wiesbaden: Springer Verlag.¹

Kiefer, Marie Luise (2010): Journalismus und Medien als Institution. Konstanz: UVK Verlagsgesellschaft.

Kiefer, Marie Luise (2011a): Die schwierige Finanzierung des Journalismus. In: Medien & Kommunikationswissenschaft. 59. Jg. 2011 / 1. S. 5 – 22.

Kiefer, Marie Luise (2011b): Wider den Steuerungspessimismus. Antwort auf die Repliken von Stephan Ruß-Mohl und Rudolf Stöber. In: Medien & Kommunikationswissenschaft. 59. Jg. 2011 / 3. S. 420 – 424.

Kiefer, Marie Luise (2013): Journalismus und Medien als Institutionen – systemtheoretisch betrachtet. In: **Künzler**, Matthias / **Oehmer**, Franziska / **Puppis**, Manuel / **Wassmer**, Christian (2013): Medien als Institution und Organisation. Institutionalistische Ansätze in der Publizistik – und Kommunikationswissenschaft. Baden – Baden: Nomos. S.117 – 132.

¹Zugriff des Artikels über:
https://www.researchgate.net/publication/304010709_Institutionalistische_Theorieansatze_fur_die_Medienokonomie

Kiefer, Marie Luise / **Steininger**, Christian (2014): Medienökonomik. 3. Auflage. München: Oldenbourg Verlag

Kohring, Matthias (2008): Vertrauen durch Misstrauen. Zur Rolle von Paradoxien in der Journalismustheorie. In: **Pörksen**, Bernhard / **Loosen**, Wiebke / **Scholl**, Armin (Hrsg.) (2008): Paradoxien des Journalismus. Theorie – Empirie - Forschung. Wiesbaden: VS Verlag. S.609 – 622.

Krone, Jan / **Pellegrini**, Tassilo (Hrsg.) (2017): Handbuch Medienökonomie. Wiesbaden: Springer Verlag

Künzler, Matthias / **Wassmer**, Christian / **Oehmer**, Franziska / **Puppis**, Manuel (2013): Medien als Institutionen und Organisationen: Anachronismus in der Onlinewelt?. In: **Künzler**, Matthias / **Oehmer**, Franziska / **Puppis**, Manuel / **Wassmer**, Christian (2013): Medien als Institution und Organisation. Institutionalistische Ansätze in der Publizistik- und Kommunikationswissenschaft. Baden – Baden: Nomos. S. 13 – 25.

Künzler, Matthias / **Oehmer**, Franziska / **Puppis**, Manuel / **Wassmer**, Christian (2013): Medien als Institution und Organisation. Institutionalistische Ansätze in der Publizistik – und Kommunikationswissenschaft. Baden – Baden: Nomos.

Larsen, Stein Ugelvik (2003): Einleitung. In: **Larsen**, Stein Ugelvik / **Zimmermann** Ekkart (Hrsg.) (2003): Theorien und Methoden in den Sozialwissenschaften. Wiesbaden: Westdeutscher Verlag. S.13 – 26.

Larsen, Stein Ugelvik / **Zimmermann** Ekkart (Hrsg.) (2003): Theorien und Methoden in den Sozialwissenschaften. Wiesbaden: Westdeutscher Verlag.

Leonhard, Joachim – Felix / **Ludwig**, Hans – Werner / **Schwarze**, Dietrich / **Straßner**, Erich (Hrsg.) (1999): Medienwissenschaft. Ein Handbuch zur Entwicklung der Medien und Kommunikationsformen. 1. Teilband. Berlin / New York: de Gruyter.

Löffelholz, Martin / **Altmeyden**, Klaus – Dieter (1998): Journalismus. In: **Jarren**, Otfried / **Sarcinelli**, Ulrich / **Saxer**, Ulrich (Hrsg.) (1998): Politische Kommunikation in

der demokratischen Gesellschaft. Ein Handbuch mit Lexikonteil. Opladen / Wiesbaden: Westdeutscher Verlag.

Löffelholz, Martin (Hrsg.) (2004): Theorien des Journalismus. Ein diskursives Handbuch. 2., vollständig überarbeitete und erweiterte Auflage. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.

Löffelholz, Martin / **Rothenberger**, Liane (Hrsg.): Handbuch Journalismustheorien. Wiesbaden: Springer VS.

Mantzavinos, Chrysostomos (2007): Individuen, Institutionen und Märkte. Tübingen: Mohr Siebeck.

Mayntz, Renate / **Scharpf**, Fritz W. (Hg.) (1995): Gesellschaftliche Selbstregulung und politische Steuerung. Frankfurt / New York: Campus Verlag.

Mayntz, Renate / **Scharpf**, Fritz W. (1995): Der Ansatz des akteurzentrierten Institutionalismus. In: **Mayntz**, Renate / **Scharpf**, Fritz W. (Hg.) (1995): Gesellschaftliche Selbstregulung und politische Steuerung. Frankfurt / New York: Campus Verlag. S. 39 – 72.

Meier, Werner A. / **Jarren**, Otfried (2009): Ökonomisierung und Kommerzialisierung von Medien und Mediensystemen. Bemerkungen zu einer (notwendigen) Debatte. In: **Haas**, Hannes / **Jarren**, Otfried (Hg.) (2009): Mediensysteme im Wandel. Struktur, Organisation und Funktion der Massenmedien. Wien: Wilhelm Braumüller. S. 201 – 215.

Meyen, Michael / **Löblich**, Maria (2006): Klassiker der Kommunikationswissenschaft. Fach- und Theoriegeschichte in Deutschland. Konstanz: UVK Verlagsgesellschaft.

Müller, Jan (2013): Mechanisms of Trust. News Media in Democratic and Authoritarian Regimes. Frankfurt / New York: Campus Verlag.

Neuberger, Christoph (2016): Journalismus als Institution. In: **Jarren**, Ottfried / **Steininger**, Christian (Hrsg.) (2016): Journalismus jenseits von Markt und Staat. Baden – Baden: Nomos. S. 63 – 80.

Neverla, Irene (1998): Die verspätete Profession: Journalismus zwischen Berufskultur und Digitalisierung. In: **Duchkowitsch**, Wolfgang / **Hausjell**, Fritz / **Hömborg**, Walter / **Kutsch**, Arnulf / **Neverla**, Irene (Hrsg.) (1998): Journalismus als Kultur. Analysen und Essays. Opladen: Westdeutscher Verlag. S. 53 – 62.

North, Douglass C. (1991): Institutions. In: Journal of Economic Perspectives. 5. Jg. 1991 / 5: S. 97 – 112.

North, Douglass C. (1994): Economic Performance Through Time. In: The American Economic Review. 84. Jg. 1994 / 3: S. 359 – 368.

Ostrom, Elinor (1999): Verfassung der Allmende: jenseits von Staat und Markt. Tübingen: Mohr Siebeck.

Ostrom, Elinor (2005): Understanding Institutional Diversity. New Jersey: Princeton University Press.

Pies, Ingo / **Leschke**, Martin (Hg.) (1996): James Buchanans konstitutionelle Ökonomik. Tübingen: Mohr Siebeck.

Pies, Ingo / **Leschke**, Martin (1999): Karl Poppers kritischer Rationalismus. Tübingen: Mohr Siebeck.

Pies, Ingo (2001): Theoretische Grundlagen demokratischer Wirtschaft-und Gesellschaftspolitik – Der Beitrag Oliver Williamsons. In: **Pies**, Ingo / **Leschke**, Martin (2001): Oliver Williamsons Organisationsökonomik. Tübingen: Mohr Siebeck. S.1 – 28.

Pies, Ingo / **Leschke**, Martin (2001): Oliver Williamsons Organisationsökonomik. Tübingen: Mohr Siebeck.

Pörksen, Bernhard / **Loosen**, Wiebke / **Scholl**, Armin (Hrsg.) (2008): Paradoxien des Journalismus. Theorie – Empirie - Forschung. Wiesbaden: VS Verlag.

Pöttker, Horst (1997): Entfremdung und Illusion. Soziales Handeln in der Moderne. Tübingen: Mohr Siebeck.

Pöttker, Horst (2001): Öffentlichkeit als gesellschaftlicher Auftrag. Konstanz: UVK Verlagsgesellschaft.

Pöttker, Horst (2017): Lügenpresse? Zehn Thesen zur Situation des Journalismus heute. In: Communicato Socialis. 50. Jg. 2017 / 4: S. 521 - 525.

Puppis, Manuel (2016): Institution und Organisation. In: **Jarren**, Ottfried / **Steininger**, Christian (2016): Journalismus jenseits von Markt und Staat. S.155 – 182.

Quandt, Thorsten / **Scheufele**, Bertram (Hrsg.) (2011): Ebenen der Kommunikation. Mikro-Meso-Makro-Links in der Kommunikationswissenschaft. Wiesbaden: VS Verlag.

Quandt, Thorsten / **Scheufele**, Bertram (2011): Die Herausforderung einer Modellierung von Mikro-Meso-Makro-Links in der Kommunikationswissenschaft. In: **Quandt**, Thorsten / **Scheufele**, Bertram (Hrsg.) (2011): Ebenen der Kommunikation. Mikro-Meso-Makro-Links in der Kommunikationswissenschaft. Wiesbaden: VS Verlag. S. 9 – 22.

Raabe, Johannes (2004): Theoriebildung und empirische Analyse. Überlegungen zu einer hinreichend theorieoffenen, empirischen Journalismusforschung. In: **Löffelholz**, Martin (Hrsg.) (2004): Theorien des Journalismus. Ein diskursives Handbuch. 2., vollständig überarbeitete und erweiterte Auflage. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften. S.107 – 127.

Raabe, Johannes (2005): Struktur – Handlungspraxis – Kultur. Zur Analyse von sozialen Prozessen im Journalismus. In: **Behmer**, Markus / **Blöbaum**, Bernd / **Scholl**, Armin / **Stöber**, Rudolf (Hrsg.) (2005): Journalismus und Wandel. Analysedimensionen, Konzepte, Fallstudien. Wiesbaden: VS Verlag. S.61 – 83.

Rau, Harald (2007): Journalismus zwischen Anpassung und Aufklärung. Oder: von der Notwendigkeit einer Politischen Medienökonomie. In: **Steininger**, Christian (Hg.) (2007): Politische Ökonomie der Medien. Theorie und Anwendung. Wien / Berlin: Lit Verlag. S. 209 – 226.

Richter, Rudolf / **Furubotn**, Eirik G. (2003): Neue Institutionenökonomik. Eine Einführung und kritische Würdigung. 3., überarbeitete und erweiterte Auflage. Tübingen: Mohr Siebeck.

Rühl, Manfred (1980): Journalismus und Gesellschaft. Mainz: Hase & Koehler Verlag

Rühl, Manfred (1998): Politische – Kommunikation – Wirtschaftswissenschaftliche Perspektive. In: **Jarren**, Otfried / **Sarcinelli**, Ulrich / **Saxer**, Ulrich (Hrsg.) (1998): Politische Kommunikation in der demokratischen Gesellschaft. Ein Handbuch mit Lexikonteil. S. 173 – 185.

Rühl, Manfred (2004): Des Journalismus vergangene Zukunft. Zur Emergenz des Journalistik. In: **Löffelholz**, Martin (Hrsg.) (2004): Theorien des Journalismus. Ein diskursives Handbuch. 2., vollständig überarbeitete und erweiterte Auflage. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften. S. 69 – 86.

Rühl, Manfred (2006): Globalisierung der Kommunikationswissenschaft. Denkprämissen – Schlüsselbegriffe – Theorienarchitektur. In: Publizistik. 51. Jg. 2006 / 3. S. 349 – 369.

Rühl, Manfred (2012): Theorie des Journalismus. In: **Burkart**, Roland / **Hömbert**, Walter (Hg.) (2012): Kommunikationstheorien. Ein Textbuch zur Einführung. 6. Auflage. Wien: new academic press. S. 117 – 140.

Ruß-Mohl, Stephan (2011): Der Dritte Weg – eine Sackgasse in Zeiten der Medienkonvergenz. In: Medien & Kommunikationswissenschaft. 59. Jg. 2011 / 3. S. 401 – 414.

Saxer, Ulrich / **Ganz – Blättler**, Ursula (1998): Fernsehen DRS: Werden und Wandel einer Institution. Reihe Diskussionspunkt – Band 35. Zürich: IPMZ – Institut für Publizistikwissenschaft und Medienforschung der Universität Zürich.

Saxer, Ulrich (1999): Der Forschungsgegenstand der Medienwissenschaft. In: **Leonhard**, Joachim – Felix / **Ludwig**, Hans – Werner / **Schwarze**, Dietrich / **Straßner**, Erich (Hrsg.) (1999): Medienwissenschaft. Ein Handbuch zur Entwicklung der Medien und Kommunikationsformen. 1. Teilband. Berlin / New York: de Gruyter. S: 1 – 14.

Saxer, Ulrich (2013): Profil der Publizistik-/Kommunikations-/Medienwissenschaft in institutionalistischer Perspektive. In: **Künzler**, Matthias / **Oehmer**, Franziska / **Puppis**, Manuel / **Wassmer**, Christian (2013): Medien als Institution und Organisation. Institutionalistische Ansätze in der Publizistik – und Kommunikationswissenschaft. Baden – Baden: Nomos. S. 193 – 214.

Scholl, Armin / **Weischenberg**, Siegfried (1998): Journalismus in der Gesellschaft. Theorie, Methodologie und Empirie. Opladen / Wiesbaden: Westdeutscher Verlag.

Scholl, Armin (2011): Der unauflösbare Zusammenhang von Fragestellung, Theorie und Methode. Die reflexive Bedeutung der Methodologie (nicht nur) in der Journalismusforschung. In: **Jandura**, Olaf / **Quandt**, Thorsten / **Vogelgesang**, Jens (Hrsg.) (2011): Methoden der Journalismusforschung. Wiesbaden: VS Verlag. S.15 – 32.

Searle, John R. (2005): What is an institution? In: Journals of Institutional Economics. 1. Jg. 2005 / 1: S. 1 – 22.

Seufert, Wolfgang (2007): Politische Ökonomie und Neue Politische Ökonomie der Medien – ein Theorievergleich. In: **Steininger**, Christian (Hg.) (2007): Politische Ökonomie der Medien. Theorie und Anwendung. Wien / Berlin: LIT Verlag. S. 23 – 42.

Steininger, Christian (Hg.) (2007): Politische Ökonomie der Medien. Theorie und Anwendung. Wien / Berlin: Lit Verlag.

Steininger, Christian / **Hummel**, Roman (2015): Wissenschaftstheorie der Kommunikationswissenschaft. Berlin / Boston: De Gruyter Verlag.

Steininger, Christian / **Jarren**, Otfried (2016): Einleitung. In: **Jarren**, Otfried / **Steininger**, Christian (2016): Journalismus jenseits von Markt und Staat. Baden – Baden: Nomos. S.11 – 31.

Stöber, Rudolf (2011): Eine gefährliche Finanzierung des Journalismus – Replik auf Kiefer. In: Medien & Kommunikationswissenschaft. 59. Jg. 2011 / 3. S. 415 – 419.

Ueding, Gert (1998): Historisches Wörterbuch der Rhetorik. Tübingen: Max Niemeyer Verlag.

Weise, Peter (2006): Gesellschaftliche Evolution und Selbstorganisation. In: **Güth**, Werner / **Kliemt**, Hartmut / **Weise**, Peter / **Witt**, Ulrich (Hg.) (2006): Ökonomie und Gesellschaft. Jahrbuch 19: Evolution in Wirtschaft und Gesellschaft. Marburg: Metropolis. S. 171 – 283.

Witt, Ulrich (2006): Evolutionsökonomik. Ein Überblick. In: **Güth**, Werner / **Kliemt**, Hartmut / **Weise**, Peter / **Witt**, Ulrich (Hg.) (2006): Ökonomie und Gesellschaft. Jahrbuch 19: Evolution in Wirtschaft und Gesellschaft. Marburg: Metropolis. S. 17 – 59.

Wyss, Vinzenz / **Keel**, Guido (2010): Journalismusforschung. In: **Bonfadelli**, Heinz / **Jarren**, Otfried / **Siegert**, Gabriel (Hg.) (2010): Einführung in die Publizistikwissenschaft. 3., vollständig überarbeitete Auflage. Bern / Stuttgart / Wien: Haupt Verlag. S.337 – 378.

Internetquellen

Die Presse (2017): Nick Davies: In 20 Jahren könnte es keinen Journalismus mehr geben (01.09.2017). In: https://diepresse.com/home/kultur/medien/5278275/Nick-Davies_In-20-Jahren-koennte-es-keinen-Journalismus-mehr-geben# (18.02.2018)

Der Standard (2017): Größtes Vertrauen in Medien in Niederlanden, Russland und Österreich (16.03.2017). In: <https://derstandard.at/2000054223151/Groesstes-Vertrauen-in-Medien-in-Niederlanden-Russland-Oesterreich> (20.03.2018)

Abstract (deutsch)

Marie Luise Kiefer legte mit ihrer Schrift *Journalismus und Medien als Institution* einen Grundstein in der Auseinandersetzung mit Institutionen innerhalb der Publizistik- und Kommunikationswissenschaft. Ihre Ausarbeitung der Wechselverhältnisse von Journalismus, Medien und Öffentlichkeit mit Hilfe institutionalistischer Ansätze, bietet einen umfassenden Blick auf Institutionen innerhalb der kommunikationswissenschaftlichen Forschung.

Hauptziel dieser Arbeit ist es auf Grundlage von Marie Luise Kiefers Ansätzen Schlussfolgerungen hinsichtlich der Bedeutung des Journalismus im institutionellen Gefüge und die Vorteile, Nachteile und Folgen für die Wissenschaft darzulegen. Mittels einer literarischen Ausarbeitung wird der Frage nachgegangen, was es der Wissenschaft bringt den Journalismus als Institution zu sehen und auf institutionelle Ansätze zur Bearbeitung kommunikationswissenschaftlicher Fragestellungen zurückzugreifen. Dazu wird sich widerspruchsfrei auf Marie Luise Kiefers Ansätze gestützt und diese mit weiteren Überlegungen, Theorien und Kritiken ergänzt.

Es zeigt sich, dass die Einbeziehung von institutionellen Theorien unterschiedliche Vorteile mit sich bringt und zu wichtigen Erklärungen und neuen Perspektiven in der Kommunikationswissenschaft führt. Sie bieten neue Chancen für die Wissenschaft, weshalb die Journalismusforschung für zukünftige Forschungsvorhaben auch auf institutionelle Theorien zurückgreifen sollte. Insbesondere um Erklärungen für den Wandel von Institutionen, das Wechselspiel von Institutionen und Organisationen oder journalistisches Handeln innerhalb eines institutionellen Gefüges zu finden. Für weitere Forschungsvorhaben können institutionelle Theorien auch auf Social Media oder Online Medien angewendet werden oder der Status des Journalismus in anderen politischen Systemen, als das demokratische, untersucht werden.

Abstract (englisch)

With her book *Journalism and Media as an Institution*, Marie Luise Kiefer laid the groundwork for dealing with institutions within the journalism and communication sciences. Her elaboration of the interaction of journalism, media and the public with the help of institutional approaches offers a comprehensive view on institutions within communication science research.

This work will show and explain conclusions on the importance of journalism in the institutional setting as well as the advantages, disadvantages and consequences for science on the basis of Marie Luise Kiefer's approaches. By means of a literature review the question on the effect of considering journalism an institution and drawing on institutional approaches for dealing with communication science issues is pursued. This is based without contradiction on Marie Luise Kiefer's approaches and is supplemented with further considerations, theories and criticisms.

It turns out that the inclusion of institutional theories has different benefits and brings about important explanations and new perspectives in communication science. They offer new opportunities for science, which is why journalism research should also use institutional theories for future research projects. In particular, to find explanations for the change of institutions, the interplay of institutions and organizations or journalistic action within an institutional framework. For further research projects, institutional theories can also be applied to social media or online media, or the status of journalism in political systems other than democratic can be studied.